



MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

„Anti-Ökologismus“ und der institutionelle Wandel unter
Bolsonaro am Beispiel der brasilianischen Amazonasregion

verfasst von | submitted by

Mag. Dr.phil. Tamara Maria Schwarzmayr

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2025

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree
programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 589

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Internationale Entwicklung

Betreut von | Supervisor:

Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Kristina Dietz

Inhaltsverzeichnis

Abstract (Deutsch/English)	1
1. Einleitung und Fragestellung	3
2. Methode	7
3. Theorie: Das Konzept der Imperialen Lebensweise	9
4. Kontext	13
4.1 Die langen Schatten des Kolonialismus	14
4.2 „Der neue Staat“ („ <i>O Estado Novo</i> “)	15
4.3 Die brasilianische Militärdiktatur	16
4.4 Die „progressiven“ Regierungen Lateinamerikas	18
4.5 Bolsonaro	23
5. Die Indigenen Völker und ihr Lebensraum Amazonas	27
6. Analyse 1: Bolsonaros anti-ökologische Maßnahmen	32
6.1 Gesetzesentwürfe und Dekrete	33
6.1.1 Gesetzesentwurf <i>Projeto de Lei</i> 490/2007	35
6.1.2 Dekret <i>Instrução Normativa</i> n° 9 (IN 09)	38
6.1.3 Gesetzesentwurf <i>Projeto de Lei</i> 191/2020	40
6.1.4 Landtitelfälschungen	41
6.2 Schwächung von Institutionen	42
6.2.1 Das Beispiel FUNAI	42
6.2.2 Strategische Besetzung von Schlüsselpositionen	44
6.3 Versuche, aus bestehenden Abkommen auszutreten	45
7. Analyse 2: Die Kraft der Narrative	48
7.1 Das antidemokratische Narrativ	54
7.2 Das Entwicklungsnarrativ	58
Exkurs: Vernachlässigung der Schutzpflicht	65
8. Fazit	68
Danksagung	80
Literaturverzeichnis	81
Abbildungsverzeichnis	96
Anhang	97

Abstract

Bereits vor der Amtszeit von Jair Messias Bolsonaro (2019-2022) kam es in Brasilien zur „Erosion umwelt- und menschenrechtspolitischer Normen und Ziele“ (Zhourì 2022: 200). In den Jahren seiner Präsidentschaft war allerdings eine deutliche Intensivierung von Umweltverbrechen und Übergriffen auf die Indigenen Völker in der brasilianischen Amazonasregion festzustellen. Seine Politik verfolgte das Ziel, insbesondere Indigene Territorien durch die Extraktion von Bodenschätzen sowie die Abholzung von großen Flächen und deren Nutzung als Weideland und Anbaufläche für *cash crops* „inwertzusetzen“ (Brand/Wissen 2017). Bolsonaro bediente sich dabei unterschiedlicher – legitimer und verfassungswidriger – Maßnahmen, um den Abbau der Standards für Umweltschutz und -gesetzgebung zu erreichen: Gesetzesentwürfe, Dekrete, Schwächung von Institutionen durch strategische Umstrukturierungen und Ressourcenkürzungen, die Verhinderung der Ausweisung neuer Indigener Territorien sowie Erleichterungen für extraktivistische Aktivitäten und Standorte der Agrarindustrie. Die explorative Masterarbeit untersucht anhand der qualitativen Inhaltsanalyse eines umfassenden Quellenpools diese „anti-ökologische Politik“ (Zhourì 2022) – die oben genannten Maßnahmen und die begleitenden Narrative – während der Regierungszeit Bolsonaros. Es handelt sich um „Diskurse(n) zur Legitimierung der Naturausbeutung“ (Dietz 2022: 46), um Erzählungen, die von Fortschritt berichten und sich des *Othering* (Said 1978; Spivak 1985) bedienen. Sie sind ideologisch rechts, nationalistisch und neoliberal. Sie dienen der Rechtfertigung von Machtstrukturen und der Ausbeutung von Natur und Menschen, zugleich sind sie in Brasilien stark von historischen Kontinuitäten geprägt. Das „Konzept der Imperialen Lebensweise“ (Brand/Wissen 2017) ermöglicht die Analyse der anti-ökologischen Politik und der begleitenden Narrative auf historischer Ebene genauso wie die geographische Betrachtung der Gleichzeitigkeit und der Diversität von lokalen, nationalen und globalen (ökonomischen) Interessen und (sozial-ökologischen) Auswirkungen.

Abstract in English

Even before Jair Messias Bolsonaro's term of office (2019-2022), environmental and human rights were dismantled in Brazil. During his presidency, however, there was a significant increase in environmental crimes in the Brazilian Amazon region and in attacks against the Indigenous Peoples living there (Zhourì 2022: 200). Bolsonaro's policies aimed to 'valorise' (Brand/Wissen 2017) Indigenous Territories in particular through the extraction of mineral resources and the deforestation of large areas for their use as grazing land and arable land for cash crops. He used various – legitimate and unconstitutional – measures to achieve the

dismantling of standards for environmental protection and legislation: Draft laws, weakening institutions through strategic restructuring and resource cuts, preventing the designation of new indigenous territories and facilitating extractivist activities and agribusiness locations.

By analysing a comprehensive pool of sources, this exploratory master's thesis examines these “anti-ecological policies” (Zhourri 2022) – the above-mentioned measures and the accompanying narratives – during Bolsonaro's time in office. These narratives report on progress and utilise *Othering* (Said 1978; Spivak 1985). They are ideologically based on the right, nationalistic and at the same time neoliberal. They serve to justify power structures and the exploitation of nature and people (Dietz 2022); at the same time, they are strongly characterised by historical continuities in Brazil. The ‘Konzept der Imperialen Lebensweise’ (Brand/Wissen 2017) enables the analysis of anti-ecological policies and the accompanying narratives on a historical level as well as the geographical consideration of the simultaneity and diversity of local, national and global (economic) interests and (socio-ecological) effects.

1. Einleitung

Im Artikel 225 der brasilianischen Bundesverfassung von 1988 ist festgehalten, dass jede*r das Recht auf eine „ökologisch ausgewogene Umwelt“ hat, diese ein „gemeinsames Gut des Volkes“ ist und „die öffentliche Gewalt und Gemeinschaft verpflichtet (sind), sie für die heutigen und künftigen Generationen zu schützen und zu erhalten.“¹ (Senado Federal 2016: 131, Übersetzung T.S.) Nach Zhouri (2022) ist die Bundesverfassung einer der Bausteine, die die „Ökologisierung“ des Landes in der „politischen Ordnung“ rahmen, neben den (historischen) gesellschaftlichen Ausverhandlungen und „wissenschaftlichen Forschungserkenntnissen“ (ebd. 190). Auch wenn Brasilien vor der Amtszeit von Jair Messias Bolsonaro (2019-2022) ein Vorzeigeland im Kampf gegen den Klimawandel war (vgl. Anderson 2019) und „im Vergleich zu anderen Ländern der Region progressive Gesetze zum Schutz der indigenen Bevölkerung“ (Franzen 2022: 158) galten, war es doch ein „zerbrechliche(s) ideologische(s) Gebäude des Konsens über nachhaltige Entwicklung“ (Zhouri 2022: 190). Während seiner Präsidentschaft versuchte Bolsonaro sich an der Zersetzung der schützenden Gesetzgebung, an der Schwächung von relevanten Institutionen und an der Konstruktion von begleitenden Narrativen, die in der nationalen und internationalen Öffentlichkeit Verständnis und Unterstützung für diese Politik generieren sollten. Nach Zhouri wird sie in der vorliegenden Arbeit als „anti-ökologische“ (ebd. 2022) Politik bezeichnet. Sie beschäftigt sich mit den von Bolsonaro getroffenen Maßnahmen, die zwischen 2019 und 2022 zum Abbau von umweltpolitischen Normen führten bzw. führen sollten und analysiert auf Basis eines umfassenden Quellenpools in einer qualitativen Inhaltsanalyse die begleitenden Narrative. Die Arbeit beschäftigt sich mit folgenden drei Fragen:

- Was hat sich in der Amtszeit Bolsonaros 2019-2022 institutionell in der Umweltpolitik am Beispiel der brasilianischen Amazonasregion geändert?
- Mit welchen Narrativen und damit einhergehenden Maßnahmen versuchte die Regierung Bolsonaro, anti-ökologische Politik national und international zu legitimieren?
- Inwiefern spielen dabei rechte Erzählungen eine Rolle?

¹ Art. 225. „*Todos têm direito ao meio ambiente ecologicamente equilibrado, bem de uso comum do povo e essencial à sadia qualidade de vida, impondo-se ao Poder Público e à coletividade o dever de defendê-lo e preservá-lo para as presentes e futuras gerações.*“ (ebd.)

Während der Amtszeit von Bolsonaro erfolgte der sukzessive Abbau der Umweltstandards in einem Land, in dem mit dem Amazonas-Regenwald das artenreichste Gebiet dieser Erde liegt, das zudem 20 Prozent des weltweiten Trinkwassers liefert. Seine anti-ökologische Politik gefährdete nicht nur das Ökosystem des brasilianischen Amazonas-Regenwalds und die Zukunft der dort lebenden Indigenen Völker², die Konsequenzen sind bekanntermaßen global desaströs. Die Interessen am Zugriff auf das brasilianische Amazonasgebiet sind vielfältig: Es ist Ressource für potentiell Acker- und Weideland und zugleich die größte globale Senke, es verfügt über fossile, metallische und mineralische Rohstoffe sowie Möglichkeiten, mit Wasserkraftwerken energieintensive „Konsum- und Produktionsmuster“ (Brand/Wissen 2017: 58) abzusichern. Große Konzerne und ausländische Kapitalgeber*innen sehen in der Region ebenso Potential wie Landlose aus den brasilianischen Ballungszentren und ländlichen Gegenden Chancen, wenn sie dem Wald ein Stück Land abringen, um damit ihr Überleben zu sichern. Mittellose verfangen sich in Netzwerken von (international) organisierter Kriminalität und dringen in (Indigene) Territorien ein, um sie der Rohstoffe, Bäume oder Fische zu berauben. Die Gebiete sind geschwächt und schon lange gezielten Interessen ausgeliefert, aber sie erfuhren zumindest auf dem Papier Schutz durch die brasilianische Bundesverfassung und internationale Abkommen, auf die sich Indigene Völker und ihre Unterstützer*innen berufen konnten. Bolsonaro wollte diesen Schutz durch gezielte Maßnahmen erodieren. Die Rechte der Natur und von Minderheiten, hier der Indigenen Völker, sollten nachhaltig geschwächt werden, um eine „Inwertsetzung“ (Brand/Wissen 2017) der geschützten Gebiete zu ermöglichen. So wäre eine wirtschaftliche Entwicklung zum Wohl aller Brasilianer*innen möglich, lautete eine der Botschaften des ehemaligen Präsidenten. Sie wird im sogenannten „Entwicklungsnarrativ“ näher betrachtet, eines der Narrative, die durch die Analyse des Datenmaterials extrahiert werden konnten und in der vorliegenden Arbeit weiter unten diskutiert werden.

Methodisch fiel die Wahl auf eine qualitative Inhaltsanalyse nach Kuckartz/Rädiker (2024). Dabei wurde deduktiv-induktiv vorgegangen: Beginnend mit Kategorien, die sich aus den Forschungsfragen und der Theorie ergaben, erfolgte anschließend die Präzisierung direkt am Datenmaterial. Der explorative Forschungsansatz manifestierte sich in einer intensiven Recherchephase von rund zwei Jahren. Als Quellen wurde auf online verfügbare Dokumente

² Hinweis zur Schreibweise „Indigene Völker“: Die Selbstbezeichnung in den konsultierten und in dieser Arbeit zitierten Publikationen lautet Indigene Völker. Die Großschreibung „Indigene“ wird in dieser Arbeit übernommen. Es soll damit – analog zur Selbstbezeichnung „Schwarze Menschen“ – eine von Rassismus betroffene gesellschaftliche Position bezeichnet werden.

des brasilianischen Nationalkongresses zwischen 2019 und 2022 ebenso zugegriffen wie auf Interviews, Reden des Staatsoberhauptes vor den Vereinten Nationen und Statements bei öffentlichen Auftritten im Wahlkampf 2022. Weitere wichtige Quellen für das damals tagesaktuelle Thema stellten brasilianische, österreichische und ausgewählte internationale Medien sowie Studien und in dieser Zeit von der Zivilgesellschaft publizierte Dokumente dar. Die Analyse der Daten wurde laufend und systematisch in Bezug gesetzt zu den Forschungsfragen und zur Theorie, der das folgende Kapitel gewidmet ist. Das „Konzept der Imperialen Lebensweise“ (kurz ILW) von Brand/Wissen (2017) leitete mit seiner genauen Betrachtung von Motiven und Praktiken der „Inwertsetzung“ (ebd.) von Natur dabei die Untersuchung der anti-ökologischen Politik Bolsonaros kritisch an.

Das Konzept der ILW ist auch offen für historische Bezüge. Ihnen ist das anschließende kontextuelle Kapitel vorwiegend gewidmet. Die zwanghafte Integrierung des Landes in globale Warenketten hatte bereits während der Kolonialisierung Brasiliens ihren Lauf genommen. Die Inwertsetzung des Amazonas-Regenwaldes hat als systematisch breit angelegte und von der Regierung abgesegnete Methode spätestens in der Amtszeit von Getúlio Vargas (1930-1945 und 1950-1954) mit dem seit damals auch in der brasilianischen Flagge festgehaltenen Leitspruch „*Ordem e Progresso*“ („Ordnung und Fortschritt“) begonnen. Auch während „der längsten Militärdiktatur Lateinamerikas“ (Bödefeld 2024) galt das Amazonasbecken als ein zu erschließendes Territorium. In den 1970er Jahren ließen Militärs Straßen in den Regenwald bauen, Städte, Ausbeutung der lokalen Bevölkerung und eingeschleppte Krankheiten folgten. Indigene Völker galten den Militärs ebenso wenig als gleichberechtigt wie die politische Linke oder kritische Künstler*innen. Die „progressiven Regierungen“ von Luiz Inácio Lula da Silva (2003-2010) und Dilma Rousseff (2011-2016), beide von der *Partido dos Trabalhadores* (kurz PT), suchten zwar den Dialog mit sozialen Bewegungen und Kritiker*innen, distanzierten sich aber nicht von den wirtschaftlichen Aktivitäten im Amazonasgebiet. Das Gegenteil war der Fall: Ihre Politik des *Neo-Developmentism* verfolgte das Ziel, durch die Umverteilung der Erlöse aus den (neo-)extraktivistischen Aktivitäten die systemischen (historischen) Ungleichheiten in Brasilien nachhaltig zu bekämpfen. Schließlich wird auch diskutiert, was Bolsonaro den Weg ins Präsidentenamt ermöglichte.

Das anschließende Kapitel ist dem Amazonas-Regenwald und den Indigenen Völkern als Bewohner*innen und Schützer*innen ihrer Territorien gewidmet. Als erster Teil der Analyse folgt die Darstellung und kritische Hinterfragung der anti-ökologischen Maßnahmen unter der

Regierung Bolsonaro, zu denen über die parlamentarischen Dokumente hinaus weitere Quellen zu finden waren. Nach einer das Kapitel einleitenden Auseinandersetzung mit der Definition und Bedeutung von Narrativen folgt die zweite und finale inhaltliche Analyse: Die konkreten anti-ökologischen Maßnahmen und die extrahierten Narrative finden sich als Argumente und Erzählkonstruktionen in zwei Narrativen zusammen, die in dieser Arbeit Bolsonaro zugeschrieben werden. Es ist ein „Entwicklungsnarrativ“, das uns als Forschende in der Internationalen Entwicklung naturgemäß in kritischer Betrachtung interessiert. Das zweite Narrativ wird vorerst als „antidemokratisch“ bezeichnet. Es handelt sich dabei um eine Konstruktion, die dazu dient, nicht voreilig Einordnungen von anderen Forschenden oder den Medien zu übernehmen. Diese Konstruktion und ihre Abarbeitung in der Inhaltsanalyse ist ein Zwischenschritt, um sich auch der dritten Forschungsfrage, inwiefern rechte Erzählungen eine Rolle spielen, kontinuierlich anzunähern.

Das Fazit resümiert die Ergebnisse und setzt sie auch in Bezug zur Internationalen Entwicklung, dem Masterstudium, das mit dieser Arbeit abgeschlossen werden soll. Sie ist zum Zeitpunkt des Verfassens und nach dem Stand der Recherchen, die zwischen 2022 und 2024 vorgenommen wurden, die erste explorative Arbeit im deutschsprachigen Raum, die einen so umfassenden analytischen Blick auf die anti-ökologische Politik und die damit verbundenen Narrative der vier Jahre Regierung unter Bolsonaro wirft. Die Arbeiten von Andréa Zhouri (2022) und Niklas Franzen (2022) waren dabei wichtige Quellen und Inspiration.

Auch wenn Bolsonaro als Präsident Brasiliens (vorerst) Geschichte ist, werden uns die Fragen über die Zukunft des Ökosystems Amazonas weiterhin zu beschäftigen haben. Viele wissenschaftliche und unabhängige Augen sind auf die Region gerichtet. Ein aktuelles und wahrscheinlich facettenreiches Werk wird „*Amazonia. Transiciones y alternativas antes del colapso*“ von Eduardo Gudynas (2024), ein wiederholt zitierter Autor in der vorliegenden Arbeit, sein. Seine Entdeckung auf der Website des uruguayischen Biologen und Vertreters der Sozialen Ökologie kurz vor der Abgabe der Masterarbeit bekräftigt, dass Alternativen angebracht sind.

Die Arbeit fiel schwer, ist das Thema doch begleitet von großem Leid, einer menschenverachtenden Haltung, von zerstörten Habitaten und unwiederbringlichen Verlusten. Die Entscheidung dafür fiel in das Jahr 2019, als stummes Versprechen an mich selbst und noch viel mehr an die brasilianische Kollegin, die bei einer vom Forschungsverbund Lateinamerika

an der Universität Wien organisierten Veranstaltung noch im Schock über den Wahlsieg Bolsonaros den Appell an die europäischen Kolleg*innen richtete, Brasilien nicht zu vergessen. Wir sollten davon erzählen, dass mit Bolsonaro ein Mann Präsident geworden war, der sich des Amtes niemals würdig erweisen konnte. Und so kam es.

2. Methode

Die Arbeit untersucht in einer qualitativen Inhaltsanalyse nach Kuckartz/Rädiker (2024) einen umfassenden Quellenpool. Ziel der explorativen Vorgehensweise ist eine genaue Beschreibung der anti-ökologischen Politik Bolsonaros sowie eine Analyse der Narrative, die er als Präsident gegen den Schutz des brasilianischen Amazonas-Regenwalds sowie gegen die dort lebenden Indigenen Völker angewandt hat. Das „Konzept der Imperialen Lebensweise“ (Brand/Wissen 2017) stellt in der Analyse die hauptsächliche Bezugstheorie dar. Neben Sekundärliteratur wurden zahlreiche Primärquellen wie Zeitungsartikel und Interviews, Berichte von internationalen NGOs, Bolsonaros Reden bei Amtsbeginn sowie vor den UN-Vollversammlungen und die Wahlkampfdebatten zwischen dem früheren und aktuellen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva und Bolsonaro herangezogen, die es erst ermöglichten, (detailliertere) Informationen über die Maßnahmen zu erhalten. Der Beginn der Recherchen fiel in den Sommer 2022, als der Wahlkampf für die im Oktober 2022 stattfindende Präsidentschaftswahl bereits in vollem Gange war. Die Gleichzeitigkeit von Forschung und Ereignissen erwies sich als hilfreich, um in das Thema einzutauchen – Informationen fanden sich täglich neu in den Medien und in den Statements von NGOs. Sie wurden in einem begleitenden Medien- bzw. Forschungstagebuch, das schließlich als Quellenpool diente, festgehalten. Es entwickelte sich ein Sog, der manche Umwege aufmachte und mit der Fülle an Informationen, seinem Aktualitätsbezug und der inhaltlichen Grenzüberschreitungen seitens des amtierenden Präsidenten auch Herausforderungen für die Analyse der Daten mit sich brachte.

Um eine Übersicht über die rechtlichen Maßnahmen zu gewinnen, die während der Regierung Bolsonaro umgesetzt wurden bzw. angedacht waren, stellte anfangs die Internetpräsenz der brasilianischen Regierung die Hauptquelle dar. Es wurde versucht, den institutionellen Wandel in chronologischer Reihenfolge anhand von im Internet zugänglichen Dokumenten und Debatten im brasilianischen Nationalkongress von 2019 bis 2022 zu untersuchen. Aufgrund der unter der Regierung Bolsonaro unübersichtlich und wenig transparent gestalteten Archivierung dieser Dokumente wurde schließlich der Zugang über das von der NGO *Repórter Brasil*

geführte Investigativportal *Ruralômetro* gefunden, welches das Abstimmungsverhalten von brasilianischen Bundesabgeordneten analysierte und dabei von 22 brasilianischen und internationalen Umwelt-NGOs bzw. Dachverbänden von Indigenen Vereinigungen in der Datenanalyse begleitet wurde (vgl. *Réporter Brasil*) . Auf *Ruralômetro* wurden die Ergebnisse aus den 28 Abstimmungen, die unter Bolsonaro zu den Themen Umwelt, Indigene Völker und Landnutzungen stattgefunden haben, aufbereitet. Dabei wählte *Repórter Brasil* eine plakative Darstellung der Ergebnisse: Je niedriger die der/dem Abgeordneten zugeschriebene Temperatur auf einer Skala von 36°C bis 42°C ist, desto positiver die Auswirkung des Abstimmungsverhaltens auf Umwelt und Mensch. Zudem zeigt das Portal die Ergebnisse von Faktenchecks zu Unternehmensbeteiligungen, Geldstrafen für Umweltverbrechen oder Verstößen gegen das Arbeitsgesetz sowie tendenziöse finanzielle Unterstützungen der Abgeordneten. Der im Bundesstaat Amazonas verortete Abgeordnete José Ricardo von der *Partido dos Trabalhadores* (kurz PT) erwies sich mit einer Temperatur von 36,5°C sowie durch seine seriöse und kontinuierliche Amtsausübung als eine wichtige Quelle, anhand der die wesentlichsten und wichtigsten Maßnahmen – Gesetzesänderungen bzw. -vorschläge und Dekrete – der Regierung Bolsonaro identifiziert und im Anschluss analysiert werden konnten. Aus seinen 26 Stimmabgaben, die zwischen 2019 und 2022 erfolgten, wurden zur Untersuchung der Fragestellungen der Arbeit diejenigen ausgewählt, die sich mit den politischen Entscheidungen zum Amazonas beschäftigen und zu denen in den oben genannten Quellen weiterführende Informationen gefunden werden konnten (vgl. *Réporter Brasil*).

Andere von der Regierung Bolsonaro getroffene Maßnahmen konnten vorwiegend über die Primärquellen, insbesondere aus Berichten in brasilianischen bzw. internationalen Medien identifiziert werden. Beispiele dafür sind Budgetkürzungen, die Zerschlagung von Umweltbehörden und die strategische Neubesetzung von Schlüsselämtern. Die in der langen Phase der Exploration erhobenen Daten wurden laufend und systematisch analysiert. Die große Menge an Datenmaterial aus unterschiedlichen Ausgangsmaterialien und von geographischer Breite ermöglichte auch eine gute Vergleichbarkeit (Kuckartz/Rädiker: 2024: 41ff.) Die Erstellung des Kategoriesystems erfolgte deduktiv-induktiv³: Zuerst wurde anhand der Forschungsfragen sowie in der Bezugstheorie der ILW ein „Stichraster“ (Kuckartz/Rädiker

³ Auch Vorwissen spielt bei der Kategorienbildung eine Rolle, eine „der Stärken der qualitativen Inhaltsanalyse“, wie Kuckartz/Rädiker (ebd. 2024: 51) betonen. Frühere Forschungstätigkeiten über die Zeit der Militärdiktatur, verbunden mit längeren Aufenthalten in Brasilien und die Kenntnis der Landessprache waren dabei eine hilfreiche Basis.

2024: 102) mit den Hauptkategorien erstellt. Diesen wurden die induktiv an den erhobenen Daten gebildeten Subkategorien zugewiesen, die durch diese Rückkopplungsschleifen (vgl. ebd.: 50) eine weitere inhaltliche Schärfung erfuhren. Die Analysemethode bot auch „Raum für Serendipity“ (ebd.: 103), und neue Hauptkategorien taten sich auf. Von ihnen waren zwei, nämlich „Entwicklung“ und „antidemokratisch“, so deutlich präsent, dass sie als Narrative definiert und folglich als solche in der Arbeit analysiert wurden. Es könnte gesagt werden, dass die Kategorien „zusammengenommen eine Gestalt“ (ebd.: 64) bilden und im Sinne der Hermeneutik das, in diesem Kontext und zu diesem Zeitpunkt darstellbare, Ganze für die Teile steht und umgekehrt (siehe Categoriesystem im Anhang).

Die Arbeit begeht mit dem Anspruch einer möglichst umfassenden Darstellung der anti-ökologischen Maßnahmen der Regierung unter Bolsonaro noch ein kleines Neuland, das ich mir mit einigen wenigen Forscher*innen teile. Zwei Arbeiten waren neben den bereits genannten besonders wichtig: Der oben bereits zitierte Artikel „Anti-Ökologismus in Brasilien. Von schleichender zu offener Gewalt“ der brasilianischen Wissenschaftlerin Andréa Zhouiri (ebd. 2022), in dem sie einige der Maßnahmen analysierte, war für die weitere Recherche eine wichtige Basis und Inspiration zugleich. Die Monographie „Brasilien über alles. Bolsonaro und die rechte Revolte“ des Journalisten und Brasilienkenners Niklas Franzen stellte am Schluss der Forschungsarbeit eine adäquate Quelle für einen Gegencheck dar (ebd. 2022). Im folgenden Kapitel soll die Bezugstheorie, das Konzept der Imperialen Lebensweise vorgestellt werden.

3. Theorie: Das Konzept der Imperialen Lebensweise

„Sie stellt sich über Diskurse und Weltauffassungen her, wird in Praxen und Institutionen verfestigt, ist Ergebnis sozialer Auseinandersetzungen in der Zivilgesellschaft und im Staat. Sie basiert auf Ungleichheit, Macht und Herrschaft, mitunter auf Gewalt und bringt diese gleichzeitig hervor.“ (Brand/Wissen 2017: 45) Seit vielen Jahren erarbeiten die Politikwissenschaftler Ulrich Brand und Markus Wissen, das „Konzept der Imperialen Lebensweise“ (kurz: ILW). Ein starker Bezug besteht dabei zur Weltsystem-Theorie von Immanuel Wallerstein, zur Güterkettenforschung und zu Antonio Gramsci.⁴ (ebd.) Das Konzept beinhaltet sowohl Genese als auch die Analyse von Auswirkungen und der Rezeption der imperialen Lebensweise, die „gleichsam eine imperialistische Weltordnung“ in die Norm

⁴„[...] als dass wir davon ausgehen, dass sich eine widersprüchliche Gesellschaftsformation wie die kapitalistische nur reproduzieren kann, wenn sie in den Alltagspraxen und im Alltagsverstand verankert ist und dadurch gleichsam „natürlich“ wird. Mit dem Adjektiv 'imperial' möchten wir, über Gramsci hinausgehend, die globale und die ökologische Dimension der Lebensweise betonen.“ (ebd.)

überführt und die sie als „wesentliches Moment in der Reproduktion kapitalistischer Gesellschaften“ (ebd.) bezeichnen.

Die imperiale Lebensweise basiert wesentlich auf einer Expansion der industrialisierten Landwirtschaft, die mit Landnahmen und Enteignungen einhergeht, die Macht der Agrar- und Lebensmittelkonzerne vergrößert und immer mehr energetische Inputs benötigt. Die Expansion als Teil einer Norm, die zunehmenden Fleischkonsum mit steigendem Wohlstand gleichsetzt, geht etwa mit einer vermehrten Massentierhaltung und den damit verbundenen großen ethischen und ökologischen Problemen einher. (Brand/Wissen 2017: 101)

Die imperiale Lebensweise manifestiert sich in „Produktions- und Konsummuster, die auf einer ungleichen Aneignung von Natur und Arbeitskraft im globalen Maßstab beruhen“ (Brand/Wissen: Website Imperiale Lebensweise). Das Konzept ist „ein abstrahiertes Erklärungsmodell, das versucht, die empirischen Dynamiken und Strukturen greifbar und analysierbar (zu) machen“ (Krams/Preiser 2021: 22). Brand/Wissen (2017) sprechen von einer „Verallgemeinerung der Imperialen Lebensweise“ (ebd.: 45). Einer ihrer Indikatoren ist der Verbrauch fossiler Energie. Die energieintensive Lebensweise „breitet sich infolge vielfältiger Strategien der Inwertsetzung und Kapitalakkumulation seit geraumer Zeit mit Macht in den Mittel- und Oberklassen der Schwellenländer aus“, darunter auch in Brasilien, was als „Resultat der sozialen Kämpfe um Teilhabe“ (ebd.: 106) gesehen werden kann. „Auch in Lateinamerika durchzieht die ILW soziale Muster, Konsumvorstellungen sowie den Alltag und etablierte sich als zentrale Entwicklungsvision.“ (Svampa 2020: 90f.)

Das „Konzept der Imperialen Lebensweise“ weist darauf hin, dass „Ausbeutung entlang von Herrschaftsverhältnissen und Linien wie Klasse, gender und *race*“ stattfindet und damit auch „Bruchlinien innerhalb von (nationalen) Gesellschaften verlaufen“ (Krams/Preiser 2021: 8). Es geht nicht um die schematische Zweiteilung der Welt, „sondern vielmehr auch (um) innergesellschaftliche Auseinandersetzungen, Alltagshandlungen und Formen der Subjektivierung.“ (Brand/Wissen 2017: 45f.) Mit Verweis auf Bourdieus *Habitus*-Konzept und in Tradition von Gramsci argumentieren sie, dass diese Produktions-, Distributions- und Konsumationsnormen sich sowohl herrschaftsförmig in gesellschaftlichen Institutionen verfestigen als auch sozial in den Subjekten selbst verinnerlichen: „Konsum- und Produktionsmuster werden hegemonial, indem sie sich in Alltagspraxen und Routinen, den Alltagsverstand, Logiken, Begierden, Geschmack, Wünsche und Zukunftsvorstellungen einschreiben. So werden sie schließlich Teil der eigenen Identitäten und gar nicht mehr `als Herrschaft empfunden´.“ (ebd.: 58) Dieser Prozess wird als „Strukturierung“ bezeichnet und ist das Bindeglied zwischen gesellschaftlichen Strukturen und dem Alltagshandeln (ebd.: 48).

Dabei stellt sich immer die Frage, welche sozialen Gruppen die politischen und gesellschaftlichen Diskurse mittragen und die Strukturierung mitgestalten – das „Konzept der Imperialen Lebensweise“ betont nach Gramsci die „Notwendigkeit, Konsens und Hegemonie herzustellen“ (ebd.: 45f.). Ein Beispiel in Brasilien sind die alten und zugleich neuen Eliten, Großgrundbesitzer*innen und Vertreter*innen der Agrarlobby, die bewusst an Strukturierungen arbeiten. „In der Regel unbewusst“ (ebd.) könnten die eher fragilen brasilianischen Mittelschichten in ihrem Wunsch nach stabiler Teilhabe am kapitalistischen System handeln. Notgedrungen beugen sich verarmte Kleinbäuer*innen und Städter*innen auf der Suche nach einem Stück Land als Lebensgrundlage diesen Strukturen. Auch die Einverleibung der widerständischen Gruppen muss verortet werden – beispielsweise die Position der Indigenen Bevölkerung, die sich lokal, national und international organisiert und genauso politisch manifestiert wie die Landlosenbewegung *Movimento sem Terra* (MST). Während die Regierungen der PT noch den Konsens suchten, wurden die MST und die „Arbeiter*innenbewegung für das Recht auf Wohnraum“ (*Movimento dos Trabalhadores sem Teto*, MTST) gleich zu Beginn seiner Amtszeit von Bolsonaro als terroristische Organisationen eingestuft (vgl. Ribeiro 2018; siehe dazu auch weiter unten Câmara do Deputados: Discurso José Ricardo. 14.2.2019).

Das Grundprinzip der imperialen Lebensweise nimmt Ausgang im Kolonialismus und aktualisiert sich heute in der „Herrschaft im neokolonialen Nord-Süd-Verhältnis, in den Klassen- und Geschlechterverhältnissen sowie durch rassisierte Verhältnisse“, die dadurch eine Normalisierung erfahren (Brand/Wissen 2017: 46). Dieses Grundprinzip basiert auf Vorstellungen einer natürlichen, biologischen Hierarchie zwischen den Kolonisierten und den Kolonisator*innen“ (Quijano 2014: 28f.). „Im Kolonialismus verschränken sich damit rassialisierte Hierarchien mit der kapitalistischen Produktionsweise.“ (Krams/Preiser 2021: 9) Bei dieser Form des „Kolonialismus“ werden „immer neue Räume durch die kapitalistische Landnahme durchdrungen und in Wert gesetzt“ (Brand/Wissen 2017: 74). „Inwertsetzung“ ist einer der Schlüsselbegriffe des Konzepts der ILW: Er bezeichnet die „Dynamik, mit der der Kapitalismus auf sein *Außen* zugreift. Damit verbunden ist der *innerkapitalistische Vorgang der Akkumulation*, also die Schaffung von Mehrwert“ (ebd.: 53). Hinzu kommen auch „mittels Gewalt durchgesetzte Enteignungen, etwa in Form der Privatisierung von Gemeingütern. [...] In der Regel gehen sie mit Vertreibungen, Verarmungsprozessen und Naturzerstörung einher.“ (ebd.: 50) Eine nähere Betrachtung ist im Konzept der ILW der „Kolonialität der Natur“ (Alimonda 2019) gewidmet. Der respektlose Zugriff auf die Natur erfolgt auch aus einer

globalen Perspektive, indem „Arbeitsvermögen, natürliche(n) Ressourcen und die Senken ‘anderorts’ das Leben in den kapitalistischen Zentren“ (Brand/Wissen 2017: 43) ermöglichen. So bezieht beispielsweise Europa sowohl Rohstoffe als auch Futter- und Lebensmittel aus Brasilien und greift auf den Amazonas-Regenwald als Senke für seinen im Globalen Norden verursachten CO₂-Ausstoß zu (ebd.). Es handelt sich um eine hegemoniale Sichtweise auf die Natur, um „ökologische Hierarchien“ (Grosfoguel 2011) und die Vorstellung der Natur als „subalterner Raum“, „ausbeutbares Objekt“, „Ware“ und „privatisiert“ (Alimonda 2019; Kuppe 2019). Die Konstruktion des *Otherring* dient letztlich dazu, die Ausbeutung der Welt durch die Formung des rückständigen „Anderen“ zu rechtfertigen, ist also eine Legitimation zur „Ausbeutung“ und „Unterwerfung“ – sowohl der Natur als auch menschlicher Körper (vgl. Alimonda 2019). Das geht einher mit der Zerstörung von Ökosystemen und damit von Lebensräumen der Indigenen Völker.⁵ „Nature is not seen as an external force independent from social structures and human activity. Rather, nature has a social and cultural dimension, and is the object of political struggles.“ (Wissen 2011: 479)

In der brasilianischen Amazonasregion prallen nationale und internationale Interessen aufeinander: Flächen werden für Sojaanbau und Viehweiden gerodet, global agierende Minenunternehmen treffen auf in kleinen Gruppen organisierte Goldschürfer, junge Indigene suchen in den neu entstandenen Infrastrukturen im Amazonas-Regenwald nach Möglichkeiten für den Anschluss an den hegemonialen Lebensstil. Die imperiale Lebensweise ist das „Versprechen“ auf bzw. auch der „Zwang“ zur „gesellschaftlichen Teilhabe“ (Brand/Wissen 2017: 56). Dabei bleibt sie „höchst widersprüchlich. Sie verspricht und ermöglicht einem Teil der Gesellschaft nicht nur gesteigerte Konsummöglichkeiten, sondern auch verbesserten Zugang zu Bildung und Gesundheit sowie bessere Wohnverhältnisse. Selbst eine demokratisierende Komponente kann sie über gesteigerte gesellschaftliche Teilhaben aufweisen.“ (Krams/Preiser 2021: 14f.) Ihre Zwiespältigkeit zeigt sich auch im „grünen Kolonialismus“ (Dietz 2022: 45), in der Bioökonomie (Brand/Wissen 2017) bzw. „Eco-imperialism“ (Massuh/Fornillo/Moreno/Brand 2021: 32) insbesondere der Länder des Globalen Nordens, die im Versuch der Energiewende auf Ressourcen des Globalen Südens zugreifen.

⁵ Der Jurist und Kulturanthropologe René Kuppe, spezialisiert auf die Rechte Indigener Völker, erklärte bei einer Diskussionsveranstaltung am 21.2.2023 im Weltmuseum Wien, dass diese Prozesse auch hinter der Idee der Etablierung von Nationalparks standen. Aus dem Gebiet von *Yellowstone*, dem ersten Nationalpark weltweit, wurden die Indigenen vom Militär vertrieben, auch wenn davor 90 Prozent des Nationalparks Indigenes Land gewesen war. Die „Wildnis“ (nach John Locke) wird mit dem Argument, dass Indigene das Land nicht kultivieren würden, genommen und anderen Zwecken zugeführt. Es sei nichts anderes als eine koloniale Expansion in ein vermeintliches „no man’s land“. (Krenak/Kuppe 21.2.2023: Mitschrift und Übersetzung T.S.).

Bolsonaro und manche Vertreter*innen seiner Regierung lieferten für die Versuche, die Gesetzgebung zu verändern, Umweltinstitutionen zu schwächen und wenn nötig auch Zwang und Gewalt auszuüben – kurz, anti-ökologische Politik zu betreiben – begleitende Erzählungen, die Narrative. Sie werden, wie weiter unten noch näher ausgeführt wird, als „sinnstiftend“ (Müller-Funk 2019) eingesetzt, um Maßnahmen zu legitimieren und ein wirksames Bild ihrer positiven wirtschaftlichen Konsequenzen zu zeichnen – um also, wie oben bereits erwähnt, „Konsens und Hegemonie herzustellen“ (Brand/Wissen 45f.). Sie basierten auf den oben genannten Zielen der imperialen Lebensweisen, die insbesondere Vorteile für Eliten generieren sollten, kommunizierten allerdings die Notwendigkeit der „Inwertsetzung“ der Natur und eine neue Sicht auf die rechtliche Stellung der Indigenen Völker und deren Territorien mit der Begründung, den Wohlstand für alle gewährleisten zu wollen. Diese Narrative fanden unter Bolsonaro Verbreitung durch den mächtigen Kommunikationsapparat, der an seine Amtsführung und teilweise an seine Familie angebunden war. In einer zweiten Kommunikationsstruktur, die sich in den Händen von kuratiert assoziierten Netzwerken wie den evangelikal-pfingstkirchlichen befand, konstruierte Bolsonaro ergänzende Narrative, die Lebensformen, Familien- und Feindbilder sowie Geschlechterrollen thematisierten. Gemeinsam erzählen sie die Geschichte eines Landes, das sich nur im wirtschaftlichen Neoliberalismus, im christlichen Fundamentalismus, mit konservativen Familien- sowie mit klaren Feindbildern und unter Missachtung der Rechte von Minderheiten und der Natur entwickeln könne.

4. Kontext

Anti-ökologische und anti-indigene Positionen und Stimmungen sind in Brasilien nicht neu. Sie bestimmen nicht erst seit der Wahl Bolsonaros die politischen Diskurse und Entscheidungen auf nationaler Ebene. Vielmehr sind sie seit Jahrzehnten tief in rassistischen und neoliberalen Weltbildern und Identitätspolitik einer weißen Oberschicht und dem einflussreichen Militär verankert. (Zhoury 2022: 199)

Es war für die internationale Allgemeinheit vielleicht überraschend, dass „[...] mit Jair Bolsonaro ein rechtsradikaler Hinterbänkler die Präsidentschaftswahlen gewann, der keine Skrupel hat, die Rohstoffausbeutung auf Kosten des Amazonasschutzes auszuweiten und zu radikalisieren.“ (Burchardt 2020: 267) Aus heutiger Sicht ist es klarer, dass sein Sieg maßgeblich ein Zusammenspiel von historischen Kontinuitäten, neuen Bündnissen und einer ausgeklügelten Kampagne war. Um ein Verständnis für die Forschungsfragen der vorliegenden Arbeit zu entwickeln, wird einleitend der Fokus auf die historischen Kontinuitäten gelegt.

Denn, auch in der Vergangenheit war, wie sich zeigen wird, das Amazonasbecken für die unterschiedlichsten Interessen des Extraktivismus von Bedeutung.

4.1 Die langen Schatten des Kolonialismus

Brasilien ist ein Land mit – im globalen Vergleich – historisch und aktuell sehr ausgeprägten mehrdimensionalen Ungleichheiten (vgl. Oxfam international). Der Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung, Land und anderen Ressourcen oder Aufstiegschancen war und ist höchst ungleich verteilt (vgl. u.a. Fritz 2019; Burchardt/Dietz 2014; Drekonja-Kornat 2005). Ebenso verhält es sich mit dem Einkommen. Während der Gini-Koeffizient zwischen 2002 und 2014 von 0,547 auf 0,491 sank, betrug er im Jahr 2018 wieder 0,539 (vgl. Boos/Seidl 2017; Bertelsmann Stiftung 2020). Der *Country Report* der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2020 konstatierte auf Basis von Daten der Weltbank und dem *United Nations Development Programme* darüber hinaus eine substantielle Ungleichheit zwischen den Geschlechtern. Auch stellte der Bericht fest, dass auch ein rassisierter Kontext ein schwerwiegendes Problem darstellt: „Racial inequality remains a serious problem. The high-income population is essentially white, while most Brazilians who live in poverty are black.“ (Bertelsmann Stiftung 2020: 17)

Forscher*innen, darunter die Historikerin Ursula Prutsch und der Sozialökonom Andreas Novy, sind sich einig, dass diese strukturellen Ungleichheiten Wurzeln in der Zeit des Kolonialismus, der Sklaverei und der Unabhängigkeitswerdung des Landes hätten (vgl. Ö1 Radiokolleg 2022). Der Kampf um Gleichberechtigung der großen Mehrheit der brasilianischen Bevölkerung war Ende des 18. Jahrhunderts gewaltsam niedergeschlagen worden. Die Unabhängigkeit Brasiliens von Portugal im Jahr 1822 und die neue Verfassung von 1824 waren Projekte der Elite, die die Beibehaltung der Sklaverei und die Einheit des Landes als Ziele verfolgten. Diese politischen Eliten, die Land und Privilegien erhielten, während der Afrobrasilianischen und Indigenen Bevölkerung Landerwerb verwehrt blieb, waren zugleich die ökonomischen Eliten. Es waren die Zucker- und später Kaffeeplantagenbesitzenden, deren Renditen sich anfangs auf die Bearbeitung der Felder durch Sklav*innen stützte. Diese wurden später von den *colonos* (auf Kaffeeplantagen angesiedelte und arbeitende Einwandererfamilien, die nur das Nutzungsrecht, aber keine Landtitel bekamen) abgelöst (vgl. Kaller-Dietrich 2019: 131ff.). Letztere waren für die Plantagenbesitzenden kostengünstiger, da sie nicht für ihren Unterhalt aufkommen mussten und galten zugleich als krisensicherer, weil sie sich im Gegensatz zu den Sklav*innen nicht organisierten. Die Kaffeebarone, aus denen Großgrundbesitzende, Unternehmer*innen und

schließlich auch Finanzbourgeoisie geworden war/en, stellten mit ihren vielfältigen Einflussbereichen und Investitionsoptionen zugleich die politische Klasse (ebd.: 136).

Der Kaffee brachte eine neue politische Elite hervor, welche Landkonzentration mit Handelsmonopolen vereinte. Diese neue Oligarchie folgte ihrem Leitmotiv „Ordnung und Fortschritt“ und sicherte den inneren Frieden (keine Sklavenaufstände, keine sozialen Mobilisierungen, Durchstaatlichung) – soziale Gerechtigkeit aber stand nicht auf der Agenda. Kaffee brachte Modernisierung aufs Land, nicht aber den technischen Fortschritt. Kaffee ermöglichte Wohlstand für wenige und beschleunigte den Infrastrukturausbau. Die Kaffeeproduktion war kein Entwicklungsmotor für die breite Masse, da ihr Erfolg auf Landkonzentration und sehr schlecht bezahlter Arbeit beruhte. (ebd.: 137f.)

An diesen Realitäten hat sich bis heute nicht viel grundlegend geändert. Die Kaffeeplantagen sind heute unter die „Enklaven“ einzuordnen, die weiter unten noch thematisiert werden. Seit der Kolonialzeit sind sklavenähnliche Zustände mit dem jeweiligen Wirtschaftsmodell verbunden. Auch Burchardt (2020) ortet ein schwerwiegendes koloniales Erbe. Die 300 Jahre andauernde Kolonialisierung habe sich in Institutionen, Werten und Wirtschaftsbeziehungen vor allem mit Europa für Lebens- und Futtermittel sowie Rohstoffe erhalten. Auch für ihn gehören die im globalen Vergleich relativ hohen sozialen Ungleichheiten und die „politische Kultur des Populismus und Autoritarismus“ zum kolonialen „Erbe“ (Burchardt 2020: 270). Brand/Wissen (2017) extrahieren in ihrem Werk „Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus“ die historischen Merkmale der damals „stabilen neokolonialen Ordnung bis 1929“, die den Eliten und Mittelschichten den Wohlstand sicherte: Die Nachfrage nach Salpeter als Düngemittel für die Landwirtschaft, nach Kautschuk für Reifen und schließlich auch zunehmend nach Erdöl aus der Amazonasregion führte Ende des 19. Jahrhunderts zu Verflechtungen mit ausländischem Kapital. Insbesondere der Bergbau befand sich von Anfang an in ausländischen Händen, während Großgrundbesitzende weiterhin „politisch und ökonomisch“ (ebd. 2017: 83f.) relevant blieben.

4.2 „Der neue Staat“ („*O Estado Novo*“)

Unter dem Regime des Diktators und später gewählten Präsidenten Getúlio Vargas (1930-1945 und 1950-1954) baute Brasilien im 20. Jahrhundert eine eigenständige wirtschaftliche Struktur auf, die insbesondere auf Stahl- und Nahrungsmittelproduktion sowie die verarbeitende Industrie setzte. Vargas war „Keynesianer“ und „Positivist“, der mit dem bekannten Leitmotiv *ordem e progresso* („Ordnung und Fortschritt“) – es ist bis heute auf der brasilianischen Flagge zu finden – Staat und Gesellschaft mit Hilfe von Wissenschaft und Technokratie erneuern wollte (vgl. Prutsch 2019a: 279). Ab 1935 wurden linke und linksgerichtete Parteien sukzessive

verboten, später auch die faschistische Partei *Ação Integralista Brasileira*, die sein politischer Widersacher werden sollte. Angriffe auf die Nation und das brasilianische Volk, als dessen „Vater“ er sich gerne darstellte, ortete er allerdings vor allem von Links (ebd.: 280f.). 1937 rief Vargas den *Estado Novo* aus und leitete einen Staatsstreich ein, um Präsidentschaftswahlen abzuwenden. Die offizielle Begründung war eine vermeintliche kommunistische Verschwörung, der Vargas den jüdischen Namen „*Cohen-Plan*“ gab. Ab 1938 existierten in Brasilien keine Parteien mehr, der Präsident regierte per Dekret, freie Medien wurden eingeschränkt.

He ruled with a handful of followers and built his power not on parties but rather on an alliance of landowners, military personnel, entrepreneurs, the Catholic Church, and the gradually depoliticized industrial workers. His regime relied on right-wing intellectuals to distinguish it from the anti-clerical positivism of the turn of the century, which had blamed the Catholic Church for centuries of backwardness and slavery. (Prutsch 2019a: 279)

Vargas renationalisierte die Wasser- und Energieversorgung und legte große Bemühungen in die Verbesserungen des Arbeitsrechts von Industriearbeiter*innen sowie die Infrastruktur der Städte, während Landarbeiter*innen und die meist informell Beschäftigten im Dienstleistungssektor von seiner Politik unbeachtet blieben. So verschärften sich die sozialen Gegensätze nochmal mehr. Der Zweite Weltkrieg war für das Land wirtschaftlich gewinnbringend und stärkte Vargas' Macht. Nach seinem autoritären Regime war er noch als demokratisch gewählter Präsident im Amt, bevor er sich 1954 das Leben nahm, nicht ohne in seinem Abschiedsbrief auf seine Märtyrerrolle hinzuweisen. In der Ära Vargas wurden in Brasilien Diskurse ausgestaltet, die vor allem während der ersten Phase der brasilianischen Militärdiktatur wiederaufgegriffen, weiterentwickelt und von Bolsonaro einige Jahrzehnte später wiederbelebt wurden: Eine Erzählung handelt beispielsweise von einem Präsidenten als Held und Opfer zugleich, der den Fortschritt in ein Land brachte, das gegen (linke) Feinde, die sich die Institutionen einverleibt hätten, verteidigt werden müsse. Unterstützung kam in beiden Fällen von lokalen Eliten, die sich für ihre Projekte und die Beibehaltung bzw. Stärkung ihrer Machtpositionen wiederum des Rückhalts des Präsidenten sicher sein konnten.

4.3 Die brasilianische Militärdiktatur

Die Militärdiktatur (1964-1985) zeigte großes Interesse daran, das Gebiet, das für die wirtschaftliche Entwicklung Brasiliens genutzt werden sollte, auszuweiten.⁶ 1970 begann die

⁶ Während der brasilianischen Militärdiktatur seien 10.000 Indigene ermordet worden, so der Indigene Aktivist und Schriftsteller Edson Krenak und der auf Indigene Rechte spezialisierte Jurist René Kuppe beim oben bereits erwähnten Gespräch „Ökozide in Lateinamerika und indigener Widerstand“ im Weltmuseum am 21.2.2023. Vgl. dazu auch Franzen 2022: 153.

Straßenerschließung des brasilianischen Amazonasgebietes unter dem Slogan „*Integrar para não entregar*“: Die Region sollte besiedelt werden, damit das Gebiet nicht von „anderen“ in Anspruch genommen werden konnte. Im Auftrag der Militärs übernahmen private Unternehmen die Kolonisierung des Nordens des Landes, die als sogenannte *invasão sulista* durch im Süden lebende Brasilianer*innen, viele von ihnen Nachkommen europäischer Einwander*innen, bekannt wurde. Die Straße Cuiabá-Santarém (BR-163) durchzieht seit damals das Gebiet von Süden nach Norden, die Transamazônica (BR-230) von Osten nach Westen, Städte wie Sinop, Porto dos Gaúchos, Nova Maringá und Porto Alegre do Norte entstanden. In ein Land vermeintlich ohne Menschen sollten Menschen ohne Land gelockt werden (vgl. WWF 2006). Um einen Landtitel zu bekommen, mussten die Flächen gerodet werden, was eine großflächige Devastation der nördlichen Gebiete mit sich brachte. (vgl. Ö1/Journal Panorama, 20.9.2022). In den späten 1970er Jahren und damit gegen Ende der Militärdiktatur verfügte Brasilien über eine nahezu komplette Produktionsstruktur und hohe Wachstumsraten, während die Macht der Militärregierung zunehmend schwand.

Es folgte ein Jahrzehnt, in dem sich die US-amerikanische Außenpolitik in Lateinamerika im Krieg gegen die Drogen engagierte. Die Förderungsgelder aus den USA wurden nach der antikommunistischen Aufstandsbekämpfung (1960 bis 1980) für sogenannte Strukturanpassungsprogramme (SAP, 1982 bis 1995) umgewidmet. Bis dahin waren die lateinamerikanischen Regierungen Marionetten von Spekulationen und Zinspolitik des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank (WB). (Kaller-Dietrich 2009: 123f.)

Ab den 1980er Jahren setzte sich wirtschaftlich – wie in vielen anderen Ländern weltweit – das neoliberale Modell durch, das den Grundstein für ein rohstoffbasiertes Entwicklungsmodell legte und die lateinamerikanischen Länder in die Schuldenkrise führte. Auf die Frauen- und Ökologiebewegungen oder den Protest der Länder des Globalen Südens (beispielsweise durch die Konstitution der *United Nations Conference on Trade and Development/UNCTAD* im Jahr 1964) gegen die niedrigen Rohstoffpreise erfolgte weltweit eine „neoliberale Krisenbearbeitung“ (Brand/Wissen 2017: 98), die in der kapitalistischen Globalisierung zu einer Stabilisierung der imperialen Lebensweise führte. Sie ging mit der Liberalisierung der Finanzmärkte, Privatisierungen, dem Abbau von Handelsbeschränkungen und dem kontinuierlichen Rückzug des Staates aus seinen sozialpolitischen Aufgaben einher (vgl. ebd.: 99). Der Washington Consensus aus dem Jahr 1994 und die damit verbundenen Strukturanpassungsprogramme (SAP) führten zu einer intensivierten internationalen Arbeitsteilung mit katastrophalen Folgen für die Umwelt, insbesondere in den Ländern des Globalen Südens. Die Konsequenzen trafen auch die Mittelschicht, von denen einige als Gewinner*innen und viele als Verlierer*innen daraus hervorgingen (vgl. Boos/Seidl 2017). Die

tieften soziopolitischen Einschnitte ließen in Brasilien nach der Militärdiktatur Protestbewegungen erstarken, wobei insbesondere der organisierte Widerstand der Indigenen Bevölkerung „als eine an Einfluss gewinnende politische Bewegung“ (Burchardt 2020: 271) gesehen werden kann. Gesellschaftlich hinterließ die Militärdiktatur tiefe Wunden. Mit dem Amnestiegesetz von 1979 wurde Straffreiheit für an Verbrechen Beteiligte vereinbart. Erst in den 1990er Jahren kam es unter Präsident Fernando Henrique Cardoso zur Einrichtung einer Sonderkommission, 2014 leitete Dilma Rousseff die Wahrheitskommission ein. An letzterer äußerten insbesondere Indigene Völker und Kleinbauern vehemente Kritik, da Hunderte Fälle von Verbrechen der Militärdiktatur gegen sie in der Kommission nicht behandelt wurden (vgl. Bödefeld 2024).

4.4 Die „progressiven“ Regierungen Lateinamerikas

Mit Hugo Chávez, der 1999 in Venezuela an die Macht kam, begann in einigen Ländern Lateinamerikas der politische Umbruch: Lula da Silva wurde nach den zwei Amtszeiten von Fernando Henrique Cardoso von der PSDB, der Partei der bürgerlichen Elite (vgl. Franzen 2022: 41) 2002 in Brasilien zum Präsidenten gewählt. Es folgten die Regierungen von Néstor Kirchner in Argentinien im Jahr 2003, 2005 Tabaré Vázquez in Uruguay, ein Jahr später Evo Morales in Bolivien und 2007 Rafael Correa in Ecuador. Diese Regierungen des Post-Neoliberalismus gingen als „Mitte-Links-Regierungen“, „*Pink Tide*“ oder „progressive Regierungen“ in die Literatur ein. Trotz aller Unterschiedlichkeiten hatten sie eines gemeinsam, nämlich das staatlich getriebene Entwicklungsmodell. Laut CEPAL, der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und Karibik, waren die Ausgaben für staatliche Sozialpolitik in den lateinamerikanischen Ländern von 15,4 Prozent im Jahr 2000 auf 20,7 Prozent des BIP im Jahr 2015 gestiegen (vgl. Boos/Seidl 2017: 5). Der Jahrhunderte lang praktizierte Extraktivismus in Lateinamerika wurde perpetuiert. In- und ausländisches Kapital drängte in infrastrukturelle Vorbereitungen und die Umsetzung der „Erkundung und Ausbeutung von mineralischen Ressourcen“ und in die „agrarindustrielle und monokulturelle“ Landwirtschaft (Brand/Wissen 2017: 116). Die Lebensmittel-, Saatgut- und Düngemittelindustrie zogen nach. „Die populistischen Machtverhältnisse, Klassenstrukturen und hegemonialen Vorstellungen von ‘Fortschritt’ und ‘Entwicklung’ sind eng damit verbunden.“ (ebd.) Zwischen 2002 und 2014 reduzierten die lateinamerikanischen Länder mit Ausnahme der Karibik die Armutsraten von 45,4 Prozent auf 27,8 Prozent und damit um fast die Hälfte (vgl. Burchardt 2020: 266), die absolute Armut von 12,2 Prozent auf 7,8 Prozent (vgl. CEPAL 2019). Das Entwicklungsmodell der progressiven Regierungen wollte Gewinne

aus dem Export von unverarbeiteten Rohstoffen in die nationale Entwicklung reinvestieren. In Brasilien wuchs die sehr diverse neue Mittelschicht während Lula da Silvas' zwei Amtszeiten (2003-2010) um 30 Millionen Menschen an, rund die Hälfte der brasilianischen Bevölkerung zählte nach seiner zweiten Amtszeit dazu (vgl. Boos/Seidl 2017). 2014 verkündete Jim Yong Kim, der damalige Präsident der Weltbank, dass es in Lateinamerika zum ersten Mal mehr Menschen gebe, die der Mittelschicht angehörten, als in Armut Lebende (ebd.). Es wird von der Phase des *commodity supercycle* gesprochen: Die entsprechende Nachfrage nach fossilen Brennstoffen sowie Agrargütern garantierte hohe Weltmarktpreise. Laut CEPAL lagen die Primärgüterexporte in Lateinamerika damals weit über 60 Prozent (CEPAL 2019: 411; vgl. Burchardt 2020: 275). Brasilien, so Eduardo Gudynas, „wurde zum größten Extraktivisten des Kontinents“, wobei Erze, Metalle und Agrarprodukte (vorwiegend Sojabohnen) dominieren würden (vgl. ebd. 2019: 24).

Die post-neoliberale Entwicklungsstrategie der Umverteilung der Renditen durch ein ausgefeiltes System an Transferleistungen und der begleitende Ausbau der öffentlichen Infrastruktur wird auch als *New Developmentalism*, als „Mittelweg zwischen Ideen und Strategien des historischen *Developmentalism* der 1950er und 1960er Jahre in der Region und der konventionellen neoklassischen Orthodoxie“ (Jenss/Lehmann/Boos 2008: 6) bezeichnet. In diesem Paradigma wird dem Staat wieder eine wichtige Rolle beigemessen, wobei – anders als in vorangegangenen Perioden staatlicher Entwicklungsstrategien – nicht mehr auf direkte protektionistische Maßnahmen, sondern auf einen kompetitiven Wechselkurs gesetzt wurde (vgl. auch Fritz 2019):

[...] gegen Ende des letzten Jahrzehnts hatte sich in der Region ein Entwicklungsmodell durchgesetzt, in dem ein erstarkter Staat die Mehreinnahmen der Rohstoffexporte abschöpfte, als Entwicklungsagent die soziale Frage effektiv bearbeitete und sich über Modernisierungsversprechen und demokratische Wahlen immer wieder Legitimation verschaffte. Dieses Modell ist unter dem Label des *Neo-Extraktivismus* in politische und wissenschaftliche Debatten eingegangen. (Burchardt 2016:6; vgl. auch Gudynas 2019; Burchardt / Dietz 2014)

Auch der frühere und aktuelle Präsident Luiz Inácio „Lula“ da Silva (2003-2010) und seine Nachfolgerin Dilma Rousseff (2011-2016), beide von der Mitte-Links-Partei *Partido dos Trabalhadores* (PT), hatten im Sinne des *New Developmentalism* Sozialprogramme ins Leben gerufen, die breite Wirkung zeigten. Sie verfolgten die Politik der *affirmative action* – Zugang zu Universitäten für Afrobrasilianer*innen, Indigene und einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen wurden gefördert, Quotenregelungen auch im öffentlichen Dienst eingeführt, aktive Genderpolitik betrieben (vgl. Prutsch 2019a: 283). Der „Dialog mit sozialen Bewegungen und Basisorganisationen“ wurde gesucht, die „Vertiefung demokratischer

Mitbestimmung eingeleitet“ (Burchardt 2020: 272). Umwelt-Aktivist*innen wie Marina Silva aus der Landgewerkschaft der Kautschukzapfer*innen wurden in ministeriale Ämter geholt. 2008 hatte sie ihr Amt als Umweltministerin wegen ihrer Kontroversen mit Lulas Umweltpolitik, als Beispiele seien die Zulassung von gentechnisch modifiziertem Saatgut und der Bau des Staudamms *Belo Monte* im Amazonasbecken genannt, zurückgelegt. Seit 2023 bekleidet sie das Amt der Umweltministerin in der neuen Regierung Lula erneut (vgl. Wallisch 2023). Es war die Zeit des versuchten Konsens mit vielen Bevölkerungsgruppen und vor allem mit jenen, die im traditionellen Brasilien keine Stimme hatten, wobei die Stimmen der Indigenen Völker nicht durchdrangen.

Die Arbeitslosigkeit sank, Mindest- und Reallöhne wurden ausverhandelt, *Conditional cash transfers* (CCTs), wie beispielsweise das Modell der *bolsa família*, fanden international Beachtung. Diese und andere Maßnahmen hatten einen positiven Effekt auf 30-40 Millionen Brasilianer*innen, sowohl im ländlichen Raum als auch in den Städten. Der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler Hans-Jürgen Burchardt und die Landschaftsplanerin und Sozialwissenschaftlerin Kristina Dietz fassen das Wesen des (Neo-)Extraktivismus⁷ und des damit verbundenen Entwicklungsnarrativs in drei Punkten zusammen:

Latin American (neo-)extractivism is characterised by the renaissance of the developmental state, which (1) steers and regulates the economies of extraction, appropriates extra revenue and mediates between diverging interests; (2) acts as an agent of development and addresses the social question via supporting development projects in the region; and (3) creates political legitimacy for itself through democratic elections and a development narrative. (Burchardt/Dietz 2014: 470 f.)

Was international vorwiegend als sozialpolitische Erfolge angesehen wurde, hatte auch Schattenseiten. Manche Maßnahmen, wie etwa das soziale Wohnbauprogramm *Minha Casa Minha Vida*, erwiesen sich genau für die Zielgruppen, für die sie gedacht waren, beispielsweise in Rio de Janeiro als nachteilig und riefen großen Widerstand hervor (vgl. Stefani 2021). In Hinblick auf ökologische und auch gesellschaftspolitische Aspekte hatte die Strategie schwerwiegende Folgen:

Die lateinamerikanischen Gesellschaften mutierten zu Beutegemeinschaften, in denen der Staat zwar erstmals (fast) allen Anteile an der Ausplünderung der Natur gewährte, der neue Zusammenhalt aber nicht auf Konsens und sozialer Kohäsion beruhte. Die materielle Basis der sozialen Entwicklungserfolge war also nicht die Besteuerung einer produktiven Volkswirtschaft, sondern die Abschöpfung und Verteilung von Ressourceneinnahmen aus der Extraktion und dem Export von Rohstoffen. (Burchardt 2020: 277)

⁷ Während einige Forscher*innen den Begriff Neo-Extraktivismus verwenden, werfen Brand/Dietz ein, dass dieser nicht auf die „strukturellen, insbesondere internationalen Zwänge, denen auch progressive Regierungen unterworfen sind“ (ebd. 2022: 276) verweist. Mit der Setzung einer Klammer im Präfix und der Schreibweise (Neo-)Extraktivismus soll auf die „verändernden internationalen Konstellationen“, wozu sie u.a. den steigenden Energiebedarf und die Digitalisierung zählen, hingewiesen werden (ebd.). (Neo-)Extraktivismus sei ein in der kritischen Entwicklungsforschung zu verortendes Konzept, das „entwicklungs- und staatstheoretische(n) Überlegungen“ beinhaltet. (ebd.)

Die Regierungen Lula und Dilma hatten dabei keine Scheu vor der Unterstützung von Großinvestoren oder der Umsetzung von nicht nachhaltigen Megaprojekten – der oben erwähnte Staudamm in *Belo Monte* im Amazonasgebiet, gegen dessen Errichtung international protestiert worden war, ist nur ein Beispiel (vgl. Prutsch 2019a: 283). In der von der Zeitschrift *National Geographic* erstellten Landkarte der Eingriffe in die brasilianische Amazonasregion aus dem Jahr 2016 sind die Schäden durch Brände, Abholzung, Goldschürfen und (illegale) Minen bereits eindrücklich ausgewiesen (National Geographic 2016). In diesem Punkt vertrat Lula eine andere Haltung: In der TV-Debatte kurz vor der Wahl im Jahr 2022 fasste er seine früheren Regierungsjahre in abschließenden Worten zusammen und bezeichnete sie nicht nur hinsichtlich ihrer Sozialprogramme und der inkludierenden Bildungspolitik, sondern auch auf Grund der umgesetzten Umweltschutzmaßnahmen als erfolgreichste der brasilianischen Geschichte (vgl. TV-Debatte Lula-Bolsonaro, 16.10.2022, Übersetzung T.S.).

Die Finanzkrise, die sich in Europa und den USA bereits ab 2007 abzeichnete, führte ab 2013 zu sinkenden Rohstoffpreisen und weniger Investitionen, höherer Inflation und Arbeitslosigkeit, geringeren Staatseinnahmen und wieder ansteigenden Armutsraten (vgl. CEPAL 2019: 24). Auch Brasilien litt damals unter dem „Fluch der Rohstoffe, der sogenannten *Dutch disease*: Der Fokus auf den Rohstoffboom hinderte die Entwicklung in anderen wirtschaftlichen Zweigen, beispielsweise Industriegüter oder Dienstleistungen.“ (Burchard/Dietz 2014: 476) Damit einhergehend war eine intensivierete Reprivatisierung bei Bodenschätzen und *cash crops* für den Export zu verzeichnen. Für die Mitte-Links-Regierungen der Länder, die sich auf den Export von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten konzentriert hatten, bedeutete der Einbruch der Preise enorme Schwierigkeiten: „Generell attestiert man den linken Regierungen auch eine Kurzfristigkeit in den politischen Entwicklungskonzeptionen bzw. die Abwesenheit strategisch-langfristiger Konzepte einer gesellschaftlichen Transformation.“ (Eser/Witthaus 2020: 8) Dieser Meinung ist auch Burchardt, der das „hohe Potential an Nachhaltigkeitsstrategien“ – er nennt beispielsweise *Buen Vivir*⁸ in Bolivien und Ecuador – als nicht ausreichend genutzt betrachtet (Burchardt 2020: 267ff.). Trotz aller Bemühungen und gezielter staatlicher Interventionen „haben es die Regierungen [...] nicht geschafft, sich aus dem Teufelskreislauf der Ressourcenabhängigkeit zu befreien.“ (Boos/Brand 2019: 6) Damit einhergehend erfolgte bereits in diesen Jahren eine

⁸ Siehe dazu u.a. Acosta, Alberto (2015): *Buen vivir. Vom Recht auf ein gutes Leben.*

Inwertsetzung von zu schützenden Gebieten und eine Missachtung der Indigenen Völker, die dort leben:

Seit der Jahrtausendwende verstärkte sich in Lateinamerika aufgrund der Ausbreitung der ILW (Imperialistische Lebensweise) und der damit zusammenhängenden steigenden Nachfrage nach Rohstoffen die Ausweitung sogenannter ‚*resource frontiers*‘ in vormals als unproduktiv erachtete, ökologisch sowie sozial sensible Gebiete, was zu einer zunehmenden Zerstörung von Lebensgrundlagen vor Ort führte. (Krams/Preiser 2021: 5)

Trotz „Widerstand und Konflikte“ wurde die „imperiale Lebensweise dominierend“, der „Extraktivismus“ ist in vielen Ländern Lateinamerikas in diesen Jahren zum „Entwicklungs- und Akkumulationsmodell“ (ebd.) geworden. Barbara Fritz, Expertin für die Ökonomien Lateinamerikas, benennt die gesellschaftlichen Konsequenzen, die sich in diesen Jahren in Brasilien auftraten: Die Umverteilung während des Superbooms sorgte für Konflikte: „[...] gerade in Gesellschaften, die durch eine Jahrhunderte lange Geschichte verfestigter Ungleichheiten geprägt sind, erzeugt der Beginn von Umverteilungen hohe Erwartungen auf der einen Seite und Verlustängste und Widerstände auf der anderen.“ (Fritz 2019: 15) Dabei blieben die Programme in vielen Bereichen viel zu zaghaft, um langfristig Veränderungen zu bewirken. Burchardt (2020) analysiert drei Punkte, die die Krise und die anschließende politische Wende begründen könnten:

- 1) Das Steuersystem blieb weitgehend unangetastet, auch die reichsten zehn Prozent wurden kaum besteuert. Viele Sozialleistungen waren nach wie vor an Beschäftigungsverhältnisse gekoppelt und erreichten informell Beschäftigte damit nicht.
- 2) Die *Conditional cash transfers* wurden nicht als soziale Rechte gesichert und konnten ohne großen Widerstand zurückgenommen werden, was unter Bolsonaro dann auch teilweise geschah.
- 3) Die Hälfte der Erwerbstätigen, hauptsächlich Frauen, befand sich weiterhin in prekären Arbeitsbeziehungen, auch wenn es zur Sicherung einiger Arbeitsrechte von ausgewählten Gruppen, beispielsweise bei den Hausangestellten, gekommen und der Mindestlohn gestiegen war. Die Eliten, aber auch große Teile der Mittelschicht, profitierten hingegen stark von informeller Arbeit, die es ihnen unter anderem erlaubte, günstig und unkompliziert auf Care-Arbeit zuzugreifen (vgl. Burchardt 2020: 278). Ein weiterer Punkt ist, dass die Rohstoffausbeutung oft in „Enklaven“ passiert, die dazugehörigen Arbeiten keiner spezifischen Qualifikationen bedürfen und somit keine nachhaltigen Beschäftigungsmöglichkeiten generieren (vgl. Burchardt/Dietz 2014: 38f.).

Auf diesen letzten Punkt verweist auch Eduardo Gudynas, der eine weitere Dimension dieser „Enklaven“ thematisiert: Diese sind wirtschaftlich mit dem Weltmarkt, nicht aber mit ihrer unmittelbaren Umgebung verbunden. Daher würden sie kaum zu einer ökonomischen Entwicklung einer Region beitragen. Als weiteren wichtigen Diskussionspunkt bringt er ein, dass sich die Umweltschäden und potentielle gesundheitliche Konsequenzen in der Rendite aus den extraktivistischen Tätigkeiten in den Enklaven nicht niederschlagen. „Die Abfälle, die sie verursachen, und damit ihr `ökologischer Rucksack´ besitzen in der traditionellen Volkswirtschaftslehre keinen Wert“ (Gudynas 2019: 31), so der Vertreter der Sozialen Ökologie.

Es war in der Phase der hohen Rohstoffpreise nicht gelungen, ein stabiles Gesundheits- und Bildungssystem sowie die öffentliche Infrastruktur nachhaltig aufzubauen, obwohl es ein großes staatliches Infrastrukturprogramm gab. Eine Landreform war ausgeblieben (vgl. Franzen 2022: 19). Auch Eser/Witthaus (2020) bilanzieren ernüchternd und sprechen von „vertanen Möglichkeiten gesellschaftlicher und staatlicher Transformation“, die auch durch die „Entmachtung der sozialen Bewegungen durch Inkorporation“ und den „Aufstieg neuer Führungseliten im Staat“ den Boden für Bolsonaro aufbereiteten. Die Linksregierungen konnten die Erwartungen bei weitem nicht erfüllen, so ihr Fazit (Eser/Witthaus 2020: 12f.).

4.5 Bolsonaro

Im Oktober 2018 wurde Bolsonaro mit 55,13 Prozent der Stimmen zum Präsidenten gewählt, ein für viele überraschender Wahlausgang. Abgesehen von den armen und sehr armen Bevölkerungsgruppen Brasiliens und von der Region Nordosten, gewann er bei allen Wähler*innengruppen, ganz besonders in den neuen und traditionellen Mittelschichten, unter Universitätsabsolvent*innen, bei den weiblichen Wählerinnen, in den urbanen Zentren Rio de Janeiro, São Paulo und Brasilia sowie unter evangelikalen Christ*innen (vgl. Anderson 2019; Hunter/Power 2019; Prutsch 2019a). Sein Herausforderer Fernando Haddad von der PT erhielt 45 Prozent der Stimmen, für die Historikerin Ursula Prutsch ein Beweis dafür, dass fast die Hälfte der Bevölkerung wusste, was auf dem Spiel stand. Bolsonaros Wahlsieg bezeichnet sie als eine Kombination aus Unzufriedenheit mit der Regierung, verfehlten historischen Policies, religiöser Indoktrination sowie einer aggressiven Social Media-Kampagne (vgl. Prutsch 2019a: 275). Bereits 2017 hatte er „sieben Millionen Follower auf Facebook – doppelt so viele wie die größte Tageszeitung des Landes“ (vgl. Franzen 2022: 49), gewinnen sollte er die Wahl

allerdings mit dem Nachrichtendienst WhatsApp (ebd.: 51), über den ungefiltert Desinformationen, Fake News und Wahlpropaganda verschickt werden konnten.

Bereits während der Amtszeiten von Lula und Dilma waren Teile der Mittel- und insbesondere der Oberschicht mit der linkspopulistischen Politik der Arbeiterpartei unzufrieden gewesen. Vor allem die Umverteilungsmaßnahmen stießen auf Widerstand, da die neue soziale Mobilität die Exklusivität gefährden konnte (ebd.: 283). Die Politik der „experimentelle(n) Gestaltung der Beziehung zwischen Staat und Zivilgesellschaft“ und der Anerkennung von sozialen Bewegungen „als politische Subjekte“ (vgl. Medeiros/Motta 2019) erfuhr zwar heftige Kritik, die Zivilgesellschaft selbst blieb dennoch weiterhin stark und gut vernetzt. So gab es insbesondere in Rio de Janeiro heftigen und langanhaltenden Widerstand gegen die Durchführung der Fußballweltmeisterschaft 2014 und der Olympischen Sommerspiele zwei Jahre später. Um für die Besucher*innen der Großveranstaltungen ein möglichst „sauberes“ Bild abzugeben, wurden die Bewohner*innen ganzer Stadtteile zwangsumgesiedelt und die Strände in Rio de Janeiro als wichtige öffentliche demokratische Räume ausgerechnet mit Fußballverbot belegt, um sie für die touristische Nutzung inwertzusetzen. Im Zuge der Vorbereitungen der Großveranstaltungen wurde immer deutlicher, dass nicht die soziale oder ökologische Nachhaltigkeit im Zentrum stand, sondern vielmehr die Interessen der Eliten, darunter auch Parteimitglieder von Lulas und Dilmas PT. Begonnen hatten die Proteste gegen die Regierung 2013 in São Paulo, wo gegen die Erhöhung der Tarife der öffentlichen Verkehrsmittel bzw. für einen kostenlosen Nahverkehr unter dem Motto *Movimento Passe Livre* demonstriert worden war. Die massiven Reaktionen auf die gewaltsame Niederschlagung der Manifestationen durch die Polizei zeigten das heterogene Bild der Kritiker*innen der Regierung der Arbeiterpartei und ihrer Forderungen auf (vgl. Bringel/Falero 2016). Präsidentin Dilma konnte die ökonomische und die gesellschaftliche Krise nicht steuern. Dazu kamen die als *Mensalão* und *Operação Lava-Jato* bekannten Korruptionsskandale, die in der Öffentlichkeit und insbesondere seitens der konservativen Kräfte ein Framing erhielten, das Korruption mit der Arbeiterpartei gleichsetzte (vgl. Medeiros/Motta 2019).

Obwohl das Amtsenthebungsverfahren gegen Dilma „ein kalter Putsch“ (Burchardt 2020: 267) war und heute feststeht, dass es von den reaktionären Teilen der Gesellschaft ausging, gab es seitens der Medien kaum Rückhalt für die Präsidentin. Lula und seine Nachfolgerin hatten es verabsäumt, in ihren Amtszeiten kritische und unabhängige Medien aufzubauen (vgl. Prutsch 2019a: 284; Boris 2020: 56). Der Medienriese *Globo*, der Bolsonaro maßgeblich unterstützte,

ist traditionell rechtsgerichtet, auch andere konservative Zeitungen, Zeitschriften und TV-Sender befanden sich in den Händen von rechten Politiker*innen oder deren nahem Umfeld. Die hohe Verschuldung der privaten Haushalte, die in den Jahren davor am Konsum partizipieren hatten können, brachte viele in neuerliche Armut, auch kam es zu einem massiven Anstieg an Gewalttaten. Lula, der sich 2018 wieder als Präsidentschaftskandidat nominieren lassen wollte, wurde vom damaligen Richter Sérgio Moro, der später unter Bolsonaro das Amt des Justizministers innehatte, wegen passiver Korruption zu zwölf Jahren Haftstrafe verurteilt. Zwei Jahre verbrachte der ehemalige Präsident im Gefängnis und war daher von den Präsidentschaftswahlen 2018 ausgeschlossen. Ein US-amerikanisches Pressteam konnte mittlerweile nachweisen, dass es sich bei der Verurteilung von Lula um einen Komplott von Moro und der Staatsanwaltschaft gehandelt hatte, um seine Wiederwahl zu verunmöglichen. 2020 trat Moro als Protest gegen den zunehmenden Einfluss Bolsonaros auf seinen Arbeitsbereich zurück.

Michel Temer, Dilma Rousseffs Vizepräsident, half mit seiner anti-sozialen Elitenpolitik den Weg für Bolsonaro zu ebneten (vgl. Prutsch 2019a: 284). Der Hass auf die Arbeiterpartei, der sogenannte *Antipetismo*, wurde intensiv von „einigen gesellschaftliche(n) Sektoren, wie z.B. „Unternehmer*innenverbände, fundamentalistische Christ*innen und die Agrarlobby“ (vgl. Medeiros/Motta 2019) getrieben, die in der damaligen Situation enger rückten und sich mit konservativen Instituten und Organisationen zusammenfanden. Der Soziologe Dieter Boris sah die „tiefe ökonomische, soziale und kulturelle Spaltung der brasilianischen Gesellschaft [...] auch als Erbe und Nachwirken der Sklavenhalterordnung [...] (formell bis 1888 gültig, informell weit in das 20. Jahrhundert und noch länger spürbar).“ (vgl. 2020: 58) Als weiteren Grund, der Bolsonaro den Weg ebnete, nennt er das Zurückdrängen der Befreiungstheologie durch Papst Johannes Paul II bei gleichzeitigem Aufstieg der Pfingstkirchenbewegungen, deren Anhänger*innen vor allem aus den mittellosen Bevölkerungs- und künftigen Bolsonaro-Wähler*innengruppen kommen sollten. Die Köpfe dieser Pfingstkirchen verfüg(t)en über Immobilien, Bankenbeteiligungen und das zweitgrößte Mediennetzwerk Brasiliens (ebd.).

Von seinen Anhänger*innen wird er für seine „authentische Art“ gefeiert. Und in der Tat ist Bolsonaro mehr als der hasserfüllte Provokateur. Er versteht es, eine einfache Sprache zu benutzen, was in einem Land mit einem geringen Bildungsniveau nicht ganz unwichtig ist. Er ist sehr direkt, erzählt gerne Anekdoten, macht Witze und nimmt nie ein Blatt vor den Mund. (Franzen 2022: 76)

Dennoch war es vor der Wahl kaum vorstellbar und danach für die internationale Öffentlichkeit und die Hälfte der Brasilianer*innen unverständlich, wie Bolsonaro Präsident werden konnte. Expert*innen orten eine Ähnlichkeit seines „Kulturkampfes gegen progressive Kräfte“

(Medeiros/Motta 2019) mit denen von rechten Politiker*innen in anderen Ländern und verweisen auf „seine wirtschaftsliberale Agenda, die er als Lösung für die akute Wirtschaftskrise in Brasilien seit 2015 verkaufte“ (ebd.). Aus der Sicht der Bewegungsforschung wären in Brasilien die traditionelle „Arbeiter*innenbewegung mit neuen sozialen Bewegungen – darunter der Feminismus, die Indigene Bewegung und die Schwarze Bewegung, die Umweltbewegungen sowie die Bewegungen für Landreformen und ein alternatives Entwicklungsmodell“ auf „neue soziale Mobilisierungen der Rechten [...] im Kontext einer globalen reaktionären Bewegung“ (ebd.) getroffen. Bereits im Februar 2019 und damit ein paar Wochen nach der Amtsübernahme durch Bolsonaro positionierte sich der einleitend bereits erwähnte Abgeordnete José Ricardo in einer Sitzung der Abgeordnetenversammlung gegen dessen Vorgehen gegen soziale Bewegungen und die Zivilgesellschaft im Allgemeinen. Es folgt nun ein längeres Zitat aus Ricardos Darstellung seiner Haltung, da es einen ersten guten Überblick über die zugespitzte Situation gibt, die in Brasilien bereits kurz nach Beginn der Regierung Bolsonaros vorherrschte und es die Tragweite der Einschnitte für die Zivilgesellschaft und den Umweltschutz in Brasilien verdeutlicht:

Ich kann es auch nicht lassen, mich auch für die sozialen Bewegungen, die Organisationen der Zivilgesellschaft, die für ihre Rechte kämpfen, einzusetzen [...]. Ich verteidige also die sozialen Bewegungen und bin gegen die Haltung der Parlamentarier, die diejenigen kriminalisieren und, schlimmer noch, als Terroristen bezeichnen wollen, die das Volk verteidigen, die für Wohnraum kämpfen, die für Studierende und Lehrer*innen kämpfen, die für Land kämpfen, für das Recht zu arbeiten, zu produzieren. In Wirklichkeit sind die Terroristen die großen Landräuber, und dort im Amazonasgebiet, im Bundesstaat Amazonas, gibt es viele landraubende Geschäftsleute. Sie könnten vielleicht angeklagt werden, weil sie sich zu Unrecht öffentliches Land aneignen und sogar die Arbeiter*innen verfolgen. Wir werden hinter den sozialen Bewegungen stehen, weil sie für die Verbesserung des Lebens der Bevölkerung kämpfen. Sie als Terroristen zu bezeichnen, ist absurd!⁹ (Câmara do Deputados, 14.2.2019. Rede von José Ricardo, Übersetzung T.S.)

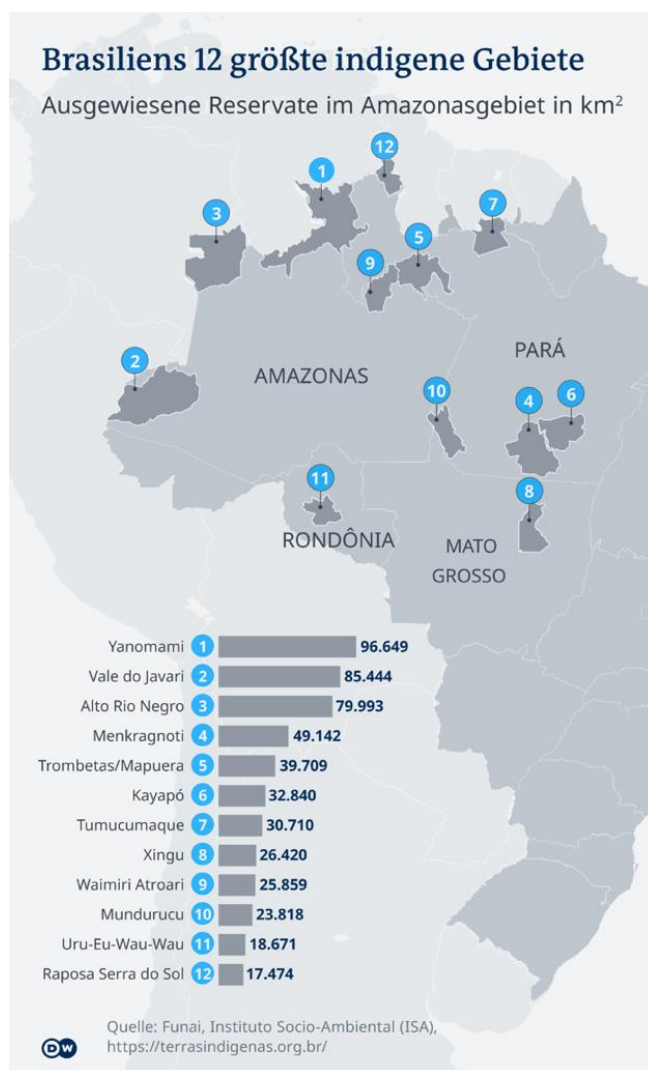
Die „Strategien“ von rechten Politiker*innen seien, „das komplexe Problem der sozialen Ungleichheit durch demagogische Verweise auf Sündenböcke (Einwanderung, nationale Minderheiten, Korruption, ´gefährliche Klassen` etc.) zu instrumentalisieren.“ (Eser/Witthaus 2020:12) Bolsonaro galt vielen seiner Wähler*innen als Kandidat des Anti-Establishments, da er zuvor kein Amt innehatte und in keinen Korruptionsskandal verwickelt gewesen war (vgl.

⁹ „Sr. Presidente, eu também não posso deixar de me manifestar em defesa dos movimentos sociais, das entidades da sociedade civil que lutam por direitos [...]. Portanto, defendo os movimentos sociais e sou contrário ao posicionamento de Parlamentares que querem criminalizar e, pior, chamar de terrorista quem defende o povo, quem luta por moradia, quem luta pelos estudantes e professores, quem luta pela terra, pelo direito de trabalhar, de produzir. Aliás, terroristas são os grandes grileiros de terras, e lá na Amazônia, no Estado do Amazonas, está cheio de empresários grileiros. Esses talvez pudessem ser enquadrados, porque estão se apoderando indevidamente de terras públicas e até perseguindo trabalhadores. A defesa do movimentos sociais vai ser permanente, porque estão lutando para melhorar a vida da população. Chamá-los de terroristas é um absurdo!“ (ebd.)

Franzen 2022: 42). Er war angetreten, um die alten Hierarchien und Privilegien wiederherzustellen (vgl. Prutsch 2019a: 284f.).

5. Die Indigenen Völker und ihr Lebensraum Amazonas

In den letzten zwei Jahrzehnten wurden in Südamerika neoliberale Diskurse und Praktiken von progressiven und später von konservativen abgelöst. Es folgten der „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ sowie konservative und extrem rechte Positionen, ohne dass sich die extraktivistische Ausrichtung der Staaten änderte. Von all diesen politischen Umbrüchen waren die lokalen Gemeinden, insbesondere die kleinbäuerlichen und indigenen, sowie die Natur selbst am stärksten betroffen. (Gudynas 2019: 37)



Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit den Maßnahmen, die Bolsonaro als Präsident ergriff, um möglichst große Flächen des brasilianischen Amazonasbeckens als Weideland, Ackerflächen für Futter- und Nahrungsmittel sowie für die Extraktion von Bodenschätzen aus Indigenen Territorien „inwertzusetzen“ (Brand/Wissen 2017). Dabei verletzte er die in der brasilianischen Bundesverfassung von 1988 festgeschriebenen Rechte der Indigenen Bevölkerung und die Rechte der Natur. Werden in dieser Arbeit die Auswirkungen der anti-ökologischen Politik Bolsonaros auf das brasilianische Amazonasgebiet diskutiert, so sind Menschen und Natur zugleich gemeint.

Abbildung 1: Indigene Territorien in der brasilianischen Amazonasregion.
Quellen: FUNAI/ISA

Neun Staaten (Brasilien, Bolivien, Peru, Ecuador, Kolumbien, Venezuela, Guyana, Suriname und Französisch-Guyana) teilen sich den mit einer Fläche von 847 Millionen Hektar größten Regenwald der Erde. Der Amazonas-Regenwald weist mit dem Vorkommen von einem Drittel aller Pflanzen und Tiere die global höchste Biodiversität auf. 20 Prozent des weltweiten

Trinkwassers haben hier ihren Ursprung. Laut der Indigenen-Organisation COICA (*Coordinadora de las Organizaciones Indígenas de la Cuenca Amazónica*) sind 511 Indigene Völker in der Region beheimatet, sie sprechen über 300 Sprachen (vgl. COICA Website).

Insgesamt leben in Brasilien rund 900.000 Indigene, laut dem brasilianischen Statistikinstitut IBGE ca. 60 Prozent davon in Indigenen Territorien (*Terras Indígenas*) (vgl. IBGE Website). Bei der nationalen Vertretung der Indigenen Bevölkerung, der FUNAI (*Fundação Nacional do Índio*), waren zum Zeitpunkt der Regierung Bolsonaro 680 Gebiete und damit knapp 14 Prozent der Fläche Brasiliens als Indigene Territorien registriert, aber nur zwei Drittel davon offiziell als solche anerkannt (vgl. Prange de Oliveira 2022).

Im Amazonasbecken erstrecken sich die *Terras Indígenas* über 237 Millionen Hektar. Gemeinsam mit den Flächen, die zu Nationalparks gehören, stellen sie knapp 50 Prozent der Fläche dar, wobei etwa 45 Prozent der intakten Amazonasgebiete in den *Terras Indígenas* liegen (vgl. FAO/FILAC 2021: 12f.). Eine Studie, die Landnutzungsformen im Amazonas-Regenwald zwischen 1985 und 2018 untersuchte, kam zu dem Ergebnis, dass 100 Millionen Hektar Land in diesem Zeitraum öffentliche Flächen „mit unklarem Besitz- und Nutzungsformen“ (Kleindl 2022) darstellten, die nicht gut überwacht werden konnten. Spekulant*innen, heißt es weiter, hätten nicht nur für die unmittelbare Nutzung abgeholzt, sondern auch, um sich die Flächen für die Zukunft zu sichern (ebd.) Eine weitere Nutzung erfolgte durch landlose Siedler*innen, die vor der Perspektivenlosigkeit der Städte aufs Land geflüchtet sind und die Flächen illegal für die Landwirtschaft nutz(t)en (ebd.; Ö1 Radiokolleg 2022).

Unter die privaten und streng genutzten Flächen fallen sowohl die *Terras Indígenas* als auch die *Quilombos*, die Gebiete der *Quilombolas*, den Nachfahren ehemaliger, geflohener Sklav*innen. Auch die Rechte dieser Gebiete sind in der Bundesverfassung von 1988 geregelt. Seit 2003 gibt es für sie mit dem Dekret 4887 die Regelung der Anerkennung als eigene Ethnie mit damit einhergehenden Landansprüchen. Bis zur Anerkennung dieser Ansprüche müssen die Beteiligten allerdings langwierige Verfahren in Kauf nehmen, in denen zahlreiche juristische Schritte gemacht und Nachweise vorgelegt werden müssen. Aber auch das deklarierte Landrecht schützt *Quilombos* und *Terras Indígenas* nicht vor den regelmäßigen, oft auch gewaltvollen Übergriffen auf ihre Gebiete. Laut der 1972 in Kooperation mit der brasilianischen Bischofskonferenz gegründeten Organisation *Conselho Indigenista Missionário* (CIMI) kam es im Jahr 2020 zu 263 Verletzungen der Indigenen Gebiete durch Goldschürfer und Holzfäller, im Jahr davor waren 111 Fälle dokumentiert worden. Zudem

nahmen die Morde an Indigenen zu, von 113 im Jahr 2019 auf 182 im Jahr darauf (vgl. CIMI 2021).

Auch Edson Krenak und René Kuppe berichteten im Gespräch im Weltmuseum Wien von tödlichen Übergriffen auf Menschen und Natur am Beispiel des Indigenen Territoriums der Yanomami: Bereits vor 30 Jahren seien die ersten *garimpeiros* (illegale Goldschürfer) über die Flüsse in das Gebiet gekommen, wären damals aber durch den Einsatz des Militärs gestoppt worden. Bolsonaro hätte die Posten abgezogen und das Gebiet für alle geöffnet, „ein direkter Aufruf, das Gesetz zu brechen.“ In einem Jahr wären Tausende Goldschürfer gekommen, was zu einem Genozid geführt hätte. Sie hätten die Flüsse verschmutzt, Krankheiten eingeschleppt und durch die Zerstörung der Lebensgrundlage eine prekäre Nahrungsmittelversorgung für die Yanomami verursacht. Viele Kinder seien gestorben, Stammesführer ermordet worden, Arten seien ausgestorben. Niemand habe das Recht, Indigene Gebiete zu nutzen, stünde in der brasilianischen Bundesverfassung, betonten die beiden Forscher und Aktivisten. Die Gesetze würden deshalb nicht funktionieren, weil das Rechtssystem anthropozentrisch sei. (vgl. Krenak/Kuppe: 21.2.2023, Mitschrift und Übersetzung T.S.)

Viele Brazilianer*innen denken, dass die Indigenen zu viel Land besitzen. Sie nichts zur Entwicklung des Landes beitragen. Keine Sonderrechte verdienen.
Noch hat Brasilien im Vergleich zu anderen Ländern der Region progressive Gesetze zum Schutz der indigenen Bevölkerung. Doch die Regierung und ihre Verbündeten setzen alles daran, diese auszuhebeln, Schutzräume zu verkleinern und somit letztlich auch Stück für Stück die Verfassung aufzuweichen. Die Folge dieser Politik sind erbitterte Landkonflikte: An allen Ecken und Enden des Regenwaldes prallen nicht nur Menschen, sondern auch unterschiedliche Pläne für die Region aufeinander. (Franzen 2022: 158f.)

Im Jahr 2022 kandidierten 182 Indigene Kandidat*innen als Vertreter*innen von 45 Völkern aus 24 Bundesstaaten bei der Wahl. Das bedeutete einen Anstieg Indigener Kandidat*innen um 116 Prozent im Vergleich zu den Wahlen 2014. Eliane Fernandes, Referentin für Indigene Völker bei der „Gesellschaft für bedrohte Völker“, sieht die zunehmende Politisierung der Indigenen Bewegung in Brasilien auch als Reaktion auf die „vier Jahre der indigenenfeindlichen Politik unter Jair Bolsonaro“ (Gesellschaft für bedrohte Völker 2022). Insbesondere wäre es zu vermehrten Menschenrechtsverletzungen in Form von Gewalt und Landraub gekommen. Während die Unterstützung der lokalen Behörden geschwunden wäre, hätte die Bedeutung von brasilianischen und internationalen Partnerorganisationen in dieser Zeit zugenommen, so die Expertin (ebd.). Die Indigenen Völker aller neun Länder des Amazonasregenwaldes und ihr Vertretungsorgan COICA haben 2021 unter dem Titel *Amazonia for Life. Protect 80 % of the Amazon by 2025* einen Aufruf veröffentlicht, in dem sie auch darauf hinwiesen, dass das Land nicht nur für die Indigenen selbst Lebensgrundlage ist

(vgl. Amazonia for Life 2021; FAO-FILAC 2021:12f.). Wiederholt wurde von brasilianischen und internationalen Umweltorganisationen, von Expert*innen, der UNO und den Indigenen selbst darauf hingewiesen, dass das Amazonasgebiet das biologische Herz der Erde darstellt, da es riesige Mengen CO₂ aufnimmt und den Kohlenstoff speichert. Darüber hinaus trägt es maßgeblich zur kontinentalen und globalen Wettersituation bei. In ihren Argumentationen für die Bewahrung der *Terras Indígenas* und gegen die Politik Bolsonaros wiesen die Vertreter*innen der Indigenen Völker auf ihre auch historisch wichtige Rolle als Schützer*innen des Regenwalds hin: „We, the indigenous peoples of the Amazon basin, through our ancestral knowledge and traditions, have protected the Amazon for millennia.” (Amazonia for Life 2021) Indigene Vertreter*innen, die im Wahljahr 2022 stärker als sonst in kritischen Medien repräsentiert waren, wiesen auf eine weitere Komponente hin: Indigene Völker würden ihre Lebensumgebung nicht von sich selbst trennen – in ihren kosmischen Vorstellungen seien Mensch und Natur eine große Einheit. Indigene lebten von und mit ihrem Land. Die anti-ökologische Politik gefährde Lebensweise und Lebensraum zugleich, wie ein Vertreter der *Articulation of Indigenous Peoples of Brazil* im Themenschwerpunkt *The Guardians of the Future* in der *New York Times* ausführte:

Our spiritual, ritualistic and cultural practices are closely linked to the flow of nature. We use the rivers as a means of transport, but the rains have become scarce, isolating many communities. Several species — flora and fauna — are disappearing, which has led to a shortage of food and has limited our ability to perform certain rituals. This has had a dramatic impact on our culture. The cause is partly climate change, but these changes can also be linked to our government’s dismantling of environmental policy. (zitiert in: Verde 2022)

Fünf Organisationen, die Indigene Völker, *People of Colour* sowie lokale Communities in Nord-, Mittel- und Südamerika, Indonesien und Afrika vertreten, haben sich zur *Global Alliance of Territorial Communities* (GATC) zusammengeschlossen. Die Organisation repräsentiert 35 Millionen Menschen, die in 24 Staaten in Waldgebieten auf 958 Millionen Hektar Land leben. Das Amazonasbecken ist durch die COICA und die APIB (mehr dazu siehe weiter unten) repräsentiert. Bei aller Unterschiedlichkeit haben sie gemeinsame Ziele definiert und diese auf ihrer Internetplattform veröffentlicht: Sie fordern die Sicherung der Landrechte, Information über und Mitbestimmung bei Interventionen auf ihren Gebieten, Schutz vor Verfolgung und Gewalt und die Anerkennung des Einsatzes von traditionellem Wissen. Eine weitere wichtige Forderung ist der direkte Zugang zu Förderungen für Klimaprojekte. Im letzten Jahrzehnt erhielten die Communities weniger als ein 1 Prozent des offiziellen Budgets der Entwicklungszusammenarbeit für Maßnahmen gegen und Anpassung an den Klimawandel (vgl. Global Alliance of Territorial Communities, o.J.).

Im September 2022 trafen Vertreter*innen der GATC in New York auf Teilnehmer*innen und Sponsoren der *Climate Week*. Sie informierten über Herausforderungen in den einzelnen Ländern und über falsche Versprechen von Klimafonds. Zugleich stellten sie ihre Vorschläge für Maßnahmen zur Klimawandelanpassung in ihren Territorien vor. Ihre Hauptbotschaft war aber jene: Ohne Indigene Völker und lokale Communities gebe es keine Zukunft, da sie seit Jahrhunderten Ökosysteme weltweit durch ihre ausgeglichene Lebensweise schützten, während andere Gesellschaften diese durch ihre kapitalistische Lebensweise zerstörten¹⁰ (vgl. Global Alliance of Territorial Communities, o.J.).

Das Argument der Indigenen Völker, als Hüter*innen des Waldes eine wichtige Schutzfunktion für sensible Ökosysteme auszuüben, beruht auf validen Fakten: Kurz vor der Wahl im Oktober 2022 wurde der Klimabericht *Living Amazon Report* veröffentlicht. Der WWF und das dafür verantwortlich zeichnende Konsortium Indigener Völker stützten sich auf verschiedene Datenquellen, unter anderem auf die Berichte des Weltklimarates der UNO, dem IPCC (*Intergovernmental Panel on Climate Change*). Für die ersten neun Monate des Jahres 2022 wurde eine Zunahme der Zerstörung von abermals 70 Prozent im Fünfjahresvergleich dokumentiert, so das Ergebnis (vgl. Phillips 2022a). Untersuchungen von Behörden, Indigenen und Umweltorganisationen im selben Zeitraum kamen zu dem Ergebnis, dass zugleich rund 20 Prozent der Fläche des Amazonas-Regenwaldes bereits zerstört, ein weiterer Teil stark in Mitleidenschaft gezogen waren. Der oben erwähnte Klimabericht zeigte aber auch, dass der Großteil der noch intakten Waldflächen des Amazonasgebietes in den *Terras Indígenas* lag (vgl. WWF 2022). Laut der Umweltpolitikexpertin Rachael Garrett ist die Abholzung von Wäldern global die zweitgrößte Quelle von CO₂-Emissionen – nach der Nutzung von fossilen Brennstoffen. Ein Großteil davon geschieht in tropischen Regenwäldern wie dem Amazonas-Regenwald. Ihre Berechnungen hätten ergeben, dass die Entwaldung unter der Regierung Lula um 84 Prozent zurückgegangen sei, „was fast ausschließlich auf Verbesserungen bei der Durchsetzung der bestehenden Entwaldungsgesetze im Land, einer Ausweitung des Schutzgebietes und Investitionen in ein verbessertes Agrarmanagement unter der Regierung Lula zurückzuführen ist.“ (Kleindl 2022) In Brasilien werden seit Ende der 1980er Jahre Satelliten eingesetzt, um die Situation am Amazonas kontinuierlich zu überwachen. Aus diesen Aufzeichnungen geht hervor, dass nach einem Peak im Jahr 2004 die Entwaldung stark zurückgegangen ist. Als Gründe dafür werden sowohl die globale Wirtschafts- und Finanzkrise

¹⁰ “There is no future without Indigenous Peoples and Local Communities. For hundreds of years, our communities have been protecting key ecosystems worldwide, living in harmony with nature, and maintaining a delicate balance in our way of life. We are coming to New York Climate Week to drive this message and show how we are best suited to fight climate change and build a better, brighter tomorrow for humanity.” (ebd.)

als auch die Regierungen Lula und Dilma gesehen (vgl. auch Anderson 2019). Eine weitere Maßnahme, die seit 2010 in Brasilien durchgeführt wird, ist die verpflichtende Registrierung von Waldbesitzungen im staatlichen *Cadastro Ambiental Rural* (CAR). So sollte der *Forest Code*, der seit 1965 private Waldbesitzungen in Brasilien mit Auflagen versieht, gewährleistet werden (vgl. The Nature Conservancy, o.J.).

Auch wenn die Urteile über die Umweltbilanz der PT-Regierungen sehr unterschiedlich ausfallen und die Zerstörung des Amazonas-Regenwaldes in dieser Zeit voranschritt, überwiegt das positive Fazit. Vor der Amtsübernahme Bolsonaros wurde Brasilien als ein führendes Land im Kampf gegen den Klimawandel angesehen (vgl. Anderson 2019). Bolsonaro nutzte diese Reputation in internationalen Kontexten als positiven Verweis, während er das eigene Land mit seiner anti-ökologischen Politik ins Gegenteil verkehrte. Im folgende Kapitel werden die Maßnahmen im Detail analysiert.

6. Analyse 1: Bolsonaros anti-ökologische Maßnahmen

Zhourì (2022) unterscheidet die „20 Jahre liberaler Umweltschutz [...] hin zu einem Anti-Ökologismus“ unter Bolsonaro so: Früher wären Umweltschutzmaßnahmen „mittels langsamer und subtiler Gewalt“ erodiert worden. „Heute dominieren offene Formen der Gewalt“, so ihr Fazit. Anti-ökologische Diskurse, so Zhourì, sind zugleich anti-Indigene Diskurse (vgl. ebd.: 200).

Die Durchsetzung von Naturausbeutung und -inwertsetzung mittels direkter und offener Gewalt wie Verdrängungen, Vertreibungen, Bedrohungen bis hin zur Ermordung von Aktivist*innen stellt nicht nur einen Angriff auf verfassungsmäßige Rechte, sondern auf das Leben insgesamt sowie vor allem der indigenen und afrobrasilianischen Gemeinschaften dar. (ebd.)

Die Regierung unter Bolsonaro wandte unterschiedliche Methoden an, um bestehende Schutzmaßnahmen auszusetzen, sie zu verändern bzw. neuen Maßnahmen zu verhindern. Dabei handelt es sich um „systematische(n) Deregulierung von Umweltstandards oder -normen durch die Verabschiedung von Ausnahme- und Sonderregeln.“ (ebd.: 197) Nach der Analyse von brasilianischen und internationalen Medienberichten, Interviews und Reden, von Sekundärliteratur und der digital zugänglichen Unterlagen des brasilianischen Parlaments werden die folgenden Maßnahmen identifiziert:

- Gesetzesentwürfe und Dekrete
- Schwächung von Institutionen durch strategische Neubesetzungen von Schlüsselpositionen sowie durch den Entzug von Mitarbeiter*innen und finanziellen Ressourcen
- Versuche, aus bestehenden internationalen Abkommen auszutreten
- Exkurs: Vernachlässigung der Schutzpflicht (siehe weiter unten)

6.1 Gesetzesentwürfe und Dekrete

Wie bereits weiter oben dargestellt, erfolgte die Auswahl der folgend diskutierten Gesetzesentwürfe bzw. Dekrete vorwiegend über das Investigativportal *Ruralómetro*, das das Abstimmungsverhalten der brasilianischen Abgeordneten in der Regierungszeit Bolsonaro dokumentiert. Konkret wurden unter den 26 Stimmabgaben des PT- Abgeordneten José Ricardo diejenigen untersucht, die thematisch relevant waren. Im Folgenden werden jene (intendierten) Maßnahmen diskutiert, zu denen Quellen über die zugänglichen Parlamentsdokumente hinaus gefunden werden konnten. Nur mit ergänzendem Material, seien es Kommentare in Medien, Interviews, Entgegnungen von Indigenen oder internationalen Organisationen war es möglich, eine Einschätzung von Intention und Tragweite der (intendierten) Maßnahmen zu treffen. Die diskutierten Maßnahmen hatten zum Ziel, in größerem oder kleinerem Stil (neue) Flächen im Amazonas-Regenwald für unterschiedliche Inwertsetzungen zu gewinnen bzw. die rechtliche Stellung der Indigenen und ihrer Gebiete zu schwächen.

Um zu verstehen, wie Bolsonaro als Staatsoberhaupt und Regierungschef agieren konnte – Brasilien ist eine präsidentielle Republik – ist ein kurzer einleitender Einblick in die politischen Institutionen des Landes hilfreich. Das Parlament wird in Brasilien als Nationalkongress (*Congresso Nacional*) bezeichnet und setzt sich aus der Abgeordnetenkammer (*Câmara dos Deputados do Brasil* mit 513 Sitzen) und dem Bundessenat (*Senado Federal do Brasil*, 81 Senator*innen) zusammen. Beide Kammern können Gesetzesentwürfe mitgestalten, sie überwachen auch die Finanzen und den Haushalt. Das Zweikammersystem bedeutet, dass ein Gesetzesentwurf, der einer Kammer vorgelegt wird, von der anderen überarbeitet werden kann.

Ein Gesetzesentwurf (*Projeto de Lei*, kurz PL) dient der Schaffung von Gesetzen bzw. der Änderung eines bestehenden Gesetzes. Er kann in Brasilien von Abgeordneten, Senator*innen, Ausschüssen des Kongresses, Minister*innen, Gerichten, dem Obersten

Gerichtshof, Volksinitiativen und dem Staatsoberhaupt im Nationalkongress eingebracht werden und wird anschließend von der zuständigen Kommission bearbeitet. Bei Zustimmung durch das Repräsentantenhaus – es reicht die einfache Mehrheit der Stimmen, sofern die absolute Mehrheit der Abgeordneten (257) im Plenum anwesend ist – kommt es zur Prüfung durch den Senat, bevor der Gesetzesentwurf durch das Staatsoberhaupt genehmigt werden kann. Bei Dringlichkeit kann von diesem eine Abstimmung innerhalb von 45 Tagen beantragt werden. Ein Gesetzesentwurf aus dem Jahr 2007 und unter der Regierungszeit von Bolsonaro intensiv diskutiert, ist der Gesetzesentwurf PL 490, der seinen allgemein geläufigen Namen von der darin enthaltenen Stichtagsregelung *marco temporal* erhalten hat und weiter unten ausführlich diskutiert wird.

Eine Einstweilige Maßnahme (*Medida Provisória*) schafft oder ändert ein Gesetz in dringenden Fällen, wobei es Ausnahmen (im Straf- oder Verfahrensrecht, in Bezug auf politische Rechte, die Organisation der Justiz und Beschlagnahme von Vermögenswerten) gibt. Eine gemischte Kommission, bestehend aus Abgeordneten und Senator*innen, arbeitet eine Stellungnahme aus, danach wird der Text von der gesamten Abgeordnetenversammlung und abschließend vom Senat geprüft. Die Verabschiedung durch beide Kammern muss innerhalb von 120 Tagen erfolgen und wird danach dem Staatsoberhaupt zur Unterschrift vorgelegt. Bolsonaro erließ beispielsweise kurz nach Amtsantritt eine Einstweilige Maßnahme, um die Anzahl der Ressorts der Ministerien von 29 auf 22 zu reduzieren und die Aufgaben teilweise neu zu verteilen. Das Gesetz trat nach Änderungen und einer fristgerechten Verabschiedung durch die Kammern in Kraft.

Ein Dekret bzw. Erlass (*decreto*) dient zur Präzisierung eines bestehenden Gesetzes. Das Präsidialdekret hat sofortige Gültigkeit, wobei es vom Nationalkongress durch den Entwurf einer Rechtsverordnung zur Gänze oder teilweise angefochten werden kann. Bolsonaro wollte beispielsweise das sogenannte „Entwaffnungsgesetz“ (*Estatuto do Desarmamento*), das als Reaktion auf die hohen Mordraten den Besitz einer Schusswaffe durch gesetzliche Vorgaben regelte, per Dekret ändern. Trotz großer Widerstände im Nationalkongress trat das Dekret in Kraft, wobei einige der Unterpunkte vom Obersten Gerichtshof 2021 zurückgewiesen wurden.

Ein Vorschlag zur Verfassungsänderung (*Proposta de emenda à Constituição*, kurz PEC) muss in Brasilien den Verfassungs- und Justizausschuss durchlaufen. Dort wird geprüft, ob der Vorschlag mit der Verfassung und den Gesetzen des Landes in Einklang steht. Eine

Sonderkommission diskutiert anschließend die Begründetheit des Vorschlags. Sollte dieser gegeben sein, stimmt das Plenum des Nationalkongresses in zwei Runden darüber ab, wobei mindestens $\frac{3}{5}$ der Abgeordneten (308 von insgesamt 513 Abgeordneten) ihre Zustimmung geben müssen. Danach wird der Vorschlag an den Verfassungs- und Justizausschuss weitergeleitet. Im folgenden Plenum müssen mindestens 49 der 81 Senator*innen in zwei Abstimmungsrunden zustimmen. Etwaige Änderungen gilt es mit den Abgeordneten abzustimmen, bei Annahme ohne Änderungen kann der Vorschlag zur Verabschiedung vorlegt werden. Die Regierung Bolsonaro hat einen PEC zur Reform der Sozialversicherung erarbeitet. 2022 folgte ein Vorschlag von Senator und Sohn Eduardo Bolsonaro, der vorsah, die Kontrolle über Teile der brasilianischen Meeresgebiete vom Staat auf Bundesstaaten, Gemeinden, Grundeigentümer*innen oder Nutzer*innen zu übertragen. Beide Vorschläge zur Verfassungsänderung sind zum Zeitpunkt des Abschlusses der vorliegenden Arbeit nicht umgesetzt.

6.1.1: Gesetzesentwurf *Projeto de Lei* 490/2007

Beim *Projeto de Lei* 490/2007 handelt es sich um den Versuch, die Kartierung von Indigenen Territorien zu verhindern und Infrastrukturprojekte voranzutreiben (Câmara dos Deputados: *Projeto de Lei* (PL) 490/2007). 2009 urteilte der Oberste Gerichtshof zugunsten eines Indigenen Volkes im Bundesstaat Roraima, mit der Begründung, dass sie das Land bereits vor dem 5.10.1988 besessen hatten – ein für Indigene Völker künftig nachteiliges Urteil, da es in weiterer Folge als Basis für den *marco temporal* herangezogen wurde. Diese Stichtagsregelung ist Teil des Gesetzesentwurfs PL 490 aus dem Jahr 2007. Indigene Territorien sollen offiziell nur dann anerkannt werden, wenn das betroffene Indigene Volk den Beweis erbringen kann, dieses Land bereits vor oder am 5.10.1988 – Tag der Verkündung der neuen brasilianischen demokratischen Bundesverfassung nach der Militärdiktatur – legal besessen zu haben. Neben entsprechenden Dokumenten kann auch eine Involvierung in einen Rechtsstreit oder einen Konflikt um das Territorium an diesem Stichtag als Beweis anerkannt werden. Letzteres ist juristisch unmöglich, da Indigene Völker vor 1988 unter Vormundschaft der Lokalregierungen gestanden waren und nicht in eigenem Namen hätten klagen können. Die Umsetzung als Gesetz hätte zur Folge, dass alle Indigenen Völker, die aus welchen Gründen auch immer diesen Beweis schuldig bleiben, das Recht auf ihr Gebiet verlieren würden – ungeachtet der historischen Tatsachen von Zwangsumsiedelungen, Vertreibungen und Gewalt. Das Vorhaben ist verfassungswidrig, da die territorialen Rechte der Indigenen Völker ohne zeitliche Beschränkungen in der Bundesverfassung von 1988 verankert sind: Artikel 231 verpflichtet

den brasilianischen Staat, die Indigenen Gebiete zu bestimmen und zu schützen. Obwohl die brasilianische Bundesverfassung die rechtliche Verankerung aller Indigenen Territorien bis 1993 vorgesehen hatte, fehlt bis heute die rechtssichere Anerkennung in der Amazonasregion (vgl. Russau 2021b). Neben dem *marco temporal* sieht der Gesetzesentwurf die Zulassung von Infrastrukturprojekten, die von öffentlichem Interesse sind, sowie die wirtschaftliche Inwertsetzung vor. Eine vorherige Konsultation der betroffenen Indigenen Völker wäre nicht vorgesehen.

Bereits während der zwei Regierungen unter Lula war versucht worden, den Gesetzesentwurf PL 490 als Gesetz zu verankern, um die Nutzung von Indigenen Territorien für infrastrukturelle Maßnahmen durchzusetzen. Zugleich waren unter Lula 79 Indigene Territorien kartiert worden, unter Präsident Fernando Henrique Cardoso, der von 1995 bis 2003 im Amt war, belief sich die Zahl neu ausgewiesener Gebiete auf 175. Im Jahr 2017, also noch in der Amtszeit Lulas, startete der Zusammenschluss der Indigenen Völker (*Articulação dos Povos Indígenas do Brasil*, kurz APIB) eine Kampagne mit dem Titel *Nossa História Não Começa em 88* („Unsere Geschichte beginnt nicht 1988“), die sich dezidiert gegen den *marco temporal* richtet. Die APIB sieht im Gesetzesentwurf einen juristischen Trick von politischen Interessensgruppen, allen voran der Agrarlobby, und ortet darin einen Versuch der Ermöglichung der wirtschaftlichen Ausbeutung des Landes (vgl. APIB oficial 2021).

Bolsonaro hatte schon im Wahlkampf wiederholt betont, dass es unter seiner Regierung keine neue Kartierung von Indigenen Territorien geben würde. Auch die Legitimität von bestehenden Territorien und deren exklusive Nutzung durch Indigene Völker stellte er infrage (vgl. Folha de São Paulo 2018). Er wusste in seiner vehementen Forderung nach der Umsetzung des Gesetzesentwurfes PL 490/2007 die Mehrheit der Abgeordneten hinter sich: Die parteiübergreifenden Fraktionen der Agrarindustriellen (*Frente Parlamentar da Agropecuária*, kurz FPA) und die Bergbaulobby stellten in seiner Regierung 280 der insgesamt 513 Mitglieder der Abgeordnetenkammer des Nationalkongresses (vgl. Magalhães 2018). Anlässlich der Enteignungsklage der Regierung des Bundesstaates Santa Catarina gegen ein Indigenes Volk, deren Auswirkungen auch für andere Gebiete als exemplarisch betrachtet wurde, erwartete die Öffentlichkeit im Juni 2021 eine Entscheidung vom Obersten Gerichtshof. Die APIB organisierte ein *Rise for Earth Camp* in der Hauptstadt Brasília und an Orten in ganz Brasilien, bei dem sich mehr als 850 Indigene von 50 Völkern einige Wochen lang in einer Protestbewegung zusammenfanden. Der Oberste Gerichtshof verschob die Entscheidung auf August desselben Jahres, der Widerstand seitens der Indigenen Völker hielt an (APIB 2021). Indigene Völker und Expert*innen, wie die Anthropologin Luísa Molina von der Universität

von Brasília gaben zu bedenken, dass Gebiete nicht einfach durch andere ersetzt werden können, da der Ort immer sehr eng mit dem spirituellen und alltäglichen Leben der Kollektive verbunden sei (vgl. Walter/Veiga 2021). Auch, Eloy Terrena, Rechtsanwalt und Aktivist, argumentiert in diese Richtung. Für ihn ist die Frage nach territorialen Rechten eng verknüpft mit allen Lebensbereichen:

Indigenous peoples are affected by various social problems, racism, lack of health and education assistance, high rates of suicide, and child malnutrition in some regions. In our perspective, all of those problems are related to lack of territory, since the dignity of the Indigenous person stems mostly from their territories — their existential foundation. (Brazão/Bartilotti Picanço/Tosi 2021)

Im September 2021 äußerte sich Bolsonaro öffentlich. Er appellierte an den Hausverstand („*bom senso*“) des Obersten Gerichtshofs, Brasilien nicht an die Indigenen zu übergeben („*entregar o Brasil para os índios*“) – Ähnlichkeiten mit dem oben erwähnten Leitsatz während der Militärdiktatur zur Erschließung der Amazonasregion („*Integrar para não entregar*“) sind vermutlich nicht zufällig (vgl. auch Franzen 2022: 158). Seine Sorgen drückte er wie folgt aus: „Wenn die Bedeutung des Stichtages geändert wird, dann ist das indigenes Land, wenn Sie auf dem Fußballplatz in Ihrer Stadt einen Indianer (sic!) liegen sehen.“¹¹ (Fernandes 2021, Übersetzung T.S.) Ihm zufolge verfügte Brasilien damals über rund 120 Millionen Hektar Indigener Gebiete, was 14 Prozent des nationalen Territoriums entsprach. Diese Fläche könnte auf fast 240 Millionen Hektar anwachsen, wenn der *marco temporal* geändert werde, wodurch die Indigenen Gebiete des Landes größer wären als der Südosten und der Süden des Landes zusammen, rechnete er vor. Ohne Garantien auf Landbesitz würde niemand mehr investieren und beispielsweise Soja anbauen, weil die Gefahr bestünde, dass das Gebiet in zehn Jahren den Indigenen gehören würde, so sein Argument (ebd.).¹² Im September 2021 setzten die Indigenen Bewegungen die Proteste fort. In einem Interview für *The Guardian* bestätigte Alessandra Korap, Aktivistin und Anführerin des Amazonasvolkes Munduruku, indirekt Bolsonaros Befürchtungen, indem sie Fragestellung von der anderen Seite der Geschichte betrachtete:

The time frame thesis indicates that we have only existed since 5 October 1988. But this isn't true. The whole of Brazil is indigenous territory – all of it. Unfortunately, it has been taken away, bit by bit – and now they want to take away those pieces that were left for us. (Phillips/Milhorance 2021)

Auch Sônia Guajajara, heute Ministerin für Indigene Völker, gab als geschäftsführende Direktorin von APIB damals ein Interview, in dem sie darauf hinwies, dass dieser einer der

¹¹ „Se mudarem a interpretação da data, no campo de futebol da sua cidade, se aparecer índio deitado, aquilo passou a ser terra indígena.“ (ebd.)

¹² „Se for mudada a data do marco temporal, quem tem área produzindo soja pode esquecer. O cara que está produzindo sabe que daqui 10 anos, se reconsiderarem o que está sendo votado, ele sabe que o que ele está fazendo não vai valer nada. Qual o estímulo que tem para investir hoje em dia? Qual garantia jurídica que tem para continuar trabalhando? O Brasil não pode continuar vivendo dessa forma.“ (ebd.)

vielen Versuche seit dem Jahr 1500 wäre, Indigene zu ermorden, dieses Mal durch die Regierung:

What we're living through now isn't any different from what we've always faced when it comes to this extermination effort. We've seen centuries of violence, spilled blood, rape and enslavement – and now all of this is being officially professed by the government. (Phillips /Milhorance 2021)

Noch im Mai 2022 wiederholte Bolsonaro bei einer evangelikalen Zusammenkunft seine Haltung und warnte: Sollte der Oberste Gerichtshof der Ausweisung neuer Gebiete zustimmen, würde das das Ende der brasilianischen Wirtschaft und das Ende der Ernährungssicherheit bedeuten. Er hätte dann nur zwei Möglichkeiten, so Bolsonaro, nämlich die Verantwortung für das Land an den Obersten Gerichtshof abzugeben oder den Anweisungen nicht Folge zu leisten (vgl. Romero/Soares 2022). Erst am 20. September 2023 nahm der Oberste Gerichtshof das Verfahren wieder auf, um am Tag darauf mehrheitlich für die Aufhebung des Zeitlimits zu stimmen (vgl. Rezende/Gabriel 2023). Schon im Oktober darauf verabschiedete der Kongress das „Dringlichkeitsgesetz 14.701“, das die Änderung des Verfassungstextes vorsieht, um das Prinzip des *marco temporal* zuzulassen. Die Staatsanwaltschaft erklärte es für verfassungswidrig, darüber hinaus legte Lula, der im Oktober 2022 die Präsidentschaftswahlen gewonnen hatte, sein Veto ein, das im November 2023 vom Kongress mit großer Mehrheit gekippt wurde. Zugleich kam es zur Aufhebung mehrerer Schutzmaßnahmen für Indigene Territorien: Bereits kartiertes Land sollte nicht mehr ausgeweitet werden können, Aktivitäten der Streitkräfte und der Bundespolizei seien ohne vorige Konsultation der Indigenen Völker ebenso erlaubt wie die Errichtung von Militärstützpunkten, der Ausbau von Autobahnen und Energieinfrastruktur, alle mit der Begründung, dass diese Maßnahmen von strategischem Interesse wären (vgl. Fonseca/de Freitas Paes/Oliveira 2022). Das neu gegründete Ministerium für Indigene Völker kündigte an, die Bundesanwaltschaft zu bitten, beim Obersten Gerichtshof eine Verfassungsklage einzureichen. Ende Dezember 2023 beantragten die konservativen Parteien *Partido Liberal*, *Progressistas* und die Republikaner beim Verfassungsgerichtshof die Validierung des Gesetzes. Am darauffolgenden Tag reichten die *Partido Socialismo e Liberdade* und die von der ehemaligen und aktuellen Umweltministerin Marina Silva gegründete Partei *Rede Sustentabilidade* gemeinsam mit der APIB eine Klage ein, in der die Aufhebung des Gesetzes gefordert wurde. Zum Zeitpunkt des Verfassens der Arbeit ist das Gesetz noch in Kraft.

6.1.2: Dekret *Instrução Normativa* n° 9 (IN 09)

2020 veröffentlichte das Justizministerium, das damals noch Sérgio Mouro, der maßgeblich an der Verurteilung des Ex-Präsidenten Lula mitgewirkt hatte, unterstand, gemeinsam mit der

„neuen“ FUNAI (*Fundação Nacional do Índio*) das Dekret *Instrução Normativa* nº 9 (IN 09) (Ministério da Justiça e Segurança Pública/Fundação Nacional do Índio 2020). Dieses ermöglichte Zertifizierungen und Registrierungen von landwirtschaftlichen Betrieben im föderalen Landverwaltungssystem (*Sistema de Gestão Fundiária*, kurz Sigef) in noch nicht kartierten Indigenen Gebieten (vgl. Fonseca/de Freitas, Paes/Oliveira 2022). Recherchen von *Agência Pública*, eine Agentur für investigativen Journalismus, ergaben, dass zwei Jahre nach der Einführung des Dekrets die Regierung Bolsonaro 239.000 Hektar Indigener Territorien für landwirtschaftliche Betriebe zertifiziert hatte. Alleine im Jahr 2020 wurden 240 landwirtschaftliche Betriebe auf 124.000 Hektar gegründet. Die meisten davon betroffenen und zu diesem Zeitpunkt noch nicht kartierten Indigenen Gebiete befanden sich im Bundesstaat Maranhão, wo mehr als 20 Indigene Völker leben, wobei mit 117.000 Hektar insbesondere das Territorium des Volkes der Canela betroffen war. Sein Anführer Carloman Kagonan Canela berichtete von der Zunahme von Konflikten und Übergriffen durch Holzfäller, Jäger, Fischer und Viehzüchter sowie von der Zerstörung des Waldes und neuen Gefahren durch eine illegale Straße, die das Gebiet für die entsprechende wirtschaftliche Nutzung erschließt. Zudem gefährde der Einsatz von Pestiziden den traditionellen Lebensraum (vgl. Verde 2022). Auch die *Mapa dos Conflitos*, ein Gemeinschaftsprojekt des Zusammenschlusses von investigativen Journalist*innen und der pastoralen Landkommission, die zwischen 2011 und 2020 Datenanalysen im Bundesstaat Amazonas durchführten, bestätigte die drastische Zunahme von Konflikten in Indigenen Territorien. In der Karte sind nicht nur die Landkonflikte festgehalten und nach Orten und Jahren abrufbar, sondern auch das Aufkommen von Bränden, der Einsatz von Pestiziden sowie die Intensität von Rodungen und Bergbauaktivitäten ausgewiesen (Agência Pública de Jornalismo Investigativo/Comissão Pastoral da Terra o.J.).

Laut *Agência Pública* soll die Regierung Bolsonaro insgesamt 415 landwirtschaftliche Betriebe genehmigt haben. Darunter befanden sich auch einige Großgrundbesitzungen, wie beispielsweise der landwirtschaftliche Betrieb *Boa Esperança II* mit einer Fläche von 10.500 Hektar, die im Gebiet des Volkes der Canela liegen. Dessen Kartierung war von regionalen Gemeindeverwaltungen angefochten worden, seit über 20 Jahren war die Legalisierung als Indigenes Territorium ausständig. Ein Grund dafür mag seine Lage mitten in der Sojaexpansionsfront¹³ sein, was das Interesse an der wirtschaftlichen Erschließung des Gebietes

¹³ Die Sojaproduktion hat sich laut WWF in den letzten 50 Jahren um das Zehnfache gesteigert. Neue Anbaugelände in den USA, Argentinien und Brasilien sollen die rapide gestiegene Nachfrage nach Soja als Futter- und Nahrungsmittel abdecken. Für den Transport der Agrargüter an die internationalen Abnehmerländer wurde unter der Regierung Bolsonaro der Ausbau der Infrastruktur vorangetrieben. Finanzierung kam dabei auch von

steigerte. An der Farm *Boa Esperança II* waren zu Beginn 18 Personen beteiligt, die national und international bedeutende Positionen im landwirtschaftlichen Sektor einnahmen, darunter ein niederländischer Reisbauer und Abgeordneter, der 2018 in der Partei Bolsonaros bei den Wahlen kandidiert hatte. Gegen diesen landwirtschaftlichen Großbetrieb wurde von der Staatsanwaltschaft ebenso Klage eingebracht wie gegen andere Projekte – viele davon erfolgreich (vgl. Verde 2022). Zwar wurden Registrierungen von landwirtschaftlichen Betrieben in noch nicht kartierten Indigenen Territorien in einigen Fällen ausgesetzt, aber der Schaden bleibt dennoch groß: Grenzüberschreitungen hatten bereits stattgefunden, Flächen waren zerstört, Menschen der Gewalt ausgesetzt gewesen. Ein von der Regierung Bolsonaro gewünschter Effekt – der Anreiz zur Aufhetzung gegen die Indigenen Völker – war bereits eingetreten.

6.1.3: Gesetzesentwurf *Projeto de Lei* 191/2020

2020 haben der ehemalige Justizminister Sérgio Moro und der frühere Minister für Bergbau und Energie, Bento Albuquerque, den beiden Kammern des Nationalkongresses den Gesetzesentwurf PL 191 vorgelegt (vgl. Câmara dos Deputados 2020a). Er sollte den Abbau von Bodenschätzen, landwirtschaftliche Großbetriebe, die Suche nach und Förderung von Erdöl und Erdgas sowie die Errichtung von Wasserkraftwerken in Indigenen Territorien erlauben. Bereits 1996 waren Bergbauaktivitäten in Indigenen Territorien im Kongress diskutiert worden. Das Europäische Parlament bezeichnete das Vorhaben 2022 als „Vernichtungsvorlage“ (Europäisches Parlament 2022), Bolsonaro hingegen sah es als einen Schritt zur Ermächtigung der Indigenen Völker: In Roraima lägen 3 Billionen Reais unter der Erde, die auch von den Indigenen genutzt werden sollten. Sie könnten nicht weiterhin arm auf reichem Land sein,¹⁴ sagte Bolsonaro bereits 2019 bei einem Treffen mit Repräsentant*innen von Indigenen Völkern (vgl. Câmara dos Deputados 2020b).

Die oben genannten Tätigkeiten sollten allerdings nur mit zuvor erfolgter Genehmigung des Nationalkongresses und mit Zustimmung der betroffenen Indigenen Völker möglich sein, denen eine Gewinnbeteiligung zustehen würde. Zusätzlich sollten – je nach Intensität der Bodennutzung – den Indigenen Gemeinschaften für den Verlust ihres Bodens Entschädigungen ausbezahlt werden. Zu diesem Zweck würden Treuhandräte eingerichtet werden, die die

europäischen Banken (vgl. Franzen 2022: 165f.). Im Jahr 2020 sollen rund 1,4 Millionen Tonnen Sojabohnen aus Brasilien nach Deutschland importiert worden sein (ebd.: 170).

¹⁴ „Em Roraima, tem R\$ 3 trilhões embaixo da terra. E o índio tem o direito de explorar isso de forma racional, obviamente. O índio não pode continuar sendo pobre em cima de terra rica.“ (ebd.)

Verteilung der Mittel nach den kulturellen Werten der Indigenen Völker sowie die Legitimität von Indigenen Vertretungsorganen überprüfen müssten. Zur Bewertung der Gebiete sollten vorab technische Studien durchgeführt werden, die nicht vom Nationalkongress genehmigt werden müssten und parallel zum Kartierungsprozess durchgeführt werden könnten. Unterstützend könne die FUNAI für die Kommunikation hinzugezogen werden, es bestünde dazu allerdings keine Verpflichtung. Sollten schon vor der Kartierung Aktivitäten begonnen haben, so müssten die betroffenen Indigenen Völker innerhalb von vier Jahren vom Nationalkongress angehört und eine Analyse der Situation durchgeführt werden. Nach Abschluss der Vorstudie läge die Entscheidung bei der Bundesregierung, welche Gebiete erschlossen werden sollten. Handle es sich um Bergbauaktivitäten, müsste die Nationale Bergbaubehörde *Agência Nacional de Mineração* (ANM) die Gebiete festlegen und Projekte genehmigen können, sofern die Zustimmung der betroffenen Indigenen Völker vorliege. Innerhalb einer Frist von 180 Tagen könnten diese ihr Eigeninteresse an Bergbauaktivitäten, auch gemeinsam mit nicht-Indigenen Partner*innen, einbringen. Aufgrund von heftigen Protesten der Indigenen Völker gegen den Gesetzesentwurf wurde über den Vorschlag nicht sofort abgestimmt, auch nicht nach einem Dringlichkeitsantrag durch den damaligen Vorsitzenden der Regierung Bolsonaro im Jahr 2022. Ende März 2023 und damit drei Monate nach Übernahme des Präsidentenamts hat Präsident Lula offiziell den Antrag gestellt, den Gesetzesentwurf 191/2020 aus der Abgeordnetenkommission zurückzuziehen.

6.1.4: Landtitelfälschungen

„Lasst uns schnell die Rinderherde drübertreiben und das Regelwerk ändern“ („*passando a boiada e mudando todo o regramento*“), so lautet ein viel zitierter Satz des damaligen Umweltminister Ricardo Salles (Canal Rural 2020). In einem Treffen des Ministerrats im Jahr 2020 schlug er vor, die Situation zu nutzen, um neue Gesetze, insbesondere im Umweltschutz und in der Landwirtschaft durchzubringen, während die Medien mit COVID-19 beschäftigt seien (ebd.; Wille 2020; Tuncak 2021: 21). Dem Bundesstaat Rodônia gelang das beispielsweise, indem er 2021 entschied, die geschützten Gebiete zu minimieren, um sie als Weideland verwenden zu können. Der Oberste Gerichtshof legte dagegen Berufung ein, die Abholzung hatte aber schon stattgefunden, die Rinderherden waren bereits da. Eine andere Methode, sich Land anzueignen, ist die Fälschung von Landtitel, die sogenannte *grilagem de terras*. Die Käufer*innen können die Grundstücke mit den entsprechenden Daten anschließend online selbst registrieren. *Grilagem* wird insbesondere von Menschen in Anspruch genommen,

die verarmt aus den Städten aufs Land kommen, um mit einer kleinen Parzelle ihr Auskommen zu finden und beispielsweise illegal Rinderzucht zu betreiben.

Die zwei Gesetzesentwürfe PL2633/2020 und PL 510/2021 aus Bolsonaros Regierungszeit reagierten darauf (Senado Federal 2020; Senado Federal 2021). Sie sind als „*Projeto Lei da grilagem*“, (Landraub- bzw. Landtitelfälschung) bekannt und sollten unter anderem die illegale Aneignung von Land nachträglich legalisieren, wofür die Regierung Bolsonaro sogar eine eigene App entwickelt hatte (Franzen 2022: 156). Beide Gesetzesvorschläge sind zum Zeitpunkt des Verfassens der vorliegenden Arbeit nicht ratifiziert (vgl. Russau 2021b).

6.2 Schwächung von Institutionen

Insbesondere durch strategische Neubesetzungen von Schlüsselpositionen sowie durch den Entzug von Mitarbeiter*innen und finanziellen Ressourcen wurde versucht, kritische Institutionen in ihrem Wirkungskreis einzuschränken. 2022 veröffentlichte Greenpeace eine Bilanz der Umweltpolitik der Regierung Bolsonaro. Demnach hatten die brasilianischen Umweltbehörden drei Jahre nach dem Amtsantritt von Bolsonaro zehn Prozent der Mitarbeiter*innen entlassen (vgl. Binkowski 2022). Außerdem kam es zwischen 2019 und 2020 zu Kürzungen um jeweils 30 Prozent der finanziellen Ressourcen von Behörden wie des Umweltbundesamts IBAMA (*Instituto Brasileiro do Meio Ambiente e dos Recursos Naturais Renováveis*) und des Instituts zum Schutz der biologischen Vielfalt ICMbio (*Instituto Chico Mendes de Conservação da Biodiversidade*) (ebd.). Gleich zu Beginn seiner Amtszeit stoppte Bolsonaro den *Action Plan for Prevention and Control of Deforestation in the Legal Amazon* (PPCDAm) und ersetzte ihn zwei Jahre später durch den „Amazonasplan 2021-2022“ (*Plano Amazônia 2021-2022*) in dem er, wie im Bericht von Greenpeace (2022) festgehalten, 16 Prozent mehr intakte Fläche für die Abholzung freigab als vor seinem Amtsantritt erlaubt gewesen war (Binkowski: 2022). Die folgenden Beispiele zeigen auch, wie die Schwächung von Institutionen zu einem „Klima der Straflosigkeit“ (Franzen 2022: 156) beitrug.

6.2.1: Das Beispiel FUNAI

Die *Fundação Nacional do Índio* (FUNAI) gilt als das staatliche Organ für Angelegenheiten der Indigenen Bevölkerung Brasiliens. Eine ihrer Hauptaufgaben ist die Sicherung der Rechte der Indigenen Völker, eine Abteilung ist speziell dem Schutz unkontakter Völker gewidmet. Die FUNAI war viele Jahrzehnte für die Einhaltung des Verbots von nicht adäquaten Nutzungen von Indigenem Land verantwortlich und hat die Kartierung von Territorien

begleitet. Bis zum 1.1.2019 unterstand sie dem Justizministerium. Am 2.1.2019, und damit am zweiten Tag seiner Präsidentschaft, erließ Bolsonaro ein Dekret, das die Leitung der FUNAI auf das „Frauen-, Familien- und Menschenrechtsministerium“ sowie dem „vom Agrobusiness und der Agrarlobby kontrolliert(en)“ (Zhou 2022:197) Landwirtschaftsministerium übertrug, das nun für die Vergabe von Genehmigungen verantwortlich war. Der ultrakonservative evangelikale Priester Damascos Alves erhielt die Leitung eines neu geschaffenen Ministeriums zur Kontrolle der FUNAI, die Verantwortung für die Indigenen Territorien wurde an die neue Landwirtschaftsministerin Teresa Cristina (vgl. Tuncak 2020: 9) übergeben, die früher den Landwirtschaftsausschuss im Kongress geleitet hatte und als Agrarlobbyistin für ihren Kampf um den Einsatz von Pestiziden bekannt war (Franzen 2022: 155). Im Juli 2019 wurde der ehemalige Polizeichef Marcelo Xavier zum Chef der FUNAI ernannt. Der oben bereits zitierte Salles, bis zu seinem Rücktritt 2021 Umweltminister unter Bolsonaro, äußerte in einem Interview in *The New Yorker* damals die Meinung, dass die frühere FUNAI die Indigenen bevormundet habe – und leitete damit die Ära eines Arguments ein, das Bolsonaro später insbesondere bei seinen an ein internationales Publikum gerichteten Auftritten laufend wiederholte:

The Indians are not considered responsible for their own actions and are treated as second-class citizens. They are used by government officials. They can't decide about anything. We must decide whether they should be treated as second class people or are citizens like us, and have the right to cultivate the area for agriculture, or to give some of their lands over to mining and infrastructure, so as to secure some gains for themselves. (Anderson 2019)

Diese neue FUNAI war mitverantwortlich, dass das oben diskutierte Dekret *Instrução Normativa nº 9* (IN 09), das (landwirtschaftliche) Betriebe in noch nicht kartierten Indigenen Territorien ermöglichen sollte, in Kraft trat. Xavier hatte sein Amt als Leiter der FUNAI bis 2022 inne und wurde im Mai 2023 angeklagt, weil Unterlassungen von seiner Seite dazu beigetragen hätten, dass Mitarbeiter*innen in der Amazonasregion in Gefahr gebracht worden waren. Er gilt als mitverantwortlich für die Morde am britischen Journalisten Dom Phillips und des brasilianischen Wissenschaftlers Bruno Pereira im Juni 2022. Pereira hatte als Experte für unkontaktierte Völker früher selbst für die FUNAI gearbeitet und wurde wegen seines Engagements für die Rechte der Indigenen Völker 2019 entlassen. 2018 hatte er im Javari-Tal den britischen Journalisten Dom Phillips kennengelernt, der Recherchen für Zeitungsartikel und Bücher anstellte und dessen journalistische Beiträge für die britische Tageszeitung *The Guardian* eine wichtige Quelle für die vorliegende Arbeit darstellen. Pereira und Phillips unternahmen wiederholt Expeditionen – sie waren auf der Suche nach Beweisen für illegale Praktiken wie Rodungen, Rinderzucht, Fischfang, Bergbau und Aktivitäten der Drogenmafia

(vgl. Watts 2022). Indigene Wegbegleiter*innen bezeugten, dass die beiden Morddrohungen erhalten hätten, im Juni 2023 wurden sie auf einer gemeinsamen Expedition ermordet. Fischer hatten sich zur Tat bekannt, gänzlich geklärt ist sie bis heute nicht (vgl. Phillips 2023).

Nach seiner Wiederwahl unternahm Lula 2023 tiefgehende Umstrukturierungen in der FUNAI und machte die Anwältin, Aktivistin und Politikerin Joênia Wapichana zu deren Chefin. Die neue Ministerin für Indigene Angelegenheiten, Sônia Guajajara, führte den unter Bolsonaro abgeschafften „Nationalen Rat für Indigenenpolitik“ (*Conselho Nacional de Política Indigenista*) und damit eine „paritätische Vertretung der Indigenen aus allen brasilianischen Bundesstaaten und Organen der Bundesexekutive“ (vgl. Vilela 2023) wieder ein.

6.2.2 Strategische Besetzung von Schlüsselpositionen

Ein weiteres Beispiel für die Schwächung von öffentlichen Einrichtungen waren Neubesetzungen von Schlüsselpositionen. Zwar stellt die Neuvergabe von Minister*innenposten bei der Formierung einer Regierung eine übliche Maßnahme dar. Auch die Tatsache, dass dabei strategische Überlegungen eine Rolle spielen können, ist nicht außergewöhnlich. Zhouri spricht von „institutionellen Machtverschiebungen“ und analysiert weiter: „Anhänger*innen einer zerstörerischen Umweltpolitik und rassistischen und chauvinistischen Politik haben ihre Sichtweise viele Jahre als Opposition und aus einer Minderheitenposition heraus im Kongress vertreten. Heute repräsentieren sie den Staat als Minister*innen oder in anderen wichtigen staatlichen Funktionen.“ (ebd. 2022: 200)

Für sie war beispielsweise die Besetzung der Leitung des Umweltministeriums mit einem Klimawandelleugner ein klares Statement. Ricardo Salles übertrug seine wirtschaftsliberale Haltung als libertärer Anwalt auf seine Tätigkeitsfelder und äußerte sie auch in Interviews offen – eine Lösung sei die „Monetarisierung des Regenwaldes“ (vgl. Baer 2019). Wie oben bereits ausgeführt, wollte er die Gesetze während der COVID-19-Pandemie von der Öffentlichkeit unbemerkt durchschleusen. Er kritisierte die FUNAI und den „Internationalen Amazonienfonds für Wald- und Klimaschutz“, nachdem sich die Hauptgeldgeberländer Norwegen und Deutschland gegen eine Kompensation von Grundbesitzer*innen in geschützten Gebieten ausgesprochen hatten. 2021 nahm Salles noch am Klimagipfel in den USA teil, wo er die Klimaneutralität bis 2050 und die Beseitigung der illegalen Abholzung bis 2030 versprach, um am Tag darauf das Umweltbudget drastisch zu kürzen (vgl. Zhouri 2022: 199). Nach einer Anzeige des ehemaligen Bundespolizeichefs des Bundesstaats Amazonas, Alexandre Saraiva, weil Salles Ermittlungen zur Beschlagnahme von illegal gefälltem Holz behindert haben soll,

wurde der Oberste Gerichtshof aktiv. Das Ermittlungsverfahren führte im Juni 2021 zu seinem Rücktritt.

Die Schwächung von öffentlichen Einrichtungen durch Kürzungen von Mitteln, Umstrukturierungen sowie die strategische Besetzung von Schlüsselpositionen führte auch dazu, dass sich illegal agierende Einzelpersonen bzw. nationale und internationale Gruppen in ihrem Tun in der Amazonasregion bestärkt fühlten. Es herrschte ein „Klima der Straflosigkeit“ (Franzen 2022: 156), das lediglich durch das Einschreiten von Einzelpersonen in den demokratischen Institutionen in Frage gestellt wurde. „Noch ist die Justiz dem rechtsradikalen und fundamentalistischen Staatsumbau immer wieder im Weg. Regelmäßig blockiert der Oberste Gerichtshof Gesetzesinitiativen der Regierung und fällt Entscheidungen zugunsten der liberalen Gesellschaft.“ (ebd.: 109)

6.3 Versuche, aus bestehenden internationalen Abkommen auszutreten

Die während des Wahlkampfes von Bolsonaro wiederholt geäußerte Drohung, dem Pariser Klimaabkommen auszutreten, ist eine auch bei rechten Parteien in europäischen Ländern beliebte Strategie (vgl. Schaller/Carius 2019). Während es in den USA unter Trump tatsächlich dazu kam, blieb es in Brasilien bei der Androhung. Die kontinuierlichen Forderungen der europäischen Länder, allen voran von Frankreich und Deutschland, nach Einhaltung von Klimaschutz-Maßnahmen, die als Basis für das EU-Mercosur-Abkommen umzusetzen waren, hatten zu einer Strategieänderung geführt. Brasilien stellte allerdings finanzielle Bedingungen (vgl. Milz 2020). Im April 2021 führten Biden und Bolsonaro beim *Climate Leader Summit* Verhandlungen hinter verschlossenen Türen, in denen es um den Schutz der Amazonasregion ging. Bolsonaro forderte hohe finanzielle Zuwendungen der Vereinigten Staaten und anderer Länder und beteuerte seine guten Absichten. Im März 2021 waren neue Gesetze verabschiedet worden, die Strafen für Umweltverbrechen vorsahen. Zugleich war heimlich der Wert des CO₂-Ausstoßes für 2005, der als Berechnung für das Pariser Klimaabkommen gilt, verändert worden (vgl. Branford/Torres 2021; Spring 2021). Die Zivilgesellschaft reagierte, 205 Organisationen schickten einen Brief an die US-Regierung, in der sie die USA vor der Zusammenarbeit mit Bolsonaro warnte:

Bolsonaro's anti-environmental policy has dismantled law enforcement agencies, weakened regulations and encouraged the invasion of indigenous lands, quilombola (maroon) and other traditional territories, and protected areas. It is not sensible to expect any solutions for the Amazon to stem from closed-door meetings with its worst enemy.¹⁵ (Brazilian Civil Society 2021)

¹⁵ Eine weitere Forderung war die Zusammenarbeit mit relevanten und betroffenen Stakeholdern: „Any project to help Brazil must be built from dialogue with civil society, subnational governments, academia

Weniger Beachtung hingegen fanden Bolsonaros Überlegungen, dass Brasilien die „Konvention 169“ der Internationalen Arbeitsorganisation (*International Labour Organisation*, kurz ILO) verlassen sollte: Im Jahr 2002 hatte Brasilien mit der ILO das 1989 verabschiedete Übereinkommen über in Stämmen lebende Indigene Völker in unabhängigen Gebieten (*Indigenous and Tribal Peoples Convention*) unterzeichnet. Das internationale Übereinkommen ist, neben der 2007 von der UNO verabschiedeten, allerdings nicht-rechtsverbindlichen Erklärung „Deklaration der Rechte Indigener Völker“ (*Declaration on the Rights of Indigenous Peoples*, UNDRIP), das einzige internationale Abkommen, das die Landrechte der Indigenen Völker sichert. Der Vertrag wurde 2004 in Brasilien ratifiziert und durch ein Dekret – ergänzend zur Bundesverfassung von 1988 – in nationales Recht umgesetzt. In Artikel 7 sind folgende Grundsätze zu lesen:

1. Die betreffenden Völker müssen das Recht haben, ihre eigenen Prioritäten für den Entwicklungsprozeß (sic!), soweit er sich auf ihr Leben, ihre Überzeugungen, ihre Einrichtungen und ihr geistiges Wohl und das von ihnen besiedelte oder anderweitig genutzte Land auswirkt, festzulegen und soweit wie möglich Kontrolle über ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung auszuüben. Darüber hinaus haben sie an der Aufstellung, Durchführung und Bewertung von Plänen und Programmen für die nationale und regionale Entwicklung mitzuwirken, die sie unmittelbar berühren können.
 2. Die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie des Gesundheits- und Bildungsstandes der betreffenden Völker mit ihrer Beteiligung und Unterstützung muß (sic!) in den allgemeinen Plänen für die wirtschaftliche Entwicklung der von ihnen bewohnten Gebiete Vorrang haben. Auch die besonderen Entwicklungspläne für diese Gebiete sind so zu gestalten, daß (sic!) sie diese Verbesserung begünstigen.
 3. Die Regierungen haben sicherzustellen, daß (sic!) in Zusammenarbeit mit den betreffenden Völkern gegebenenfalls Untersuchungen durchgeführt werden, um die sozialen, geistigen, kulturellen und Umweltauswirkungen geplanter Entwicklungstätigkeiten auf diese Völker zu beurteilen. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen sind als grundlegende Kriterien für die Durchführung dieser Tätigkeiten anzusehen.
 4. Die Regierungen haben in Zusammenarbeit mit den betreffenden Völkern Maßnahmen zu ergreifen, um die Umwelt der von ihnen bewohnten Gebiete zu schützen und zu erhalten.
- (International Labour Organization 2007)

Bolsonaro hatte bereits kurz nach seinem Amtsantritt angekündigt, dass er einen Austritt aus dem Übereinkommen als dringend nötig erachte, um die Entwicklung des Landes unbehindert vorantreiben zu können (vgl. Giovanaz 2021). Am 12.8.2021 veröffentlichte die *Frente Parlamentar da Agropecuária* (FPA), der parteiübergreifende Zusammenschluss von Großgrundbesitzer*innen in der Agrarindustrie im Brasilianischen Nationalkongress, eine Stellungnahme, in der sie den Austritt zum ehestmöglichen Zeitpunkt forderte. Die Konvention würde das Land in den „Befugnissen zur Gesetzgebung, Verwaltung, Ausarbeitung und

and, above all, with the local communities that know how to protect the forest and the goods and services it harbors. No talks should move forward until Brazil has slashed deforestation rates to the level required by the national climate change law and until the string of bill proposals sent to Congress containing environmental setbacks is withdrawn.” (ebd.)

Bewertung nationaler und regionaler Entwicklungspläne und -programme, zum Bau von Straßen und Wasserkraftwerken und anderen“ beschneiden, heißt es darin. Der erste Punkt lautet folgendermaßen: „Die ILO-Konvention 169 erkennt verschiedene Rechte für indigene Brasilianer*innen an. Doch wie alle anderen Brasilianer*innen haben auch indigene Völker Rechte und Pflichten. Kein einziges brasilianisches Individuum hat lediglich Rechte.“¹⁶ (*Frente Parlamentar da Agropecuária* 2021, Übersetzung T.S.) Darüber hinaus, so die FPA, hätten von den damals 187 Mitgliedsländern der ILO bis zu diesem Zeitpunkt lediglich 23 Länder das Übereinkommen unterzeichnet. Brasilien hätte sich durch die Unterzeichnung in seiner eigenen Souveränität beschnitten, da es nicht über „Fortschritt und Entwicklung“ im eigenen Land entscheiden könne, so die FPA weiter.

In Artikel 6 ist auch das Recht auf „freie, vorherige und informierte Konsultation“ der Indigenen Völker festgelegt. Diese „Konsultationen sind in gutem Glauben und in einer den Umständen entsprechenden Form mit dem Ziel durchzuführen, Einverständnis oder Zustimmung bezüglich der vorgeschlagenen Maßnahmen zu erreichen“, heißt es darin weiter (International Labour Organization 2007). Für die FPA seien diese Vorgaben nicht zu dulden, da nicht einmal die Gouverneur*innen der einzelnen Bundesstaaten in dieser Form vorab konsultiert werden würden. Indigene hätten so ein Vorrecht, was eigentlich eine Missachtung des Staatsgedankens darstellen würde: „Im Ergebnis ist die heutige Situation gleichbedeutend damit, dass Brasilien seine Souveränität über Indigene Territorien aufgibt und souveräne Staaten auf seinem Staatsgebiet zulässt.“¹⁷ (*Frente Parlamentar da Agropecuária* 2021, Übersetzung T.S.). Zudem würde das Übereinkommen mit der dort gewählten Diktion „Indigene Völker“ das Land spalten, da es lediglich ein einziges brasilianisches Volk gebe. Die FPA forderte den frühestmöglichen Austritt, der im September 2022 möglich gewesen wäre. Zum Zeitpunkt des Verfassens der vorliegenden Arbeit ist Brasilien nach wie vor Mitglied der ILO-Konvention 169, wobei das Abkommen wenig zur Rechtssicherheit in den Indigenen Gebieten beiträgt. Selbst wenn die oben genannten Auflagen theoretisch gelten, praktisch werden sie, wie auch die vorangegangenen Beispiele aufzeigten, umgangen (vgl. Hausinger 2023; Russau 2021a; Verde 2022).

¹⁶ „A Convenção 169 da OIT reconhece diversos direitos aos brasileiros indígenas. Todavia, assim como todos os demais brasileiros, os indígenas são sujeitos de direitos e deveres. Portanto, nenhum indivíduo brasileiro possui apenas direitos.“ (ebd.)

¹⁷ „Sendo assim, a situação hoje verificada equivale ao Brasil abdicar de sua soberania sobre terras indígenas, admitindo estados soberanos dentro de seu território.“ (ebd.)

7. Analyse 2: Die Kraft der Narrative

Inzwischen wissen auch Politiker, dass stories sell. Im Kampf um Aufmerksamkeit erweisen sich Narrative als wirksamer denn Argumente. So werden sie politisch instrumentalisiert. Nicht der Verstand, sondern Emotionen sollen angesprochen werden. Storytelling als wirksame Technik politischer Kommunikation ist alles andere als jene politische Vision, die in die Zukunft ausgreift und den Menschen Sinn und Orientierung gibt. Politische Erzählungen stellen eine neue Ordnung der Dinge in Aussicht, malen mögliche Welten aus. (Han 2023: 95)

Die vorangegangenen Kapitel haben auch bereits einen Einblick in die Narrative, die Bolsonaro vor und während seiner Regierungszeit entwickelte, gegeben. Es handelt sich vor allem anti-ökologische und zugleich anti-Indigene Narrative. Mit den immer gleichen Erzählungen war Bolsonaro in den Wahlkampf und schließlich durch die Präsidentschaft gegangen. Er gab sich offen rassistisch und ausgrenzend, zugleich wiederholte er die zynische Forderung, dass Indigene Völker ebenso ein Recht auf Entwicklung und den Zugriff auf den Reichtum ihres Landes hätten wie alle anderen Brasilianer*innen. Und er entwarf immer wieder eine „mögliche Welt“ (ebd.) von lediglich einem brasilianischen Volk, was wiederum bedeuten würde, dass es keine Indigenen Völker geben könne. Lediglich in den letzten Monaten seiner Amtszeit und damit mitten im Wahlkampf für die kommende Präsidentschaftswahl veränderte er seinen Argumentationskurs geringfügig, nachdem es international heftige Kritik an seiner Klima-, Umwelt- und Coronapolitik gegeben hatte.

„Narrative bleiben aktuell, weil sie immer wieder aufgerufen und wiederholt werden“, so Wolfgang Müller-Funk. Der Literatur- und Kulturwissenschaftler definiert ein Narrativ als „verbindende und sinnstiftende Erzählung“, die eine „performative Kraft“ hat und an ein „Du“ gerichtet ist (vgl. Müller-Funk 2019). „*Our interpretive participation*“ nennen es die Soziolog*innen Francesca Polletta und Pang Ching Bobby Chen. Die Involvierung des Publikums sichere die Überzeugungskraft von Geschichten, schreiben sie, da die Zuhörenden die falschen und unwahren Stellen nicht mehr erkennen würden (vgl. ebd. 2017: 493). Die Begriffe „*story*“ und „*narrative*“ sind für sie austauschbare Bezeichnungen, die sowohl identifizierbare, aus isolierbaren Standardmerkmalen bestehende Diskursabschnitte benennen als auch die zum Verständnis der Botschaften erforderlichen Hintergrundinformationen und die Praxis, die von institutionellen Normen geleitet wird (vgl. ebd.: 492). Geschichten seien „eine Art kulturelle Kulisse“ („*a kind of cultural backdrop*“) und entzögen sich durch ihre Verbundenheit mit anderen Geschichten, Behauptungen und Argumenten einer „logischen Konsistenz“ (ebd.: 494). „Das Narrative, das mit unseren Kindergeschichten beginnt, ist ein unerhört funktionstüchtiges Besteck unserer Kultur. Es ist das vielleicht mächtigste Instrument für die Herstellung von Identität, Wertsetzung und Sinnstiftung“, schreibt Müller-Funk (ebd.:

2019). Als narrative Kernmotive extrahiert er das Verschwörungsnarrativ, die Dekadenz, das Geheimnis, den Kriminalfall, die Katastrophe, den Fortschritt, die Menschheitswerdung, die Evolution und den Ursprung, das Opfer sowie den Helden (vgl. ebd.: 2019). Der Bezug zu Heldengeschichten oder Freiheitskämpfern in politischen oder gesellschaftlichen Diskursen könne beispielsweise den Einsatz von Gewalt rechtfertigen und zu moralischer Autorität oder politischem Kapital verhelfen. Auch biographische Narrative, wie etwa die Erzählung der eigenen Transformation zur Führungspersönlichkeit, würden gerne angewandt. Rückschläge seien dabei lediglich Charaktertests auf dem Weg zum Sieg (vgl. Polletta/Chen 2017: 493).

Das wusste auch Bolsonaro für sich zu nutzen: So stellte er seine Genesung nach dem Attentat während des Wahlkampfs 2018 als gottgewolltes Wunder dar, als Auferstehung. Auch seine „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (vgl. DÖW 2025: 20) stellte er mit einer konstruierten Anekdote offen dar. Im Wahlkampf vier Jahre später ging ein 2016 geführtes Interview mit folgender Geschichte viral: Eine Gruppe Indigener hätte ihn eingeladen, gemeinsam einen Verstorbenen zu essen, was er – wäre er von jemandem aus seinem Team dabei begleitet worden, auch getan hätte. Erklärend fügte er hinzu, dass das eben die Kultur der Indigenen sei, ihre Verstorbenen einige Tage zu kochen und danach gemeinsam zu essen (vgl. Phillips 2022b; derstandard.at 2022). Han weist hinsichtlich der Wirksamkeit von Narrativen auf eine weitere Dimension hin. Sie würden funktionieren, „weil sie Emotionen auslösen“ (Han 2023: 94). Auch das „gemeinsame Handeln, das *Wir* beruht auf einem Narrativ“ (ebd.: 92). Geschichten bzw. Narrative stellen aus diesen Gründen ein gutes Instrument für Politiker*innen dar, um mit den Wähler*innen eine Beziehung aufzubauen. Sie werden im Wahlkampf genutzt, um Stimmen zu bekommen, und sie sind Instrumente, um politische Entscheidungen zu untermauern, zu erklären oder auch zu verteidigen:

Im neuen Format des Wahlkampfs geht es nicht mehr um politische Argumente, sondern, aus Sicht der Wähler, um die eigene Existenz in ihrer Gesamtheit. Eine parallele Wirklichkeit wird konstruiert, in der ganze Lebensformen - als Christ, als Kernfamilie, als Heterosexuelle, als Mitglied einer Nation - endgültig bedroht sind. Die Menschen - vor allem die männlichen Wähler, die ins Zentrum dieser Narrative rücken - werden zu Helden stilisiert, die mit ihrer Stimme und ihrer offensiven Haltung im Alltag die Bedrohungen bannen können. (Costa 2018)

Seit einigen Jahren ist zu beobachten, dass sich rechte und rechtspopulistische Politiker*innen verstärkt Methoden und Diskurse einverleiben, die in den Ausverhandlungsprozessen einer diskursfähigen Öffentlichkeit entwickelt wurden. Dabei werden Begriffe in andere Kontexte gesetzt und dadurch in ihrer Tragfähigkeit für Bedeutungen verwässert. Die Gleichheit aller Menschen wird als Beweis dafür genommen, dass (ethnische) Minderheiten keine besonderen Vorrechte haben dürfen. Meinungsfreiheit würde bedeuten, dass auch diskriminierende

Haltungen öffentlich einen Platz finden müssten. Auch die Stellung von kritischer und unabhängiger Wissenschaft wird dann torpediert, wenn Wissenschaftler*innen bzw. deren Forschung in der Funktion als ideologische Erfüllungsgehilf*innen der Politik instrumentalisiert werden. Insbesondere in den öffentlichen Debatten um die Relevanz von Klimaschutzmaßnahmen kann international eine Doppelbödigkeit in der Rolle bzw. Rezeption von Wissenschaft beobachtet werden. Erkenntnisse werden von Politiker*innen sowohl zur Beweiserbringung für einen menschengemachten Klimawandel als auch für das genaue Gegenteil herangezogen. Auch ist es schwieriger geworden, seriöse wissenschaftliche Einrichtungen von jenen zu unterscheiden, die sich im Dienst von wirtschaftlichen oder politischen Interessen meist gut finanziert in den Diskurs drängen. Ein Beispiel ist die von der in Chicago ansässigen Denkfabrik *Heartland Institute* ausgerichtete und in Anlehnung an den Weltklimarat (IPCC) als *International Conference on Climate Change* (ICCC) bezeichnete Veranstaltung. Bei der virtuell abgehaltenen Konferenz im Jahr 2020 nahmen 195 Regierungen und Tausende Wissenschaftler*innen teil. Die Journalistin und Aktivistin Naomi Klein berichtet, dass in dieser Konferenz Umweltschutz mit „so ziemlich jedem Massenmord in der Menschheitsgeschichte [...] von der katholischen Inquisition über die Nazi-Gräuel bis hin zu den stalinistischen Säuberungen in Russland“ (Klein 2020: 47ff.) verglichen worden sei. Umweltschutz sei ein „trojanisches Pferd und ziele darauf ab, den Kapitalismus abzuschaffen und ihn durch eine Art `grünen Kommunitarismus´ zu ersetzen.“ (vgl. ebd.) Kommentare, Interviews, Vorträge wurden nach der Konferenz ins Internet gestellt, um von „rechtsgerichteten Kommentatoren und Politiker(n)“ verwendet zu werden. Das Ziel dieser Aktivitäten sei es, „Zweifel zu streuen“ und „Angst zu schüren.“ (ebd.) Als „*scientific dissent*“ bezeichnen Stella Schaller und Alexander Carius in ihrer Studie der Werthaltungen von rechten und rechtspopulistischen Parteien in Europa hinsichtlich Klimaschutz und Energiewende diesen frame. „*Economic decline*“, „*homeland and nature*“ und „*national independence*“ sind weitere frames, die sie in ihrem Mapping identifizieren (vgl. Schaller/Carius 2019: 14). Im selben Jahr analysierte Kristina Dietz die Narrative im Konflikt zwischen Bevölkerungsgruppen und staatlichen Organisationen zu Bergbauaktivitäten, Fracking und Ölbohrungen in Kolumbien. Die Erzählungen, die von den herrschenden Klassen angewandt wurden, unterteilte sie in folgende vier Narrative: „*equality and legitimacy narrative*“, „*ideology and misinformation narrative*“, „*participation narrative*“ sowie in das „*development narrative*“ (vgl. Dietz 2019).

Nach der inhaltlichen Analyse des Quellenpools wurden für die vorliegende Arbeit zwei Narrative identifiziert, die die anti-ökologische Politik Bolsonaros vorwiegend definieren. In

kritischer Einschätzung möglichst vieler Aussagen und der Maßnahmen sowie mit Bezug auf das Konzept der Imperialen Lebensweise werden sie hier als „antidemokratisches Narrativ“ und „Entwicklungsnarrativ“ bezeichnet. In seinem weiter unter ausführlich beschriebenem Wesen weist das „Entwicklungsnarrativ“ sowohl Ähnlichkeiten mit dem „*development narrative*“ (vgl. Dietz 2019) als auch dem frame „*economic decline*“ (vgl. Schaller/Carius 2019) auf und ist insbesondere für die Perspektive der Internationalen Entwicklung von Interesse. Das antidemokratische Narrativ spiegelt sich in der Erzählung, dass es keine Beweise für Klimawandel oder Auswirkungen von menschlichen Eingriffen in die Natur gebe („*scientific dissent*“). Es umfasst die populistische Erzählung der „*national independence*“, die die nationale Souveränität durch internationale Abkommen in Gefahr sieht. Es ist eng verflochten mit dem Narrativ „*homeland and nature*“, wenn Bolsonaro beispielsweise auf das Recht der (weißen und besitzenden) Brasilianer*innen auf „ihren“ Amazonas pocht. Dieses „antidemokratische Narrativ“ und das verdrehte „Entwicklungsnarrativ“ sind die Basis der anti-ökologischen Politik des ehemaligen brasilianischen Präsidenten.

Der Politiker Bolsonaro ist für seine impulsive, emotionale und aggressive Dialogführung bekannt und kultivierte während seiner langen politischen Laufbahn die Narrative der Extreme. Einleitend werden die in den Primärquellen vorgefundenen Narrative vorgestellt, wobei sich diese oft ergänzen. Dabei bewegt sich Bolsonaro im Paradoxon, auch die klassischen Medien für seine Botschaften zu nutzen und sie zugleich zu attackieren. 2021 kam Brasilien im *World Press Freedom Index* auf Platz 111 und landete damit im roten Bereich. „Reporter ohne Grenzen“ (*Reporters without Frontiers*) hat Bolsonaros Attacken gegen Medien im ersten Halbjahr 2021 untersucht und festgestellt, dass diese zum Vergleichszeitraum des zweiten Halbjahrs 2020 um 74 Prozent zugenommen hatten. 87 Mal richtete sich der Präsident vor allem gegen liberale Medien wie die Tageszeitung *Folha de São Paulo*. Insbesondere die COVID-19-Pandemie hat zu einer Intensivierung der Angriffe geführt, die zuweilen auch gewaltvoll und vulgär ausgefallen sind. Die meisten dieser Attacken veröffentlichte Bolsonaro auf Twitter (80 Prozent), wobei er alle kritischen Accounts blockierte, darunter auch jenen von „Reporter ohne Grenzen“ (ebd.). Im Jahr 2020 wurde er von Twitter mehrmals zensuriert, insbesondere wegen seiner Verstöße gegen Schutzmaßnahmen während der COVID-19-Pandemie. Zu dieser Zeit begann die Diversifizierung seiner Social Media-Aktivitäten: Facebook nutzte er während der Pandemie, um die wöchentliche Live-Ansprache aus dem Präsidentenpalast abzuhalten, die direkt auf seinem YouTube-Kanal übertragen wurde. Auch in diesen Reden wetterte er gegen

die Medien und verbreitete Fake News über die Pandemie und Schutzmaßnahmen. Später nahm die Plattform 15 Videos, die zwischen 2020 und 2021 entstanden waren, offline.

He has used this space to construct new narratives about controversial subjects, to play brazenly with the facts, to project his “truths” and to fabricate disinformation in the service of his and his government’s interests, systematically holding the media responsible for all the country’s problems – lockdown measures, vaccination and so on. (*Reporters without Borders* 2021)

Besonders Journalistinnen wurden von Bolsonaro wiederholt mit seinen Ad Hominem-Attacken angegriffen, darunter die bei der *Folha de São Paulo* tätigte Investigativ- und Wirtschaftsjournalistin Patrícia Campos Mello. Nach ihrer Berichterstattung über die illegale Wahlkampffinanzierung von Bolsonaro erhielt sie Drohungen - mittlerweile hat sie den Prozess gegen den Ex-Präsidenten und einen seiner Söhne gewonnen. Daniela Lima, Anchorfrau von *CNN Brasil*, und die TV-Journalistin Marla Bermudes waren seinen Anfeindungen und darauffolgenden Drohungen seiner Anhänger*innenschaft (ebd.) ebenso ausgesetzt wie seine politische Widersacherin Maria do Rosário, die er im Jahr 2003 als Abgeordneter vor laufender Kamera auf besonders üble Weise beleidigte (*IstoÉ Publicações* 2003). Prutsch sieht in diesem „Antifeminismus, der sich auch traditionellen und reaktionären Frauen- und Familienbildern speist“, ein „zentrales ideologisches Moment der neuen Rechten“ (Prutsch 2019b: 12).

Neben Facebook nutzte Bolsonaro intensiv den Messenger-Dienst WhatsApp, der in Brasilien teilweise auch ohne Internet zugänglich und daher eine weit verbreitete Kommunikationstechnologie ist – 120.000.000 Nutzer*innen wurden damals verzeichnet. Laut Umfrageergebnissen des brasilianischen Meinungsforschungsinstituts *Datafolha* informierten sich über 80 Prozent der Bolsonaro-Wähler*innen während des Wahlkampfs über WhatsApp (vgl. Costa 2018). Sie teilten den grundlegenden Zweifel an der repräsentativen Demokratie und die Überzeugung, dass das bisherige System lediglich die Interessen der Eliten vertrete (vgl. Nemer 2018). Soziale Medien geben zudem das Gefühl, Teil einer Bewegung zu sein, eine Stimme zu haben (vgl. Franzen 2022: 52). Das Kommunikationsteam unter der Leitung der Söhne verbreitete gezielt Desinformationen und Fake Videos. Eduardo Bolsonaro war damals auch als zuständiger Repräsentant des rechtsextremistischen Netzwerks von Stephen Bannon in Lateinamerika tätig. Seine untergriffige und abwertende Kampagne nach einer Großdemonstration von Frauenkollektiven kurz vor der Wahl führte laut Meinungsinstituten dazu, dass seine Umfragewerte unter bestimmten Wähler*innengruppen, darunter Evangelikale und paradoxerweise Frauen, die sich von den vermeintlich falschen Geschlechterdiskursen distanzieren und ihre Rolle als traditionelle und gläubige Brasilianerin demonstrieren wollten, stiegen (vgl. Costa 2018).

Und so zeigt dieser Wahlkampf, wenn auch in dramatisierter Form, woher der Rechtsruck in Brasilien und anderswo seine Triebkraft nimmt. Anstelle von Argumenten, Gerechtigkeitsmodellen und Konzepten für eine gemeinsame Zukunft bietet die Politik nun Emotionen, Desinformation, Rezepte für ein "gutes Leben" und Auswege aus angeblich existenziellen Bedrohungen. (Costa 2018)

Auch während seiner gesamten Amtszeit blieben die sozialen Medien für ihn die wichtigsten Mobilisierungsinstrumente. Unterstützt wurde er dabei auch von unterschiedlichen rechten Influencer*innen, darunter das „*gabinete do ódio*“ („Kabinett des Hasses“), finanziert von reichen Unternehmer*innen (Franzen 2022: 57). „Es sind schlagkräftige Bewegungen, völlig abgekoppelt vom öffentlichen Diskurs. So erreichen sie Menschen, die für die traditionellen Medien schon lange nicht mehr empfänglich sind.“ (ebd.: 58)

Und schließlich nutzte Bolsonaro das Mobilisierungspotential, das Glaubensgemeinschaften in sich tragen können. Während des Wahlkampfes hatte er sich im Jordan zum Evangelikalen taufen lassen und die Nähe zu einflussreichen Netzwerken gesucht, darunter zum selbst ernannten Bischof und Medienmogul Edir Macedo (Prutsch 2019a: 285f.). Zu diesem Zeitpunkt bezeichneten sich bereits 30 Prozent der Brasilianer*innen als evangelikal, vor allem unter den Arbeiter*innen und den ärmeren Bevölkerungsschichten waren große Zuwächse bei den ultrakonservativen Pfingstkirchen zu verzeichnen. Der Anteil der Katholik*innen war in Brasilien von 80 Prozent im Jahr 1990 auf 50 Prozent 2020 gesunken (Franzen 2022: 96). Franzen erklärt sich die große Beliebtheit der Freikirchen auch mit deren „Missionarisierung“ durch „Zellen“, wie besonders aktive Personen oder Gruppen genannt werden, sowie mit ihren Strategien, in diesem „streng religiösen Mikrokosmos“ (ebd.: 98) gemeinschaftliche Aktivitäten anzubieten und im Alltag omnipräsent zu sein. Durch das Fehlen einer obersten Glaubensbehörde ist es relativ einfach, eine Kirche zu gründen und Pastor*in zu werden. Laut einer Studie der Tageszeitung *Folha de São Paulo* „traf jede*r fünfte Brasilianer*in seine Wahlentscheidung nach der Empfehlung des Pastors“ (Franzen 2022: 99f.). Evangelikale vertreten eine Strömung innerhalb des Protestantismus, die die Bibel als gottgegeben versteht und auf Bibelexegese verzichtet. Es gilt ein konservatives Familienbild genauso wie die neoliberale Überzeugung, dass jede*r für den eigenen Erfolg verantwortlich sei (Behn 2024a). Die Kraft, die in der wortgetreuen Auslegung der Bibel liegen kann, wusste auch Bolsonaro optimal für seine Politik zu nutzen. Das Messerattentat, das im September 2018 auf ihn verübt wurde und das er schwer verletzt überlebte, förderte, wie oben bereits dargestellt, den biblischen Märtyrermythos (ebd.: 285).

7.1 Das antidemokratische Narrativ

Bolsonaro hat, wie bereits skizziert und im Folgenden nun weiter ausgeführt, in seinen Jahren als Abgeordneter und später als Präsident Institutionen, die Verfassung, die Gewaltenteilung, das Recht auf freie Meinungsäußerung und Opposition, freie Medien und Wahlen, Minderheitenrechte und die Gleichheit aller Menschen wiederholt in Frage gestellt, kritisiert, angegriffen und teilweise zerstört. Seine antidemokratische Haltung teilte er sich mit seinem US-amerikanischen Amtskollegen Trump. Offensichtlich sind darüber hinaus die inhaltlichen Parallelen in den jeweiligen tagespolitischen Agenden. Trump und Bolsonaro teilten sich den offensiven Nationalismus, einen virulenten Antifeminismus, ihre Geringschätzung von Zivilrechten und von demokratischen Institutionen, ihre Lust am Abbau sozialer Errungenschaften und die Indifferenz gegenüber der globalen Umweltgefährdung (vgl. Eser/Witthaus 2020: 9). Wie in den USA kam es in Brasilien nach der verlorenen Wahl vier Jahre später zu einem Sturm eines Regierungsgebäudes durch einen aufgebrachten Mob, hinter dem die Ex-Präsidenten standen. 2023 wurde Bolsonaro wegen seiner wiederholt geäußerten Zweifel am Wahlsystem und am Wahlergebnis (vgl. New York Times 2022) das passive Wahlrecht für einige Jahre entzogen. Das bedeutet, dass er bis 2030 in kein öffentliches Amt gewählt werden kann (vgl. orf.at 2023). Trump und Bolsonaro kooperierten wirtschaftlich und trafen sich auf der gemeinsamen Linie der „*three Bs*“ („*biblia, boi e bala*“ bzw. „*beef, bullets, Bible*“): Im April 2019 stattete Bolsonaro Trump einen Besuch ab, bei dem die Intensivierung der ohnehin engen Handelsbeziehungen zwischen den USA und Brasilien eine Bestätigung erfuhr und neue Abkommen im Agrobusiness getroffen wurden.¹⁸ Die Beziehungen seien reziprok und könnten mit „*beef and bullets*“ als zwei der Grundpfeiler der amerikanischen Wirtschaft und des Außenhandels mit Brasilien zusammengefasst werden, wie Trump in der anschließenden Pressekonferenz berichtete (Pressekonferenz Bolsonaro/Trump 2019). Die aktive Klientelpolitik sowohl für reaktionäre religiöse Gruppierungen als auch die Agrarlobby sicherte Bolsonaro die Zustimmung eines großen Teils der Bevölkerung aus ärmeren Bevölkerungsgruppen in den Städten und in ruralen Gebieten sowie die unerschütterliche Loyalität von einflussreichen Eliten. Die bereits zu Beginn der Amtszeit gelockerten Waffengesetze in Brasilien erfreuten Waffenlobby und Drogenmafia zugleich (Prutsch 2019a: 285). Bei der Pressekonferenz ergänzte Bolsonaro das dritte „B“, nämlich die Bibel:

¹⁸ Zum historischen wirtschaftlichen und politischen Einfluss der USA auf Länder Lateinamerikas siehe Kaller-Dietrich 2009: 123-144.

Brazil and the United States stand side by side in their efforts to insure liberties and respect to traditional family life styles, respect to God, our Creator, against the gender ideology or the politically correct attitudes, and against fake news. (Pressekonferenz Bolsonaro/Trump 2019)

Beide Staatsoberhäupter konstruierten ähnliche Feindbilder: Frauen, Intellektuelle, Sozialist*innen, Menschen mit anderen Lebensentwürfen oder sexueller Orientierung außerhalb einer „gottgegebenen Ordnung“ (Prutsch 2019a: 286). Insbesondere Migrant*innen und Geflüchtete sahen sich vehementen Anfeindungen ausgesetzt. Die hohen Migrationszahlen würden beweisen, dass demokratische Institutionen schwach seien und „gesäubert“ werden müssten, meinte Bolsonaro vor seiner Wahl (vgl. Costa 2018). Ökonomisch gab er sich neoliberal, sein Wirtschaftsminister war ein *Chicago Boy*, der Einsparungen im Bildungssektor und Gesundheitswesen vornahm (vgl. Prutsch 2019a: 285). Die afrobrasilianische feministische Philosophin und Journalistin Djamila Ribeiro ordnete Bolsonaros Politik folgendermaßen ein: „It goes without saying that these reforms disproportionately affect the black and indigenous people in the country. This is an ongoing project of regression and neo-colonization.“ (ebd. 2020:138).

Anderson (2019) versammelt in seinem Artikel weitere Beispiele, die Bolsonaros antidemokratische Haltung aufzeigen: Die UNO sei „ein Haufen Kommunist*innen“, Einwanderer*innen Abschaum, ein nicht tötender Polizist sei keiner, Drogendealer gehörten gefoltert, und die Demokratie könne weniger *order and prosperity* hervorbringen als ein Bürgerkrieg. Dieser könne auch die Arbeit des Militärregimes vollenden, das nicht foltern, sondern töten hätte sollen - auch wenn dabei ein paar unschuldige Menschen ihr Leben lassen müssten (vgl. Anderson 2019). Im Laufe seiner vielen Jahre in der Politik hatte Bolsonaro mehrmals die Partei gewechselt und war wiederholt durch seine revisionistische Geschichtsbetrachtung (vgl. DÖW 2025: 20), beispielsweise mit provokanten und zutiefst verletzenden Äußerungen über die brasilianische Militärdiktatur aufgefallen. Er galt als ihr Bewunderer und besetzte als Präsident über 40 Regierungsämter mit ehemaligen hochrangigen Militärs (vgl. Prutsch 2019a: 288; Boris 2020: 56f.). Im Rahmen des Amtsenthebungsverfahrens von Dilma Rousseff widmete er seine Stimme dem Militär und Chef der Geheimdienstbehörde, der Dilma während der Diktatur gefangen gehalten und gefoltert hatte (vgl. Franzen 2022: 29). In der Rede anlässlich seines Amtsantritts betonte Bolsonaro, dass er gekommen sei, um das Land von „der Geißel des Sozialismus“ zu befreien und verkündete: „*A nossa Bandeira jamais ser vermelha.*“ („Unsere Flagge wird niemals rot sein“) (Rede Amtsantritt Bolsonaro, 1.1.2019, Übersetzung T.S.). Sein zweiter Slogan, den er wie den ersten während seiner Amtszeit vor sich hertrug, nahm Anleihen an andere

rechtsextreme Überzeugungen: „*Brasil acima de tudo. Deus acima de todos.*“ („Brasilien über alles. Gott über allen.“) (zitiert nach: Costa 2018, Übersetzung T.S.)

Seine Vorbilder fand Bolsonaro nicht nur in der brasilianischen Militärdiktatur. Insbesondere der bis zu seinem Tod im Jahr 2022 in den USA lebende, Ultrarechte und selbsternannte Philosoph Olavo de Carvalho war mit Bolsonaro und dessen Söhnen ständig in Kontakt. De Carvalho soll in einem Interview gesagt haben, dass die Kriminalität in Brasilien abgewendet werden hätte können, wenn das Militärregime „die richtigen“ 20.000 Menschen ermordet hätte (Prutsch 2019a: 287). Eine These, warum „die Linken“ eine so große Gefahr darstellen würden, wäre die Tatsache, dass, nachdem sie es über Waffengewalt nicht an die Macht geschafft hätten, sie es nun über die Institutionen versuchen würden (vgl. Franzen 2022: 87). Er hat Bolsonaro auch zwei Minister empfohlen, um Brasilien vor dem „Kulturmarxismus“ zu schützen, eine Bezeichnung, die u.a. in den USA von extremen Rechten verwendet wird. „The impact of dubious thinkers on President Bolsonaro and its government is a drastic example of how right-wing-populism is characterized by anti-intellectualism, irrational thinking, and the cultivation of enemy images like ‘communism’.“ (ebd.: 287)

Bei der oben bereits erwähnten ersten Rede als Präsident verdeutlichte Bolsonaro unmissverständlich seine Ambiguitätsintoleranz (vgl. DÖW 2025: 20), die er einige Monate später in Washington bei Trump wiederholen wird: Er sei für die Familie und gegen die „Gender-Ideologie“, er kämpfe für die Erhaltung der traditionellen Werte und der jüdisch-christlichen Tradition (Rede Amtsantritt Bolsonaro, 1.1.2019, Übersetzung T.S.). Schon zuvor hatte er etwa die Regierung Rousseff für den offenen Umgang mit Fragen zu Sexualität und Gender heftig kritisiert (vgl. Anderson 2019). 2018 wurde die bekennende queere Stadträtin Marielle Franco, die sich wiederholt gegen Polizeigewalt und den Einsatz von Milizen in den Favelas von Rio de Janeiro ausgesprochen hatte, ermordet. Zwischen den Tatverdächtigen und der Familie Bolsonaro konnten Verbindungen nachgewiesen werden. Es gab zwar einen Skandal, rechtliche Konsequenzen folgten aber bislang keine. Beim Karneval 2019, den Bolsonaro für seine Angriffe gegen die „Gender-Ideologie“ nutzte, zeigte die mit der besten Performance gekürte Samba-Schule die Geschichte Brasiliens aus der Sicht von Afrobrasilianer*innen und Indigenen Völkern und verwies auch auf Marielle Franco. Als sich am Internationalen Frauentag Protestierende in verschiedenen Städten zusammenfanden, um ihrer zu gedenken und gegen frauenfeindliche Politik zu demonstrieren, antwortete der Präsident mit der Mitteilung, dass zum ersten Mal in einer brasilianischen Regierung

Geschlechterparität herrsche, denn jede der 22 Frauen in seiner Regierung sei so viel wert wie zehn Männer (vgl. CNTS 2019).

21 Prozent der Abgeordnetensitze in der Regierung Bolsonaro nahmen Evangelikale ein. Ein prominenter evangelikaler Unterstützer, der auch großen Einfluss auf Medien hatte, war der damalige Bürgermeister von Rio de Janeiro, Marcelo Crivella (vgl. Anderson 2019). In vielen Interviews und in seinen Reden während seiner Amtszeit bekräftigte Bolsonaro seine Gottesgläubigkeit, die zugleich seine Politik argumentieren würde. In seiner ersten Rede vor der UN-Vollversammlung gab er sich überzeugt, dass sich mit Gott die Demokratie ebenso retten lasse wie die von ideologischen Gedankenwelten verleiteten Familien. Auch für die Themen Klima, Demokratie und Gleichberechtigung ließe sich „mit dem Johannesevangelium“ die „Wahrheit“ finden (Rede Bolsonaro UN-Vollversammlung 2019, Übersetzung T.S.). 2022 positionierten sich die katholischen Priester Brasiliens in einem offenen Brief gegen den noch amtierenden Präsidenten und verurteilten seine Hassreden, die Liberalisierung der Waffengesetze und seine missbräuchliche Verwendung von Gottes Namen (vgl. orf.at 2022). „Anti-ökologische, chauvinistische, rassistische und anti-indigene Positionen sind konstitutiv für die Geschichte Brasiliens. Heute sind sie Teil staatlicher Politik.“ (Zhouri 2022:190)

Diese Narrative behielt Bolsonaro während seiner Amtszeit bei und wiederholte sie bei der letzten TV-Debatte mit Lula vor der Wahl im Oktober 2022 in den letzten Sekunden Redezeit: Er sprach von „Vaterlandsliebe“, „Rede- und Religionsfreiheit“, „Recht auf Arbeit und Wohnen“, „Recht auf Privateigentum“, „Recht auf legitime Selbstverteidigung“, „Recht auf eine Schule, in der Kinder nicht von `Diskursen der Gender-Ideologie` infiltriert werden. Ein klares Nein bei gleichzeitiger Zuschreibung als Ziele seines Konkurrenten äußerte er gegen Drogen („der da will sie legalisieren“), gegen Abtreibung und „zu einem Land des Rückschritts, der Korruption und der Respektlosigkeit gegenüber Religionen“¹⁹ (TV-Debatte Lula-Bolsonaro, 16.10.2022, Übersetzung T.S.; UOL 2022) „Jedoch reicht Bolsonaros Politik weit über sein Wahlversprechen, das Erbe der Arbeiterpartei zu demontieren hinaus: Sie zielt auf die Zersetzung der Verfassung von 1988“, schreiben Débora Medeiros und Renata Motta bereits im ersten Amtsjahr des Präsidenten (ebd.: 2019). Untermauert mit facettenreichen Argumenten

¹⁹ „Quero para o meu país, livre, respeitado liberdade de expressão [...] segurança para casa, [...] trabalhar, [...] ter certeza que o filho vai para escola, [...] que os pais não querem em casa ideologia de gênero, esse e a política de lá, [...] contra à droga, eles querem liberar as drogas. [...] Nos somos cristãos em 90 % respeitamos a vida desde a concepção, não ao aborto, [...] sim a propriedade privada, [...] respeito ao homem do campo [...] pelo direito à legítima defesa [...] Não à um país de retrocesso, à corrupção, [...] ao desrespeito das religiões.“ (ebd.)

und eingebettet in diverse Erzählstränge äußerte Bolsonaro vor und nach der Wahl Zweifel an demokratischen Institutionen, am elektronischen Wahlsystem und dem Obersten Gerichtshof, der auch die oberste Wahlbehörde in Brasilien darstellt (vgl. Costa 2018).

Denn die Erosion von Demokratien kommt heute nicht mit einem großen Schlag. Es droht auch nicht mehr ein Putsch der alten Schule. Heute sind es meist kleine Stiche und systematische Attacken gegen die Institutionen, die schleichend die demokratischen Fundamente aushebeln. Auch Bolsonaro erkennt die Spielregeln formell an, um die Demokratie von innen auszuhöhlen. (Franzen 2022: 11f.)

Seine Angriffe auf die Demokratie blieben nicht unwidersprochen, die Zivilgesellschaft mobilisierte sich zusehends. Im August 2022 kam es in vielen Städten zu Großdemonstrationen für die Verteidigung der Demokratie. Es ging die Angst um, dass Bolsonaro das Wahlergebnis der Präsidentschaftswahlen im Oktober nicht anerkennen würde, da er wiederholt seine Zweifel am elektronischen Wahlsystem geäußert hatte. Vertreter*innen der Zivilgesellschaft verfassten die *Carta às brasileiras e aos brasileiros em defesa do Estado Democrático de Direito* („Brief an die brasilianischen Frauen und Männer zur Verteidigung des demokratischen Rechtsstaates“), der an der juristischen Fakultät in São Paulo öffentlichkeitswirksam vorgelesen wurde. Auch ein Video, in dem prominente Brasilianer*innen den Brief vorlasen, wurde veröffentlicht (Estado de Direito sempre, 10.8.2022). Knapp eine Million Menschen, darunter Vertreter*innen aus Kunst, Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und anderen zivilgesellschaftlichen Bereichen, hatte den Brief unterschrieben.

Demokratie und Entwicklung zusammenzudenken ist eine große Aufgabe. Selbst Lula, der sich wohl als Prototyp eines demokratisch agierenden Politikers bezeichnen würde, hat, wie weiter oben bereits dargestellt, mit der Entwicklungsvision seiner „progressiven“ Regierungen keineswegs eine nur nachhaltige geschaffen. Das Entwicklungsnarrativ, das Bolsonaro konstruierte, war klarer, als das der Vorgängerregierungen, insofern es deutlich war in seiner gewaltvollen Aneignungshaltung und neoliberalen Inwertsetzungslogiken. Bei der Frage, wer davon profitieren würde, arbeitete sich Bolsonaro an unterschiedlichen Argumentationslinien ab. Das folgende Kapitel stellt sein „Entwicklungsnarrativ“ vor und ordnet es kritisch ein.

7.2 Das Entwicklungsnarrativ

Schon während des Wahlkampfs nahm Bolsonaro zu Umweltschutzfragen eine klare Haltung ein und kritisierte Kontrollen zur Einhaltung von Umweltauflagen, auch, um sich die Stimmen der Großgrundbesitzer*innen zu sichern (vgl. Santos 2020). Im Juli 2019 startete er eine

Medienoffensive, nachdem international Kritik an seiner anti-ökologischen Politik insbesondere im Amazonas-Regenwald geäußert worden war. Gemeinsam mit anderen rechten Politiker*innen lud er internationale Medienvertreter*innen zum Gespräch ein. Der Vizepräsident, Ex-General Hamilton Mourão, und Wilson Witzel, der extrem rechte Gouverneur von Rio de Janeiro, hatten bereits einige Tage davor Interviews gegeben. Die Medientermine erfolgten unter Anwesenheit von hochrangigen Militärs in Uniform und in Zivil.²⁰ Der britische Journalist und Amazonaskenner Dom Phillips, der auf einer Forschungsreise im Amazonasgebiet gemeinsam mit dem Experten für unkontaktierte Völker und Aktivisten Bruno Pereira am 5. Juni 2020 als vermisst gemeldet wurde und deren Leichen anschließend gefunden werden sollten, war für *The Guardian* beim Medientermin anwesend. Die Zusammenfassung ist bereits in der Artikelüberschrift zu lesen: „*Bolsonaro declares 'the Amazon is ours' and calls deforestation data 'lies'*“, heißt es dort und weiter in der Unterüberschrift, dass Brasilien offen sei für Partnerschaften, um Biodiversität und die Bodenschätze inwertzusetzen. Der Medientermin steht exemplarisch für die anti-ökologischen Narrative des Präsidenten und soll folgend näher analysiert werden:

We understand the importance of the Amazon for the world – but the Amazon is ours. There will not be any more of that sort of policy that we saw in the past that was terrible for everyone. [...] We preserve more (rainforest) than anyone. No country in the world has the moral right to talk about the Amazon. You destroyed your own ecosystems. (Phillips: 2019)

In wenigen Sätzen vereinte Bolsonaro gekonnt historische und aktuelle Diskurse des Globalen Südens und indoktriniert sie: 1974 forderten die G-77 Länder bei der *UN Conference on Trade and Development* die Kontrolle über ihre eigenen Rohstoffvorkommen und „das Recht des Globalen Südens auf eine nachholende industrielle Entwicklung“ (Wissen 2011: 307). Mit dem Aufstieg der Schwellenländer in eine „transnationale Verbraucherklasse“ folgte auch der „ressourcenintensive(n) Stil(s)“, wodurch die Konkurrenz zwischen den Ländern um Ressourcen und auch um Senken, also um die „Ökosysteme, die Emissionen einer energie- und materialintensiven Lebensweise“ (ebd.: 311) aufnehmen, verschärft wird. „Zugespitzt ließe sich sagen, dass sich der Norden zu Lasten der Umwelt des Südens entwickelt und dabei dessen Entwicklungsmöglichkeiten eingeschränkt hat.“ (ebd.: 301) Diese nationale Entwicklung Brasiliens wollte Bolsonaro nun unter eigener Souveränität (vgl. Franzen 2022: 150) nachholen.

²⁰ Zur Bedeutung des Militärs in Brasilien schreibt Franzen (2022): „Der Mythos der goldenen, glorreichen Vergangenheit dient zum einen als ideologische Selbstbestätigung. Zum anderen lässt sich die eigene Politik normalisieren, indem man die Verbrechen autoritärer Regime herunterspielt und historische Fakten verdreht. In Brasilien hat die Umdeutung der Geschichte zu dem Mythos der sauberen Militärs beigetragen, unter denen es keine Korruption gab und die für Sicherheit und Ordnung sorgten. Weil ihre Verbrechen nie wirklich öffentlich verhandelt wurden, genießen sie heute viel Zuspruch in der Gesellschaft.“ (ebd.: 85)

Der Plan, den er beim Medientermin vorstellte, beinhaltete die „Öffnung“ Brasiliens und insbesondere des Amazonasbeckens für internationale Kooperationen, um Biodiversität und Bodenschätze extrahieren zu können. Kritiker*innen warf er vor, die Menschenrechte der Indigenen nicht zu respektieren und sie wie „Steinzeitmenschen“ zu behandeln, weil ihnen bislang der Zugang zu Technologien, Wissenschaft, Information verwehrt geblieben worden wäre. Unter diesen Voraussetzungen wären Arbeit und Produktion für sie verunmöglicht. Das meiste, was die Auslandspresse und damit die Anwesenden gegen Brasilien und diese Menschen anrichte, seien Verbrechen, so Bolsonaro weiter (vgl. Phillips 2019). Wissenschaftliche Daten, wie sie beispielsweise Satelliten des brasilianischen Überwachungssystems des Regenwaldes lieferten, degradierte er als Lügen, hinter denen Bündnisse von Machtinstitutionen lägen. Würden die Daten stimmen, dann gebe es schon lange keinen Amazonas-Regenwald mehr. Ziel seiner Politik seien Partnerschaften mit anderen Ländern und Firmen, betonte der Präsident (vgl. ebd.). Die Zukunft der Ökonomie Brasilien sähe er im Metall Niobium, das er beim Pressetermin als Anhänger um seinen Hals trug.²¹ Eine der Regionen, in denen Niobium vorkomme, sei *Seis Lagos*, ein entlegenes Gebiet in der Amazonasregion. „There is an indigenous reserve there – but we can talk about this without any problem (ebd.)“, gab sich Bolsonaro überzeugt. Die Erschließung des Gebietes hätte noch weitere positive Folgen. Die unglaubliche Biodiversität könnte dazu beitragen, dass heute noch unheilbare Krankheiten kuriert werden könnten. „We have a sea of opportunities in Brazil. We are open to talk.“ (ebd.) Abschließend versucht er zu beruhigen: Die internationale Presse würde seine Politik gänzlich missverstehen. Er hätte ein zerrüttetes Amt übernommen, er erfülle die Mission Gottes (ebd.).

Als eines der ersten Länder weltweit hatte Brasilien 1988 das Recht auf eine gesunde Umwelt in die neue Bundesverfassung aufgenommen. Im Artikel 225 („Über die Umwelt“) ist festgehalten:

Art. 225 Jeder Mensch hat das Recht auf eine ökologisch ausgewogene Umwelt, die ein gemeinsames Gut der Menschen ist und für eine gesunde Lebensqualität unerlässlich ist, was die Behörden und die Gemeinschaft verpflichtet, sie für die heutigen und künftigen Generationen zu schützen und zu erhalten. [...]

§ 4 Der brasilianische Amazonas-Regenwald, der atlantische Regenwald, die Serra do Mar, das Pantanal Mato-Grossense und die Küstenzone sind nationales Erbe, und ihre Nutzung muss in Übereinstimmung mit dem Gesetz unter Bedingungen erfolgen, die die Erhaltung der Umwelt gewährleisten, einschließlich der Nutzung der natürlichen Ressourcen.²² (Senado Federal 2016)

²¹ Das einfach zu verarbeitende Metall Niobium ist wegen seiner positiven Eigenschaften als Zusatz in Legierungen sehr gefragt.

²² Art. 225. *Todos têm direito ao meio ambiente ecologicamente equilibrado, bem de uso comum do povo e essencial à sadia qualidade de vida, impondo-se ao Poder Público e à coletividade o dever de defendê-lo e preservá-lo para as presentes e futuras gerações. [...]*

Alle müssten dieselben Rechte haben, so Bolsonaro, was für ihn im Umkehrschluss bedeutete, dass es weder ein ausgewiesenes Schutzgebiet für Indigene brauche noch eine Quotenregelung für Afrobrasilianer*innen. In sich selbst war diese Argumentationslinie widersprüchlich, da er zugleich den Diskurs des *Othering* vorantrieb – auch hier wieder eine Ähnlichkeit zu Trump: „Both intensify deep political and social divisions through their aggressive rhetoric of otherness. [...] They regard climate change as an invention of the left and the conservation of nature as an obstacle to progress.” (Prutsch 2019a: 288f.) Es sind „ökologische Hierarchien“, wie es der Soziologe Ramón Grosfoguel nannte. Sein argentinischer Kollege in der CLASCO Political Ecology Working Group²³, Héctor Alimonda, bezeichnete es, wie oben bereits erwähnt, als „Kolonialität der Natur“, in der „die Zweckmäßigkeit für den Menschen“ (ebd. 2019) im Zentrum steht.

Bolsonaro ist das Symptom von sehr viel tiefer liegenden Strukturen, die unsere Gesellschaft prägen. In ihm steckt eine Menge unserer kolonialen Vergangenheit. Denn die Sklaverei, das System der Großgrundbesitzer, die Gewalt, die Ungleichheit, das sind keine früheren Probleme, sondern solche, die in die Gegenwart hineinwirken. Brasilien war immer autoritär. Autoritarismus ist Teil unserer Struktur, und der Bolsonarismus ist ein Ausdruck davon. (Abé/Schwarzc 2022)

Auch der Wert der Natur steht bei dieser Haltung in gegensätzlichen Deutungslinien im Fokus, wie die Forscherin und Aktivistin Nene Opoku schreibt: „Der rassistischen Logik folgend, wird Natur dabei als das `Andere´ konstruiert, das keinen Eigenwert besitzt, sondern lediglich eine ausbeutbare Ressource darstellt.“ (Opoku 2021: 29f.) Dieser „Umweltrassismus“ ist eine der „koloniale(n) Kontinuitäten“ (ebd.), die Bolsonaro als Präsident perpetuiert.²⁴ Die „Aneignung von Mensch und Natur im Geist der Aufklärung“ hat „die Idee von Fortschritt und Entwicklung mit rassistischen Annahmen verbunden“ und diene „fortan als Legitimationsgrundlage für diese Ausbeutungsverhältnisse“ (Krenak/Kuppe: 21.2.2023. Mitschrift und Übersetzung T.S.). Es sind „Diskurse, die mit der Struktur des Weltmarkts und der imperialen Lebensweise kompatibel waren“ (Brand/Wissen 2017: 39). Es galt, das „enorme Rohstoff-Potenzial für Entwicklung zu nutzen“, den „zivilisierten“ Städten stand ein „barbarisches Hinterland“ (ebd.) gegenüber, das erschlossen, kontrolliert und in Wert gesetzt werden sollte. Indigene waren potentiell „Hindernisse für den Fortschritt“ (ebd.), die Modelle von Entwicklung und gutem

§ 4 A Floresta Amazônica brasileira, a Mata Atlântica, a Serra do Mar, o Pantanal Mato-Grossense e a Zona Costeira são patrimônio nacional, e sua utilização far-se-á, na forma da lei, dentro de condições que assegurem a preservação do meio ambiente, inclusive quanto ao uso dos recursos naturais. (ebd.)

²³ In den frühen 2000er Jahren hat Alimonda, insbesondere inspiriert durch den Soziologen Aníbal Quijano und von Arturo Escobar, Germán Palacia und Enrique Leff die Politische Ökonomie in Lateinamerika begründet. Seine Pionierarbeit ist institutionalisiert in der CLASCO Political Working Group.

²⁴ Selbst der Begriff Umweltschutz steht für Opoku in „der Logik des Othering der Natur“, da bei dieser Sichtweise der Mensch – ganz anders als in „nicht westlichen Kosmologien“ – als von der Natur getrennt betrachtet wird (Opoku 2021: 100).

Leben, an denen sich sowohl die Eliten der Länder des Globalen Südens als auch die entstehende Mittel- und Arbeiterklasse orientierten, waren die europäischen Gesellschaften (ebd.).

Abgestimmt auf Situation und Gegenüber setzte Bolsonaro unterschiedliche Narrative ein: Die Erzählung von Solidarität mit den Indigenen Völkern in ihrem Recht auf Entwicklung wechselte sich mit dem *Othering* der Indigenen Völker als Vertreter*innen einer Minderheit in der Wildnis, deren Rechte der Entwicklung des Landes entgegenstünden, ab. Ein gutes Beispiel dafür ist Bolsonaros erste Rede als Staatspräsident Brasiliens bei der UN-Vollversammlung am 24.9.2019. In den rund 30 Minuten machte er seine Haltung so unmissverständlich deutlich, dass die Rede an dieser Stelle ausführlich besprochen werden soll: Bolsonaro bedankte sich zu Beginn bei Gott, dass er das auf ihn einige Wochen vor der Wahl ausgeführte Attentat überlebt hatte und im Dienste der Wahrheit als Präsident tätig sein kann – für ein neues Brasilien. Er begann mit einem Rundumschlag gegen die Vorgängerregierungen, die durch ihre Zusammenarbeit mit der kubanischen Diktatur und der Gründung von kriminellen Organisationen mit Chávez und Fidel Castro die Freiheit des Landes aufs Spiel gesetzt hätten. Und er sagte einen Satz, den er während seiner Amtszeit wie ein Mantra wiederholen würde: Ohne wirtschaftliche Freiheit gebe es keine politische Freiheit - und umgekehrt. So sei es nur folgerichtig, die Wirtschaft zu liberalisieren und Brasilien in die weltweiten Wertschöpfungsketten zu integrieren. Auch zum Amazonasgebiet äußerte er sich mit Zahlen und Forderungen: Alle Brasilianer*innen wollten dieselben Rechte auf dieses Gebiet, das 14 Prozent der Landfläche Brasiliens einnimmt. 225 verschiedene Indigene Stämme würden dort leben, 70 als unkontaktierte Völker. Unter ihnen gebe es, so Bolsonaro, keine einzige Autorität. Sie hätten eigene Kulturen und Vorstellungen von der Welt und wären nicht repräsentativ für alle Brasilianer*innen. Einige von ihnen seien von ausländischen NGOs manipuliert und wie Höhlenmenschen behandelt worden. Indigene wollten nicht arm sein, nicht auf reichem Land wohnen und nichts davon haben. Auch sie wünschten sich Entwicklung, gab sich der Präsident überzeugt. Im Amazonas-Regenwald gebe es Gold, Diamanten, seltene Erden. Es seien große Gebiete. So umfasse beispielsweise das Gebiet der Yanomami 95.000 km², es lebten aber nur 15.000 Menschen dort. Es sei eine neue Zeit mit neuer Hoffnung für Indigene Gemeinschaften, die Empowerment und Ermächtigung bräuchten. Sie lebten in extremer Armut, so Bolsonaro weiter, Würde und Entwicklung seien nicht gewährleistet, und der Umweltschutz würde den Rechten der Indigenen als brasilianische Bürger*innen entgegenstehen. Triebmotor für die Umweltverbrechen seien ausländische Interessen, für die seine Regierung keine Toleranz habe.

Wissenschaftler*innen würden lügen, wenn sie den Amazonas als grüne Lunge bezeichneten. (vgl. Rede Bolsonaro UN-Vollversammlung, 24.9.2019, Übersetzung simultan im Video)

Angesichts kritischer Ereignisse werden aber auch Krisennarrative erzählt, die sie zu meistern helfen, indem sie sie in einen sinnstiftenden Kontext einbetten. Verschwörungstheorien haben ebenfalls eine therapeutische Funktion. Sie bieten eine einfache Erklärung für komplexe Sachverhalte, die verantwortlich sind für die Krise. (Han 2023: 82)

Für Brandstiftungen seien die Indigenen Völker selbst verantwortlich. An die Vereinten Nationen richtete er den Appell, bei diesem Mienenfeld nicht mitzuspielen. Als Beweis dafür, dass sein Land integer sei, sah Bolsonaro die Tatsache, dass Brasilien nur 8 Prozent des Staatsgebietes für Lebensmittelproduktion verwende, während andere Länder viel mehr Fläche dafür in Anspruch nehmen würden. Abschließend sprach er eine Einladung aus: Seine Regierung hätte dafür gesorgt, dass der Erhalt von Visas einfacher geworden sei. Damit könne jede*r den Amazonas kennenlernen und sich selbst ein Bild machen. Brasilien sei weltoffen und wolle Partnerschaften, Wohlstand, Frieden und Freiheit (Rede Bolsonaro UN-Vollversammlung, 24.9.2019, Übersetzung simultan im Video).

Die britische Tageszeitung *The Guardian* berichtete wiederholt über das in der Rede und weiter oben in dieser Arbeit erwähnte Gebiet der Yanomami im venezolanisch-brasilianischen Grenzgebiet. Anfang 2020 schrieb der Journalist Dom Phillips eine lange Reportage über die illegalen Goldschürfungen in diesem Indigenen Territorium. Er stellte offen die Frage, warum Bolsonaro im angestammten Gebiet eines der letzten isoliert lebenden Völker am Amazonas die Aktivitäten von rund 20.000 illegalen Schürfern (*garimpeiros*)²⁵ legalisieren wolle. Das Gebiet wurde 1992 als Indigenes Territorium deklariert, nachdem 40.000 *garimpeiros* in den 1980er Jahren Krankheiten eingeschleppt hatten, an denen, so die Schätzung von *Survival International*, ein Fünftel der Indigenen Bevölkerung gestorben war (siehe dazu auch weiter oben). Nach der Vertreibung der illegalen Goldschürfer wurde das laut Phillips 9,6 Millionen Hektar große Gebiet auf die Initiative von Einzelpersonen und einer zivilgesellschaftlichen Organisation zum Indigenen Territorium erklärt. Der britische Journalist zeigte in seinem Artikel die Konsequenzen dieser Eingriffe auf, die sowohl von den Indigenen als auch von Studien unterschiedlicher Organisationen bestätigt werden: Das für den Goldabbau verwendete Quecksilber dringt in die Böden, in die Flüsse und schließlich in die Nahrungskette ein, Kräne und Gruben zerstören Flora und Fauna und vertreiben Wildtiere, in den mit Abwasser gefüllten Gruben brüten Mosquitos, die Malaria übertragen. Die Älteren aus der Gemeinschaft sehen

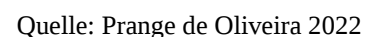
²⁵ *Garimpeiros* sind meist Männer aus strukturschwachen Gebieten aus dem Norden und Nordosten Brasiliens, die, nachdem es fast unmöglich ist, Land zu pachten und dieses zu bewirtschaften, die illegalen Schürfarbeiten als die einzige Möglichkeit sehen, etwas Geld zu verdienen.

zudem beunruhigende soziale Auswirkungen: Jüngere Yanomami würden bisweilen in eine der Goldgräbersiedlungen gehen, um dort etwas Geld zu verdienen und kämen mit Prostitution, Alkohol oder digitaler Kommunikation in Kontakt.²⁶ Das alles treibe Gräben in die Indigenen Gemeinschaften, oft auch mit schwerwiegenden Folgen für die Jüngeren (vgl. Phillips 2020). Wie schon in den 1990er Jahren kam auch 2020 das Militär, um die Infrastruktur, die rund um die illegalen Minen entstanden war, zu zerstören, was den Aktivitäten aber keinen Abbruch tat (ebd.). Das *Instituto Nacional de Pesquisas Espaciais* (kurz INPE) veröffentlichte im Februar 2023 einen Bericht, der die Zahlen der illegalen Extraktion in Indigenen Territorien im Norden Brasiliens präsentierte. Zwischen 2016 und 2022 stellten sie eine Verachtfachung der Aktivitäten der *garimpeiros* fest, die meisten davon Jahr 2021 mit 114,26 km² an betroffener Landfläche (vgl. Stabile/Poliana 2023). Vor der Rede des brasilianischen Präsidenten bei der UN-Vollversammlung ein Jahr später, im September 2020, standen 20 Prozent des *Pantanal*-Feuchtgebiets in Flammen, die Brände im Amazonasgebiet hatten im Juli um 28 Prozent zugenommen, so die Analyse der Satellitenbilder von INPE (*Instituto Nacional de Pesquisas Espaciais*). Der wissenschaftliche Bericht zeigte auch, dass 2018 und 2019 eine Fläche von 500 Hektar abgeholzt worden war, was das größte Ausmaß in zehn Jahren darstellte. Laut den Expert*innen gebe es zudem Hinweise, dass große Firmen direkt in die Rodungen eingebunden waren (vgl. Sanches 2020). Bolsonaro widersprach den wissenschaftlichen Berichten, die Zusammenhänge zwischen den häufigen Bränden und der intensiven Abholzung des Regenwaldes nachwiesen. Brasilien sei Opfer einer brutalen Desinformationskampagne („*vítima de brutal campanha de desinformação*“) (Rede Bolsonaro UN-Vollversammlung, 21.9.2021, Übersetzung simultan im Video). Indigene und Mestizen seien für die Brände verantwortlich, da sie in bereits abgeholzten Gebieten Brandrodung für Felder betreiben würden, behauptete der Präsident in der Rede, in der er auch beteuerte, dass Brasilien offen für Investitionen sei („*esta aberto para investimento*“) und er sich gegen den Protektionismus von anderen Ländern und dem Interesse am Amazonas seitens internationaler Organisationen („*globalistas*“) mit ihren dunklen Machenschaften und der Anbiederung an unpatriotische brasilianische Bewegungen, was mit dem Reichtum der Region erkläre ließe.²⁷ (ebd.). Lob gab es einerseits für die brasilianische Agrarwirtschaft, die mehr als 1/3 der Weltbevölkerung ernähren würde, sowie für seine eigene Effizienz, mit der er grundlegende Einrichtungen wie IBAMA, FUNAI und INPE auslösche („*extinguir entidades fundamentais*“). Null Toleranz hätte

²⁶ vgl. auch Gudynas 2019: 27ff.

²⁷ „*explica o apoio de instituições internacionais a essa campanha escorada em interesses escusos que se unem a associações brasileiras, aproveitadoras e impatrióticas, com o objetivo de prejudicar o governo e o próprio Brasil*“. (ebd.)

Ein tragisches Beispiel für seine Inkompetenz als Präsident hinsichtlich der Verpflichtung, allen



65

Nachricht beinhaltete, neben einem übergreifigen Bild, eine Liste mit elf Maßnahmen für die Indigene Bevölkerung, wobei neun davon „Schutzmaßnahmen für Indigene während der Corona-Pandemie“ waren und zwei Punkte sich mit den Maßnahmen für Indigene Gebiete beschäftigten (Tweet Eduardo Bolsonaro 10.8.2022). Zwar waren Ende 2021 90 Prozent der Indigenen Bevölkerung geimpft und wurde die Verteilung von medizinischen Gütern endlich umgesetzt, allerdings geschah dies erst, nachdem die APIB eine Klage eingereicht und der Oberste Gerichtshof (*Supremo Tribunal Federal*, STF) im August 2020 das entsprechende Urteil gesprochen hatte. Die medizinische Versorgung der Indigenen Bevölkerung ist in Brasilien ebenso gesetzlich verankert wie die Garantie auf Ernährungssicherheit. Nur deshalb wurden während der Pandemie Lebensmittelkörbe in Indigenen Gebieten verteilt, wobei die von der Regierung kolportierten Zahlen überhöht waren und Aktivist*innen berichteten, dass die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Sauerstoff vorwiegend durch NGOs erfolgte (vgl. Prange de Oliveira 2022). Die WHO-Organisation *Organização Panamericana de Saúde* (OPAS) stellte in einem Bericht fest, dass die Indigene Bevölkerung fünf Mal so stark von den Auswirkungen der Pandemie betroffen war als die durchschnittliche brasilianische Bevölkerung (ebd.).

In der letzten TV-Debatte mit Lula vor der Wahl 2022 setzte Bolsonaro abermals die Strategie ein, für die schwierige Ausgangslage in der Pandemie die PT-Vorgängerregierungen verantwortlich zu machen: Die Infrastruktur sei dermaßen zerstört gewesen, dass keine Herz-Lungen- bzw. Beatmungsmaschinen verfügbar waren. Menschen wären an Hunger gestorben, weil PT-Gouverneur*innen sie gezwungen hätten, daheim zu bleiben. Bolsonaro hatte die Regelungen für das *social distancing* den einzelnen Bundesstaaten überlassen. Nun beschuldigte er sie, sie hätten willkürlich Schulen und Kirchen geschlossen – beides gegen seinen Willen, denn seine Regierung würde für Bildung und Alphabetisierung stehen²⁹ (vgl. TV-Debatte Lula-Bolsonaro, 16.10.2022). Eine große Schuld trügen auch die Medien, da sie ein „soziales Chaos“ aus der Situation machen würden (ebd.).

An seiner Corona-Politik zeigt sich ein taktisches Moment, das er von Beginn an erfolgreich einsetzte und gekonnt reproduzierte: Als Vertreter des Anti-Establishments und in der Rolle

²⁹ „Nos educamos e alfabetizamos. [...] „Não se fecha, nem em tempo de guerra, que respeito você tem para as religiões? (ebd.)

des Outsiders gelang es ihm, sich von eigenen Entscheidungen zu distanzieren und die Schuld auf andere zu lenken. Als populistischer Führer und „Kandidat des Antisystems“ konnte er gut von den eigenen Skandalen ablenken (Hatzikidi 2021). Die Einführung einer Soforthilfe für Arbeitslose und informell Beschäftigte (*Corona-Voucher*) ließ seine Umfragewerte, insbesondere in den armen Regionen des Südens und des Nordostens, wo große Teile der Bevölkerung ihn nicht gewählt hatten, sofort ansteigen. Die anfangs 600 Reais, später 200 Reais monatlich gingen an 65 Millionen Brasilianer*innen. Seine Regierung hätte umgehend reagiert und die „*bolsa família* mit der *Auxílio Brasil* verdreifacht“ (TV-Debatte Lula-Bolsonaro, 16.10.2022, Übersetzung T.S.). Seine Rede vor der UN-Vollversammlung im Jahr 2021, zu der er trotz Vereinbarung ohne erfolgte COVID-Impfung anreiste und bei der er auf ähnliche Themen wie im Jahr davor zu sprechen kam, wird in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung so zusammengefasst:

Einige Analysten sprachen mit Verweis auf mehrere, nachweislich falsche, übertriebene oder widersprüchliche Darstellungen von einer „Parallel-Realität“. Seine Regierung sei frei von Korruption, sagte Bolsonaro, während Ermittlungen laufen, die unter anderem die Beschaffung von Impfstoffen und selbst mutmaßliche Vergehen seiner Söhne betreffen. Brasilien habe hervorragende Umweltgesetze, sagte er, während die Waldrodung seit seiner Amtsübernahme um mehr als fünfzig % zugenommen hat. Seine Regierung habe die Impfkampagne unterstützt, sagte er, während es Belege dafür gibt, dass Angebote für Impflieferungen über Monate unbeantwortet bleiben und Bolsonaro fürs Impfen lange nur Spott übrig hatte. Bolsonaros Rede dauerte zwölf Minuten, und er sprach nicht zur Welt, sondern zu seinen Anhängern im eigenen Land. Die feiern ihn dafür als Helden. Für alle anderen war Brasiliens Auftritt unbedeutend, wenn nicht gar lächerlich. (Brühwiller 2021)

Der intensive Widerstand gegen seine Umweltpolitik im eigenen Land und die internationalen Reaktionen dürften Bolsonaro dazu bewogen haben, seine Strategie zu adaptieren. Vermutlich auch, um noch als wählbar zu gelten, legte er in bei der Rede vor der UNO im Jahr 2022 seine Angriffstaktik ab und wechselte in einen aktiven Erklärungsdiskurs. Er präsentierte Brasilien als ein Land des Friedens, der internationalen Kooperation, der humanitären Hilfe und als einen schützenden Ort für Geflüchtete aus der Ukraine, Syrien, Afghanistan und aus Venezuela. Menschen, für die er ein Jahr davor nur Häme und Spott übrig hatte, nannte er nun „Brüder und Schwestern“. (Rede Bolsonaro UNO-Vollversammlung 2022. Übersetzung T.S.) Auch hinsichtlich der Themen Umweltschutz und Nachhaltigkeit gab er sich in seiner Ansprache kooperativer: Umweltschutz sei wichtig, meinte er nun, aber er beharrte darauf, dass 20 Millionen Menschen ihre wirtschaftliche Basis im Amazonas-Regenwald hätten und nicht vergessen werden dürften. So habe die Vergabe von Landlizenzen insbesondere an Frauen zu mehr Frieden in der Region geführt. Brasilien sei „ein Land des nachhaltigen und inklusiven Wachstums“ („*um país com crescimento sustentável e inclusivo.*“) (ebd.). Während in der Pandemie die Armut überall gestiegen sei, wäre in Brasilien das Gegenteil der Fall gewesen.

Ein Grund sei die Einführung des Sozialhilfeprogramms *Auxílio Brasil* gewesen, das an fast 20 Millionen Familien ausbezahlt werden würde. Ein weiterer Grund dafür sei „das Gesetz der wirtschaftlichen Freiheit“ („*lei da libertade economica*“) (ebd.), die Privatisierung der Infrastruktur, ausländische Investitionen und die Digitalisierung. Diese nachhaltigen Investitionen und der Einsatz von neuen Technologien hätten das Land zu einem der wichtigsten globalen Nahrungsmittelproduzenten gemacht, der die Erde miternähren könne. Dabei hätten $\frac{2}{3}$ der Fläche Brasiliens native Vegetation und wären 80 Prozent des Amazonas-Regenwaldes unberührt, auch wenn nationale und internationale Medien anderes behaupteten. Die Energiewende sei mit 80 Prozent erneuerbarer Energie – er zählte auch Biokraftstoffe dazu, die er als „modern und nachhaltig“ bezeichnete – bereits vollzogen. Brasilien sei mit seiner – er bekräftigte es nochmals – nachhaltigen Entwicklung Teil der Lösung und Vorbild für die Erde. „Wir können beruhigt sein, wir sind am richtigen Weg. Wir teilen ihn mit den Brasilianer*innen und den Nachbar*innen.“ („*Temos a tranquilidade de estar num bom caminho – compartilhada entre os brasileiros e os vizinhos*“) (Rede Bolsonaro UNO-Vollversammlung 20.9.2022, Übersetzung T.S.). Bolsonaro verabschiedete sich von der UNO-Vollversammlung mit dem Bild von Tausenden Brasilianer*innen, die am Tag der Unabhängigkeit die Straßen säumten, alle an Gott glaubend, an das Vaterland und die Freiheit (ebd.).

8. Fazit

Der in seiner letzten Rede vor der UN-Vollversammlung 2022 gezeichnete Weg führte an einer zweiten Amtszeit Bolsonaros vorbei. Trotz wiederholter Drohungen, dass er eine Niederlage nicht anerkennen würde, musste er spätestens nach dem Sturm auf das Regierungsgebäude in Brasilia, der für ihn mit dem Entzug der Zulassung zu einem politischen Amt bis 2030 endete, erkennen, dass nun die Zeit für die anderen, etwas mehr als 50 Prozent der Brasilianer*innen gekommen war.

Für eine Betrachtung der mittel- und längerfristigen Konsequenzen gilt es gut zu differenzieren. Unter der aktuellen Präsidentschaft von Lula wurden – wie im Wahlkampf angekündigt – diejenigen Maßnahmen zurückgenommen, die im Aktionsradius des brasilianischen Präsidenten liegen und auf die weiter unten noch detaillierter eingegangen wird. Die oben vorgestellten Maßnahmen haben bei Abschluss der vorliegenden Arbeit einen jeweils ganz unterschiedlichen Status: Der Gesetzesentwurf PL 490 mit dem *marco temporal* ist, trotz wiederholter Gegenmaßnahmen seitens Präsident Lula, Umweltministerin Marina Silva und

einiger Parteien noch in Kraft. Das Dekret *Instrução Normativa nº 9* (IN 09) vom 20. April 2020, das die betriebliche Nutzung von noch nicht kartierten Indigenen Gebieten ermöglicht, ist noch immer gültig, auch wenn nach intensivem Widerstand manche Zertifizierungen von agrarindustriellen Betrieben zurückgenommen wurden. Der Gesetzesentwurf PL 191/2020 zur Inwertsetzung von Indigenen Territorien wurde auf Antrag von Präsident Lula zurückgenommen. Die zwei Gesetzesentwürfe PL 2633/2020 und PL 510/2021, die u.a. Landraub und Landtitelfälschung ermöglichen sollten, sind noch nicht ratifiziert. Die brasilianischen Umweltbehörden und die FUNAI als staatliches Organ für Angelegenheiten der Indigenen Bevölkerung Brasiliens sind in Finanzierung und Organisation wiederhergestellt und liegen in den Händen von Expert*innen und Aktivist*innen. Das von Lula im Wahlkampf versprochene Ministerium für Indigene Angelegenheiten führte unter der Leitung von Sônia Guajajara den „Nationalen Rat der Indigenenpolitik“ wieder ein. Ebenso ist das Umweltministerium mit der politischen Aktivistin Marina Silva besetzt. Und schließlich ist Brasilien nach wie vor Mitglied der ILO-Konvention 169 und des Pariser Klimaabkommens.

Bolsonaro ist als großer Zerstörer in seine Amtszeit gegangen und hat damit seine jahrzehntelange Arbeit als Abgeordneter auf einer anderen politischen Entscheidungsebene und im durch seine neue Rolle gestärkten Bündnis mit einflussreichen nationalen und internationalen Eliten fortgesetzt. Er hat mit seinen hegemonialen und gewaltvollen Diskursen die Indigenen Völker und das Habitat Amazonas in der Praxis der gesellschaftlichen Ausgrenzung (Spivak) zu Subalternen gemacht und ihnen eine Assimilierungspolitik angedroht (Franzen 2022: 158). Er hat nicht auf die Forderungen nach finanzieller Mitbestimmung reagiert, weder mit Vertreter*innen der Indigenen Völker geredet, noch ihnen eine legitime Stimme gegeben.

Das Konzept der imperialen Lebensweise bietet wichtige Erklärungsansätze für die Reproduktion herrschaftlicher Strukturen und hegemonialer Normen, die mit dem empirischen Phänomen der imperialen Lebensweise verknüpft sind – unter anderem indem die beiden Ebenen der gesellschaftlichen Strukturen und des Alltagshandelns konsequent zusammengedacht und miteinander verknüpft werden. (Brand/Wissen 2017: 5)

Auch Ökosysteme – den brasilianischen Amazonas-Regenwald, den *Cerrado* und den *Pantanal* hat Bolsonaro „sozial produziert“ (vgl. Wissen 2011: 301):

Solche Räume als unberührte Natur oder als „Wildnis“ zu bezeichnen, ist selbst eine Form der symbolischen Produktion von Natur, die entweder auf Unkenntnis oder auf *konkreten* Interessen beruht. Denn die bisherigen Nutzungsformen und die dahinter stehenden Menschen werden gleichsam symbolisch eliminiert, nachdem sie zuvor bereits physisch verdrängt (das heißt getötet oder umgesiedelt) wurden. Sie werden unsichtbar gemacht, entweder um ein Gebiet unter

Naturschutz zu stellen, es also vor menschlichen Nutzungen bewahren zu können (unter Missachtung des Beitrags der dort Lebenden etwa zur Entwicklung der biologischen Vielfalt, die nun „geschützt“ werden soll), oder aber um es für private oder auch der „nationalen Entwicklung“ dienende Verwertungszwecke zu öffnen (unter Missachtung traditioneller Territorialrechte). (ebd.: 304)

Im Wissen über Gesamtzusammenhänge und Folgen hat Bolsonaro die Gefährdung und Zerstörung der Habitate ermöglicht bzw. vorangetrieben. In seiner ersten Woche im Amt hat er auf Twitter (nun X) folgende Nachricht veröffentlicht: „Less than one million people live in those places isolated from the real Brazil. They are exploited and manipulated by NGOs. Together let’s integrate those citizens and give value to all Brazilians.” (Anderson 2019) Fortschritt und Entwicklung seien nur möglich, wenn auch das Amazonasgebiet als ein Ort der nationalen und internationalen Investitionen angesehen wird. Restriktionen durch Schutzauflagen für Habitate und Indigene würden insbesondere ausländische Investoren abschrecken. Daher dürften Indigene Völker keinen Sonderstatus haben, weil dieser als Konsequenz nicht nur ihre Entwicklungsmöglichkeiten, sondern die aller Brasilianer*innen verhindern würden (ebd.).

Die institutionellen Veränderungen in der Umweltpolitik Bolsonaros wurden rasch eingeleitet, waren tiefgreifend und führten in den Jahren seiner Amtszeit 2019-2022 auch zu deutlichen Konsequenzen. Besonders prägnant analysierte das der Bericht des UN-Sonderberichterstatters Baskut Tuncak, der im Dezember 2019 auf Einladung der brasilianischen Regierung das Land besuchte, um die Auswirkungen der umweltverträglichen Bewirtschaftung und Entsorgung von gefährlichen Stoffen und Abfällen auf die Menschenrechte zu untersuchen. Den Bericht präsentierte er 2020 vor dem *Human Rights Council* der UNO in der Agenda „Promotion and protection of all human rights, civil, political, economic, social and cultural rights, including the right to development“. Tuncak erinnerte daran, dass die UN-Konferenz 1992 mit der vielversprechenden *Rio Declaration* beschlossen worden war, mit einem Dokument, das Staaten rund um die Erde auf dem Weg zu einer nachhaltigen Zukunft leiten sollte. 2009 konnte in Brasilien erstmals die Entkopplung der CO₂-Emissionen von der wirtschaftlichen Entwicklung festgestellt werden, was Anlass zur Hoffnung auf die notwendigen Fähigkeiten und Kapazitäten des Landes in nachhaltiger Entwicklung – auch unter Bedacht auf die Einhaltung der Menschenrechte – gegeben hatte. Bei seiner Reise durch Brasilien musste Tuncak allerdings feststellen, dass Brasilien vom Weg abgekommen sei:

6. However, today Brazil is on a steep path of regression from sustainability and human rights. Images of the rampant burning of the Amazon rainforest have become a frightening visual of this descent and Brazil’s eroding commitment to these international values and principles. Yet, much of this regression is invisible.

7. Prioritizing development at any cost is poisoning Brazil, forcing the burden of inaction on the poor and other marginalized communities. Reports proliferate of corporate capture, corruption and conflicts of interests between Government actors and powerful businesses, advancing a deregulatory agenda. (Tuncak 2021: 3)

Dabei kommt der Rolle Brasiliens im internationalen Handel eine große Bedeutung zu. Tuncak warnt vor dem Versprechen, das auch Bolsonaro vor der UNO gab (s.o.), das Land könne ein wichtiger Nahrungsmittelversorger für den Rest der Welt sein. Werden internationale Standards in Bezug auf Pestizide³⁰ nicht eingehalten, würden sich die Waren auf den internationalen Märkten nicht durchsetzen. Darauf verweist auch Gudynas, wenn er schreibt:

Obwohl Extraktivismen immer lokal sind, da der Abbau der natürlichen Ressourcen an bestimmten Standorten verankert ist, sind sie gleichwohl aber an die Globalisierung gebunden. In gewissem Maße sind sie somit global. Internationale Faktoren wie die Rohstoffpreise oder die Investitionszuflüsse bestimmen maßgeblich ihre Ausweitung oder ihren Rückgang. Damit diese Exporte durchgeführt werden können, müssen sich Unternehmen und Staaten an die Regeln und Strukturen der internationalen Politik halten. (ebd. 2019: 22f.)

Tuncak weist schließlich auf die Konsequenzen hin, die in der vorliegenden Arbeit diskutiert wurden:

8. Brazil appears increasingly exploited by global supply chains capitalizing on weaker standards, oversight and enforcement. For example, Brazil's startling commitment to feed one third of the world by 2030 stands to dramatically increase agrochemical use in ways that would be unacceptable in many export markets such as Europe, while also increasing deforestation, climate change and conflict with indigenous and local communities. (Tuncak 2021: 3)

Sein Bericht enthält auch eine Passage zum Verlust des lebensnotwendigen Habitats Amazonaswald durch Brände und Rodungen. Seine Daten decken sich mit bereits zitierten: Während die Rodungen zwischen 2004 und 2014 um 82 Prozent sanken, was auch auf die Satellitenüberwachung zurückzuführen ist, stieg die Anzahl der Waldbrände ab dem Jahr 2014 stark an, wobei im Jahr 2018 der höchste Negativrekord zu verzeichnen war (ebd.: 9). Der Vorwurf an die neue Regierung lautete, dass sie nichts dagegen unternehmen würde, ganz im Gegenteil: Diejenigen, die Gesetze brechen, würden nicht zur Verantwortung gezogen, sondern durch die mangelhafte Überwachung und die fehlenden Konsequenzen regelrecht animiert werden, während die betroffenen Habitate und Völker keinen Schutz erhielten (ebd.).

³⁰ Tuncak (2021) wies darauf hin, dass sich der Einsatz von Pestiziden in Brasilien von einem sehr hohen Level ausgehend seit dem Jahr 2000 um 338 Prozent erhöht hat (ebd.: 6). Pestizide, die in anderen Ländern schon lange verboten sind, kommen in Brasilien nach wie vor zum Einsatz. Allein im Jahr 2019 wurden 474 neue Produkte zugelassen (ebd.: 8). Er zitierte auch Berichte, in denen Landlose sowie Indigene Gemeinschaften und Bewohner*innen von *Quilombos* mehrmals im Monat im Auftrag lokaler Geschäftsleute mit Pestiziden aus Flugzeugen besprüht wurden, um sie von ihrem Land zu vertreiben (ebd.: 7).

Bolsonaros Narrative zu den anti-ökologischen Maßnahmen, die die Amazonasregion und die dort lebenden Indigenen Völker betrafen, sind weiter oben in zwei Narrative, nämlich in das „antidemokratische Narrativ“ sowie das „Entwicklungsnarrativ“ zusammengefasst. In ihnen sind jeweils einzelne Elemente, viele Mikronarrative zu finden, die an dieser Stelle nochmal kurz in Erinnerung gerufen werden: Eine Konstante war die Betonung der Bedeutung der individuellen Freiheit und der Sicherheit, die er u.a. mit liberaleren Waffengesetzen wiederherstellen wollte. Bolsonaro sah sich als Schutzpatron der traditionellen Familie und der einkommensschwachen, arbeitenden Bevölkerung. *„Mein Bruder, Armer, wir wissen um eure Schwierigkeiten. Wir wissen um das Leiden derjenigen, die im Morgengrauen aufstehen, um zu arbeiten,“*³¹ sagte er bei der letzten TV-Debatte vor der Wahl in die Kamera (TV-Debatte Lula-Bolsonaro, 16.10.2022, Übersetzung T.S.). Obwohl in der Bundesverfassung von 1988 Brasilien als säkulares Land definiert wird, erklärte er Brasilien in seiner Rede vor der UN-Vollversammlung im Jahr 2020 als ein christliches und konservatives Land (Rede Bolsonaro UN-Vollversammlung, 20.9.2020. Übersetzung simultan in Video). Diese Haltung bekräftigte er durch seine Konversion zum Evangelikalen und den Einsatz des einflussreichen Netzwerkes der evangelikalen Pfingstkirchen in Wahlkampf und während der Regierungszeit. Zugleich war die Produktion von Feindbildern eine gängige Praxis in seinen öffentlichen Auftritten und Social Media-Aktivitäten: Dazu zählten: Feminist*innen, die LGBTQIA+-Community, traditionelle Medien und soziale Bewegungen, die nicht in seinem Einflussbereich standen, Indigene Völker, nationale und internationale NGOs, die sich für den Schutz der Amazonasregion sowie deren Bewohner*innen einsetzen. Auch sein Widersacher Lula da Silva und seine Partei, die PT, zählten dazu, ebenso wie die lateinamerikanischen Länder Kuba und Venezuela und deren Landsleute, die nach Brasilien migriert sind. Sie alle wurden – ebenso wie die UNO - mitunter als Kommunist*innen beschimpft. „Komplexitätsreduktion“ bzw. „Sündenbocken“ ist eines der Merkmale des Rechtsextremismus (DÖW 2025: 21).

Die Verletzung der in der Bundesverfassung verankerten Rechte des Schutzes der Indigenen Völker und ihrer Territorien ist als klar antidemokratisch zu bewerten. Die Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates mit Versuchen, ihn einzuschränken, ist als ein Merkmal rechter Politik zu bezeichnen (vgl. Jesse 2017: 17). Die Nicht-Anerkennung von Minderheitenrechten und eine revisionistische Geschichtsbetrachtung sind Merkmale rechter Politik (vgl. DÖW 2025: 20f.). „Jenseits der üblichen Fakenews setzt die extreme Rechte auch

³¹ *„Meu irmão, pobre, sabemos a sua dificuldade, sabemos o seu sofrimento que levanta na madrugada para trabalhar.“* (ebd.)

konsequent auf Kulturkampf: Verteufelt werden alle gesellschaftspolitischen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte. Sowohl Gleichheit wie Vielfalt gelten als Hindernisse auf dem Weg zurück in die gute alte Zeit.“ (Behn 2024a)

Es sind Erzählungen von Helden und Feinbildern, Diskurse über das Recht auf Ausbeutung und über die Zweifel an Wissenschaft und internationaler Kooperation. Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen, darauf weisen auch Schaller/Carius (2019) in ihrer Untersuchung über europäische rechtsautoritäre bzw. rechtspopulistische Politiker*innen hin, brauchen aber andere Haltungen: „The success of international climate policy rests on multilateral cooperation, global responsibility, evidence-based decision-making, and respect for civil and human rights.“ (Schaller/Carius 2019: 14) Diese Voraussetzungen waren unter der Regierung Bolsonaro nicht gegeben. Zu Bolsonaros rechter Politik (Franzen 2022: 36) gehören die (versuchte) Zerstörung von demokratischen Institutionen (vgl. Jesse 2017: 17) ebenso wie die Negierung der Pluralität der Interessen und eine „Ambiguitätsintoleranz“ (DÖW 2025: 20), die Konstruktion bzw. Akzeptanz von Verschwörungsmythen (ebd.: 21) und ein ausgeprägtes Missionsbewusstsein (vgl. Jesse 2017: 17). Auch die Definition von „Autoritarismus“ trifft auf Bolsonaros Politik zu:

Ausgehend von einem negativen Menschenbild wird die (Natur-)Notwendigkeit von rigiden Hierarchien und Herrschaftsverhältnissen – von der (patriarchalen) Familie über die politische Organisation bis hin zu Staat und Gesellschaft – behauptet und die Wichtigkeit der individuellen Bereitschaft zur Einordnung in diese Strukturen betont. (DÖW 2025: 19f.)

Um damit die dritte Forschungsfrage zu beantworten: In der anti-ökologischen Politik Bolsonaros spielten rechte Erzählungen eine maßgebliche Rolle. Mehr noch, es hat sich in der sukzessiven Annäherung gezeigt, dass sowohl die oben als „antidemokratisch“ titulierten und unter „Entwicklung“ subsummierten Narrative durchwegs rechte Narrative sind. Bolsonaro war zwar demokratisch gewählt worden, demokratisch regiert hat er nicht.

Der Journalist und Brasilien-Experte Niklas Franzen hat in dem bereits mehrfach zitierten, 2022 erschienenen Buch „Brasilien über alles. Bolsonaro und die rechte Revolte“ sehr viele Menschen interviewt, darunter (Ex-) Minister*innen, *garimpeiros*, die Indigene Aktivistin Alessandra Korap, Bolsonaro-Wähler*innen und Vertreter*innen der MST. Eine der Thesen dieses Buches ist, dass Bolsonaro für eine neue und moderne Form des Rechtsradikalismus stehe (ebd. 2022: 9). Ein Blick auf die aktuelle Definition von Rechtsradikalismus durch das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands unterstreicht diese Einschätzung (vgl. DÖW 2025: 19ff.) Die zweite These von Franzen ist, dass der „Bolsonarismus“ nicht einfach so verschwinden wird: „Seine Ideen und sein Politikstil sind gekommen, um zu bleiben. Und

sie haben Brasilien bereits verändert. Wir müssen Bolsonaros rechte Revolte verstehen, um – auch anderswo – effektive Gegenmittel zu finden.“ (Franzen 2022: 12)

Die Imperiale Lebensweise ist weder an Zeit noch an einen Ort gebunden. Getragen wird sie auch nicht nur von einer Person. Bolsonaro hat(te) Mitspielende, Nutznießende, Unterstützende und Vorgänger*innen wie die Militärregierung, Getúlio Vargas, „Kompraden“, Imperialisten, die Sklavenhaltergesellschaft und den Kolonialismus. Die Imperiale Lebensweise ist ein System. Die im November 2024 bekannt gewordenen Anschläge, die kurz nach der Amtsübernahme von Präsident Lula gegen ihn, Vize-Präsidenten Geraldo Alckmin und Alexandre de Moraes, Minister des Obersten Gerichtshofs (*Supremo Tribunal Federal*), umgesetzt werden hätten sollen, belasten neben Bolsonaro als Hauptdrahtzieher ein ganzes Netzwerk, darunter einige ehemalige Minister (vgl. Franzen 2022). Dennoch hat seine Partei bei Regionalwahlen im Herbst 2024 großen Zuspruch erfahren. Noch ist die Entscheidung der Staatsanwaltschaft ausständig, ob Anklage erhoben werden wird. Sein Anwalt ist überzeugt, dass „offensichtlich eine Erzählung konstruiert wird.“ (Herrberg 2024)

In einem Treffen mit internationalen Journalist*innen im August 2022 versprach Lula einen Kurswandel, sollte er die Wahlen gewinnen. Die Ermordungen des Experten Bruno Pereira und des britischen Journalisten Dom Phillips nannte er „barbarisch“, so etwas dürfe in Brasilien nicht mehr passieren (vgl. TV-Debatte Lula-Bolsonaro, 16.10.2022, Übersetzung T.S.; vgl. auch Phillips 2022c). Er werde ein Ministerium für Indigene einrichten, so Lula weiter, ein Versprechen, das er während der TV-Debatte gegen Bolsonaro vor dem zweiten Wahlgang nochmals wiederholte. Darüber hinaus werde er die Umweltagenturen wieder etablieren, die Bolsonaro sukzessive geschwächt hatte. Der illegale Goldabbau und die Extraktion von anderen Bodenschätzen würden ebenso unterbunden werden wie die Einnahme von Amazonasgebieten durch Waffen- und Drogenschmuggler. Unter seiner Regierung werde kein einziger Baum mehr Soja-, Mais- oder Zuckerrohrplantagen weichen müssen. Zudem werde er die Bundespolizei stärken, damit auch abgelegene Amazonasregionen geschützt werden könnten (vgl. Phillips 2022a). Bei der letzten TV-Debatte vor der Wahl sagte Lula, dass die Biodiversität des Regenwaldes geteilt werden solle, damit sie der gesamten Menschheit diene, ein Argument, das sein Vorgänger bei seiner letzten Rede vor der UN-Vollversammlung 2022 anwandte: „für das Wohl des brasilianischen Volkes und der Menschheit werden wir die wissenschaftlichen Erkenntnisse mit anderen Ländern teilen müssen. [...] Ein Mensch, der eindringt und raubt ist

ein Bandit. Das wird aufhören.“³² (TV-Debatte Lula-Bolsonaro, 16.10.2022, Übersetzung T.S.) In seiner Rede nach dem Wahlsieg betonte Lula seine Vorhaben erneut. Auch er bediente sich an einfachen und populistischen Narrativen, als er sich an die Brasilianer*innen mit folgenden Worten wandte:

Ich bin der Meinung, dass das Volk genug gelitten hat. Das kann doch nicht sein, dass ein so freundliches Volk, ein liebevolles Volk, das Musik und Samba mag, ein fröhliches Volk, so unter einer faschistischen Regierung leidet. Eine Regierung, die das Volk nicht mochte, die die Schwarze Bevölkerung und die Indigenen Völker nicht mochte. Und meine Antwort an die Indigenen ist, dass wir ein Ministerium der Indigenen Völker schaffen werden, damit sie nie wieder missachtet, nie wieder wie Bürger*innen zweiter Klasse behandelt werden. Wir werden gegen Vorurteile und Rassismus einen harten Kampf führen. Der Rassismus ist eine Krankheit, die wir in diesem Land zum Verschwinden bringen müssen. Das ist einfach nicht möglich. Gott hat uns alle gleich gemacht.³³ (Ansprache Lula nach Verkündung des Wahlsiegs, 31.10.2022. Übersetzung T.S.)

Die wichtigsten Punkte seiner Rede stellen im Sinne einer Neuorientierung der Umwelt- und Klimapolitik (im Amazonasgebiet) folgende dar³⁴:

- Es ist dringend notwendig, den Rassismus, der sich insbesondere gegen die Schwarze Bevölkerung und die Indigenen Völker richtet, zu bekämpfen.
- Der Begriff der Inwertsetzung ist neu zu besetzen und den Ökosystemen den Wert zuzuweisen, den sie haben und verdienen.

³² „[...] em bem do povo brasileiro e em bem da humanidade, porque nos precisamos compartilhar o conhecimento científico com outros países. [...] Quem invade é bandido. [...] E isso vai acabar.“ (ebd.)

³³ „Eu acho que o povo já chega de sofrer, não é possível um povo tão bondoso, povo carinhoso, que gosta de música, povo que gosta de samba, um povo alegre, sofre tanto por um governo fascista, que não gostava do povo, que não gostava de negro, que não gostava de indígena. E a minha resposta para os indígenas é que vamos criar o ministério dos povos originários, para que eles nunca mais sejam desrespeitados, para que eles nunca mais sejam tratados como cidadão de segunda categoria. E vamos ter uma luta feroz contra o preconceito e o racismo. O racismo é uma doença que precisamos extirpar do nosso país. Não é possível. Deus nos fez iguais.“ (ebd.)

³⁴ „O Brasil está pronto para retomar o seu protagonismo na luta contra a crise climática, protegendo todos os nossos biomas, sobretudo a Floresta Amazônica.

Em nosso governo, fomos capazes de reduzir em 80 % o desmatamento na Amazônia, diminuindo de forma considerável a emissão de gases que provocam o aquecimento global. Agora, vamos lutar pelo desmatamento zero da Amazônia. O Brasil e o planeta precisam de uma Amazônia viva. Uma árvore em pé vale mais do que toneladas de madeira extraídas ilegalmente por aqueles que pensam apenas no lucro fácil, às custas da deterioração da vida na Terra. Um rio de águas límpidas vale muito mais do que todo o ouro extraído às custas do mercúrio que mata a fauna e coloca em risco a vida humana.

Quando uma criança indígena morre assassinada pela ganância dos predadores do meio ambiente, uma parte da humanidade morre junto com ela.

Por isso, vamos retomar o monitoramento e a vigilância da Amazônia, e combater toda e qualquer atividade ilegal – seja garimpo, mineração, extração de madeira ou ocupação agropecuária indevida.

Ao mesmo tempo, vamos promover o desenvolvimento sustentável das comunidades que vivem na região amazônica. Vamos provar mais uma vez que é possível gerar riqueza sem destruir o meio ambiente.

Estamos abertos à cooperação internacional para preservar a Amazônia, seja em forma de investimento ou pesquisa científica. Mas sempre sob a liderança do Brasil, sem jamais renunciarmos à nossa soberania.

Temos compromisso com os povos indígenas, com os demais povos da floresta e com a biodiversidade.

Queremos a pacificação ambiental.

Não nos interessa uma guerra pelo meio ambiente, mas estamos prontos para defendê-lo de qualquer ameaça.“ (ebd.)

- Illegalen Aktivitäten am Amazonas muss mit entsprechenden Maßnahmen entgegengetreten werden.
- Es ist Zeit für Solidarität und internationale Kooperation.
- Nachhaltige Entwicklung am Amazonas ist möglich.
- „Wir wollen eine ökologische Befriedung.“ („*Queremos a pacificação ambiental.*“) (ebd.)

Lula hat seit Beginn seiner dritten Amtszeit im Jänner 2023 auf der Policy-Ebene viel umgesetzt: Das Ministerium für Indigene Völker wird von der Umweltaktivistin und Stammesführerin Sônia Guajajara geleitet. Die Handlungsfähigkeit der Behörden ist wiederhergestellt, die Rolle von Polizei und Militär zum Schutz des Amazonasgebietes gestärkt. Dennoch hatte Brasilien im Sommer 2024 die höchste Anzahl an Waldbränden seit vielen Jahren zu verzeichnen, nicht nur im Amazonasgebiet, sondern auch im Feuchtgebiet *Pantanal* und in der Savanne *Cerrado* (vgl. WWF 2024). Vielschichtig sind die Auslöser für den Ökozid, der an diesen einzigartigen Habitaten begangen wird. Komplex sind die Interessen und die Zusammenhänge, an denen auch die EU im Sinne der „grünen Energiewende“ intensiv teilhat.

Rohstoffausbeutung für grüne Ziele wird von staatlichen, internationalen und privatwirtschaftlichen Akteuren sowie Umwelt-NGOs als klimafreundlich, entwicklungsfördernd, nachhaltig, fortschrittlich und ökologisch-modern beschrieben. Im Extraktivismus für grüne Zwecke bildet sich so ein neues grünes Entwicklungsdispositiv heraus, das technologische Lösungen der Klimakrise mit der Chance für ökologische Modernisierung und wirtschaftliche Entwicklung verbindet. (Dietz 2022: 46)

Einzelne Einfuhrbeschränkungen, 2022 beispielsweise für Waren, die in Zusammenhang mit der Abholzung der Amazonasregion standen, sind von der EU bereits beschlossen. Allerdings gelten die Beschränkungen nicht für andere brasilianische Ökosysteme, die ebenso für das globale Klima eine wichtige Rolle spielen, wie beispielsweise die oben erwähnten Gebiete *Pantanal* und *Cerrado*. Auch für Futtermittel bestehen noch keine Mindeststandards, was zur Folge hat, dass Soja weiterhin auf dafür gerodeten Flächen angebaut werden darf. Wenn das Freihandelsabkommen zwischen der EU und der Mercosur-Gruppe (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay und Bolivien) tatsächlich abgeschlossen wird³⁵, würde das den verstärkten Handel mit klima- und gesundheitsschädlichen Waren – Billigfleisch, Pestizide, Autos mit Verbrennungsmotoren – in der dann größten Handelszone der Welt bedeuten. Neben einzelnen europäischen Ländern, die vor allem eine verstärkte Konkurrenz landwirtschaftlicher Produkte

³⁵ Die politische Grundsatzeinigung erfolgte Anfang Dezember 2024 zwischen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und politischen Vertreter*innen der Mercosur-Staaten, darunter Lula da Silva. Damit das Abkommen in Kraft treten kann, ist die Zustimmung aller Mitgliedsländer im Rat der Europäischen Kommission nötig, wobei Frankreich, Italien, Polen und Österreich bislang eine ablehnende Haltung einnehmen.

befürchten, sprechen sich auch NGOs, Umweltinstitute und einzelne politische Parteien gegen das geplante Abkommen aus, verbunden mit dem Hinweis, dass es ein Schritt in die vollkommen falsche Richtung wäre (vgl. Greenpeace 2024). Es würde intensivierte Produktion und höheren Konsum von Waren mit sich bringen, die weder in ihrer Herstellung noch in ihrer Verwendung gesund oder klimaneutral sind. Es wäre eine Verbeugung vor dem neoliberalen globalen Kapitalismus, dessen Wirkungsweise folgend mit dem „Konzept der Imperialen Lebensweise“ kurz so zusammengefasst werden kann:

Der Kerngedanke des Begriffs ist, dass das alltägliche Leben in den kapitalistischen Zentren wesentlich über die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Naturverhältnisse andernorts ermöglicht wird: über den im Prinzip unbegrenzten Zugriff auf das Arbeitsvermögen, die natürlichen Ressourcen und die Senken, also jene Ökosysteme, die mehr von einem bestimmten Stoff aufnehmen, als sie selbst an ihre Umwelt abgeben (wie Regenwälder und Ozeane im Fall von CO₂) – im globalen Maßstab. (Brand/Wissen 2017: 43)

Vielleicht ist es ein Trugschluss, ein Wunsch, eine Hoffnung der Verfasserin, aber je mehr Bolsonaro und andere Akteur*innen der Imperialen Lebensweise Menschen und Natur am Amazonas in Bedrängnis setzten und den Versuch wagten, den Ökozid, die Morde an Aktivist*innen und Indigenen, die Missachtung der Rechte von brasilianischen Bürger*innen mit ihren Narrativen zu rechtfertigen, umso mehr Aufmerksamkeit erfuhren Habitat und Indigene Völker durch die globale Zivilgesellschaft. „Engagierte Intellektuelle“ nach Gramsci, soziale Bewegungen und Dachverbände Indigener Völker – einige sind in dieser Arbeit zitiert – haben sich mit ihren eigenen Erzählungen zumindest in der internationalen Wahrnehmung aus der ihnen im Brasilien Bolsonaros und vieler Regierungen davor zugeschriebenen Position der Subalternen befreit. In den Jahren 2023 und 2024 standen beispielsweise die Indigenen Völker (Brasiliens), ihr künstlerisches Schaffen, ihre politischen Forderungen und die aktuelle Situation im Amazonasbecken und anderen gefährdeten Ökosystemen im Mittelpunkt des Brasilianischen Pavillons und den Hauptausstellungen der Kunst- und Architekturbiennalen in Venedig. Im Weltmuseum Wien wird aktuell eine Ausstellung über ihre künstlerischen Praxen gezeigt.

Das bedeutet nicht, dass sich die Lebensrealitäten der Indigenen Völker in der Amazonasregion tatsächlich und bereits jetzt verbessert hätten. Die Folgen der vier Jahre Bolsonaro sind ökologisch, sozial und gesellschaftlich enorm:

Denn seine Amtszeit hinterlässt eine Spur der Zerstörung. Die Armut steigt immer weiter, der Hunger ist mit aller Wucht zurück, auch die Mittelschicht bekommt das zu spüren. Die Pandemie hat die Situation allenfalls verschlimmert. Das Problem heißt Rechtsautoritarismus und Neoliberalismus. Es ist eine toxische Mischung für die Mehrheit der Bevölkerung. Nicht wenige vermuten, dass die soziale Frage für das Land in den kommenden Jahren bestimmender sein wird

als je zuvor. Das ist eine Chance für die Linke. Wenn sie die Bekämpfung der Ungleichheit ins Zentrum rückt, ohne den Kampf gegen Rassismus, Sexismus und Homofeindlichkeit zu vernachlässigen, gibt es Grund zur Hoffnung. (Franzen 2022: 195f.)

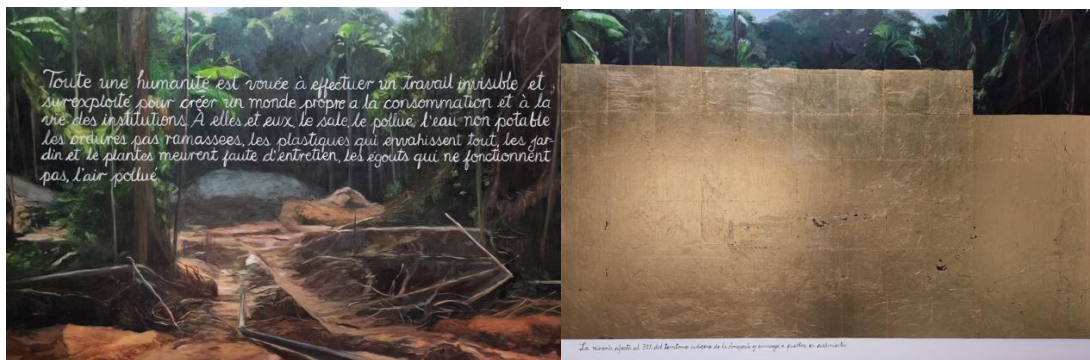


Abbildung 3: Sandra Gamarra Heshiki, *Extincion IX (La doble cara de la Amazonía)* aus der Serie „Pinacoteca Migrante“ (2024). Fotos: T.S., Kunstbiennale Venedig, 2024

Bildunterschrift der Original: Mining affects 31 % of the Indigenous territory of the Amazon and threatens isolated peoples. El Comercio, Lima 2018

Es wird sich zeigen, ob die Maßnahmen, die Lula mit seiner Amtsübernahme im Sinne des Schutzes der Amazonasregion gesetzt hat, nachhaltig verankert werden können. Es ist zu hoffen, dass er seine Politik des Konsens so wiederbeleben kann, dass soziale Bewegungen und die Indigenen Völker mitgestalten können. Wenn bestehende Instrumente nicht ausreichen, dann braucht es eine Erweiterung der Institutionen, steht es sinngemäß im „Handbuch Politische Ökologie“ im Kapitel „Demokratie“ (vgl. Gottschlich/Pichler 2022: 342). Diese Erweiterungen können neue demokratische Formen wie partizipative Umweltgovernance, ökologische Demokratie, in der auch die Rechte der Natur und der künftigen Generationen beachtet werden oder auch direkte Umweltdemokratie sein, damit lokale Gemeinschaften informiert und partizipativ Entscheidungen treffen können. (vgl. ebd. 345). Offen bleibt zudem noch, ob und wie internationale Handelsabkommen oder politische Veränderungen in anderen Ländern auf die Region wirken. Es gilt genau zu beobachten, wie sich die bereits erwähnte „grüne Energiewende“ beispielsweise in Europa gestalten und ob eine sozial-ökologische Transformation angestrebt wird, die, wie der European Green Deal verspricht, tatsächlich niemanden vergisst. Und schließlich werden die nächsten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2026 für Brasilien weichenstellend sein. Auch sei nochmal in Erinnerung gerufen, dass sowohl die Natur als auch die Indigenen Völker und die *Quilombolas* in nationalen und internationalen Abkommen theoretisch Schutz zugesprochen wird, sich aber in Wahrheit – abgesehen von ihnen selbst und NGOs – noch niemand effektiv darum kümmert (vgl. Hausinger 2023). Die Konsequenzen der Waldbrände, die 2024 Habitate zerstörten und deren Indigene Bewohner*innen in eine anhaltende Notsituation brachten, schaffen es nicht mehr in die mediale Berichterstattung. Internationale Entwicklungskooperationen sollten in enger

Zusammenarbeit mit den gut organisierten Dachverbänden der Indigenen Völker und den mittlerweile wieder erstarkten Institutionen der brasilianischen Regierung im Sinne der partizipativen Umweltgovernance agierend angedacht werden.

Aus all diesen Gründen ist es dringend erforderlich, dass Forschende in Internationaler Entwicklung und verwandten Disziplinen Brasilien weiterhin und vermehrt ihre Aufmerksamkeit schenken. Das stille Versprechen, das ich 2019 der brasilianischen Kollegin gab, könnte – vielleicht auch mit der vorliegenden Arbeit – zu einem geteilten Interesse werden. Mit seiner Biodiversität und den ambitionierten Plänen für nachhaltige Entwicklung hätte Brasilien das Potential, ein „Land der Zukunft“ (Stefan Zweig) zu werden. Mit der zweiten Präsidentschaft von Trump in den USA, den aufrecht starken rechten Netzwerken, die den Klimaschutz zum Feindbild gemacht haben, sowie den ungebrochenen politischen Ambitionen von Bolsonaro, kann der Amazonas aber auch der Ort sein, an dem der Wunsch nach ökologischer Befriedung („*Queremos a pacificação ambiental.*“) (vgl. Ansprache Lula nach Verkündigung des Wahlsiegs, 31.10.2022, Übersetzung T.S.) begraben wird.

Danksagung

Ich danke meiner Familie, meinen Eltern und meinen Freund*innen für ihre Ausdauer, ihre Klugheit und für die vielen Narrative der Liebe.

Meiner Betreuerin Kristina Dietz danke ich für ihre Geduld, Klarheit und das geteilte Interesse am Thema.

Literaturverzeichnis

Sekundärliteratur

Alimonda, Héctor (2019): The Coloniality of Nature: An Approach to Latin American Political Ecology, In: *Alternautas*, 6/1. 102-142.

Arantes, Erika B./Farias, Juliana Barreto/Santos, Ynaê Lopes dos (2021): Apresentação Dossiê: Racismo em pauto: „A história que a história não conta“. In: *Revista brasileira de história*, 2021, Vol.41 (88), São Paulo. 15-32.

Becker, Joachim (2011): Klassen und Politik in der Peripherie. In: Ataç, Ilker/Kraler, Albert/Ziai, Aram (Hg.): *Politik und Peripherie. Eine politikwissenschaftliche Einführung*. Wien: Mandelbaum Verlag. 153-168.

Boos, Tobias/Seidl, Gregor (2017): Rise of the Latin American Middle Class – or (Statistical) Storm in a Teapot? In: *Journal für Entwicklungspolitik: Middle Class in Latin America*. 4/2017. Wien: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik. 4-15.

Boos, Tobias/Brand, Ulrich (2019): Lateinamerika: Nach dem Ressourcenboom und progressiven Politiken zurück auf Los? In: *Zur Diskussion gestellt. ifo Schnelldienst* 24/2019. 72. Jahrgang. München: ifo Institut für Wirtschaftsforschung. 6-9.

Boos, Tobias/Jenss, Alke/Lehmann, Rosa (Hgg.) (2021): *Sozialstruktur in Lateinamerika. Dynamiken und Akteure im 21. Jahrhundert*. Wiesbaden: Springer VS.

Boris, Dieter/Gerstenlauer, Therese/Jenss, Alke/Schank, Kristy/Schulten, Johannes (Hgg.) (2008): *Sozialstrukturen in Lateinamerika. Ein Überblick*. Wiesbaden: VS Verlag.

Boris, Dieter (2020): Rechts- und Linkstendenzen in Lateinamerika. Zur „sozialen Grammatik“ beständiger Pendelausschläge. In: Eser, Patrick/Witthaus, Jan-Henrik (Hgg.): *Rechtswende in Lateinamerika. Politische Pendelbewegungen, sozio-ökonomische Umbrüche und kulturelle Imaginarien in Geschichte und Gegenwart*. Wien: Mandelbaum Verlag. 32-67.

Brand, Ulrich/Dietz, Kristina (2013): Dialektik der Ausbeutung. Der neue Rohstoffboom in Lateinamerika. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 11/2013. Berlin: Blätter Verlagsgesellschaft. 75-84.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. München: oekom.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus: Website Imperiale Lebensweise: <https://imperiale-lebensweise.de/> [Zugriff wiederholt seit: 6.2022]

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2018): Imperial Mode of Living. In: *Krisis. Journal for contemporary philosophy*. 2/2018. University of Groningen Press.

Brand, Ulrich/Dietz, Kristina (2022): (Neo-)Extraktivismus. In: Gottschlich, Daniela/Hackfort, Sarah/Schmitt, Tobias/von Winterfeld, Uta (2022) (Hgg.): *Handbuch Politische Ökologie. Theorien, Konflikte, Begriffe, Methoden*. Bielefeld: transcript Verlag. 245-253.

Bringel, Breno/Falero, Alfredo (2016): Movimientos sociales, gobiernos progresistas y estado en América Latina: transiciones, conflictos y mediaciones In: *Caderno CRH*. Vol. 29/3. Universidade Federal da Bahia. <http://dx.doi.org/10.1590/S0103-49792016000400003>

Burchardt, Hans-Jürgen/Dietz, Kristina (2014): (Neo-)extractivism – a new challenge for development theory from Latin America, In: Third World Quarterly, Vol. 35/3, London: Taylor & Francis Journals. 468-486.

Burchardt, Hans-Jürgen (2016): Zeitenwende? Lateinamerikas neue Krisen und Chancen. In: Bundeszentrale für Politische Bildung (Hg.): Zeitenwende in Lateinamerika. APuZ 39/2016. Bonn. 4-9.

Burchardt, Hans-Jürgen (2020): Lateinamerikas Rechtsruck. Zur Verantwortung der progressiven Regierungen. In: Eser, Patrick/Witthaus, Jan-Henrik (Hgg.): Rechtswende in Lateinamerika. Politische Pendelbewegungen, sozio-ökonomische Umbrüche und kulturelle Imaginarien in Geschichte und Gegenwart. Wien: Mandelbaum Verlag. 266-286.

CEPAL (Comisión Económica para América Latina y el Caribe) (2019) : Anuario Estadístico de América Latina y el Caribe 2018. CEPAL: Santiago de Chile.

Dietz, Kristina (2019): Contesting claims for democracy: The role of narratives in conflicts over resource extraction. In: The Extractive Industries and Society. Vol. 6/2, April 2019. 510-518.

Dietz, Kristina (2022): Grüne Energiewende und Rohstoffausbeutung. Herausforderungen für die Degrowth-Bewegung. In: Springerin Heft 3, Herbst 2022: De-Growth. Wien: Verein Springerin. 44-47.

Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands (DÖW) (2025): Rechtsextremismus in Österreich 2023. Unter der Berücksichtigung der Jahre 2020 bis 2022. Ein Bericht verfasst von der Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes im Auftrag des Bundesministeriums für Inneres und des Bundesministeriums für Justiz Wien, 2025.
https://www.doew.at/cms/download/2ga0l/rechtsextremismus_in_oe_2023.pdf

Drekonja-Kornat, Gerhard (2005): Brasilien. Boom der Ungleichheit. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/2005. Berlin: Blätter Verlagsgesellschaft. 407-409.

Eser, Patrick/Jens, Anke/Schulten, Johannes/Tottir, Anne (Hgg.) (2018): Globale Gleichgewichte und soziale Transformationen. Beiträge von Dieter Boris aus 50 Jahren zu Lateinamerika, Klassenanalyse und Bewegungspolitik. Wien: Mandelbaum Verlag.

Eser, Patrick/Witthaus Jan-Henrik (2020): Einleitung: Radiographien der Rechtswende in Lateinamerika zwischen Ideengeschichte, politischer Kulturforschung und den hard facts des Politisch-Ökonomischen. In: Rechtswende in Lateinamerika. Politische Pendelbewegungen, sozio-ökonomische Umbrüche und kulturelle Imaginarien in Geschichte und Gegenwart. Wien: Mandelbaum Verlag. 7-19.

Franzen, Niklas (2022): Brasilien über alles. Bolsonaro und die rechte Revolte. Berlin/Hamburg: Assoziation A.

Fritz, Barbara (2019): Nach dem „Moment der Gleichheit“: Drei Thesen zur Krise Lateinamerikas. In: Lateinamerika: Nach dem Ressourcenboom und progressiven Politiken zurück auf Los? Zur Diskussion gestellt. ifo Schnelldienst 24/2019. 72. Jahrgang. München: ifo Institut für Wirtschaftsforschung. 13-17.

Gottschlich, Daniela/Pichler, Melanie (2022): Demokratie. In: Gottschlich, Daniela/Hackfort, Sarah/Schmitt, Tobias/von Winterfeld, Uta (Hgg.): Handbuch Politische Ökologie. Theorien, Konflikte, Begriffe, Methoden. Bielefeld: transcript Verlag. 341-350.

- Grosfoguel, Ramón (2011): Decolonizing Post-Colonial Studies and Paradigms of Political-Economy: Transmodernity, Decolonial Thinking, and Global Coloniality. In: Journal TRANSMODERNITY: Journal of Peripheral Cultural Production of the Luso-Hispanic World, 1(1).
<https://escholarship.org/uc/item/21k6t3fq>
- Gudynas, Eduardo (2019): Extraktivismen. Erscheinungsformen und Nebenwirkungen. In: Ramírez, Martín/Schmalz, Stefan: Extraktivismus: Lateinamerika nach dem Ende des Rohstoffbooms. München: oekom verlag. 19-38.
- Han, Byung-Chul (2023): Die Krise der Narration. Berlin: Matthes & Seitz.
- Hunter, Wendy/Power, Timothy (2019): Bolsonaro and Brazil's Illiberal Backlash: Journal of Democracy, Vol. 30, 1/2019. Washington: Johns Hopkins University Press. 68-82.
- Jenss, Alke/Lehmann, Rosa/Boos, Tobias (2008): Einleitung: Sozialstrukturen in Bewegung. Sozialstrukturen in Lateinamerika. Ein Überblick. Wiesbaden: VS Verlag. 1-23.
https://doi.org/10.1007/978-3-658-34428-3_1
- Jesse, Eckhard (2017): Rechtsextremismus in Deutschland: Definition, Gewalt, Parteien, Einstellungen. In: Neue Kriminalpolitik, 29(1). Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. 15–35.
<http://www.jstor.org/stable/26315667>
- Kaller-Dietrich, Martina (2009): Las Américas im Vergleich – *Good Neighbors* im Schatten der „Zweiten Conquista“. In: Englert, Birgit/Grau, Ingeborg/Komlosy, Andrea (Hgg.): Nord-Süd-Beziehungen. Kolonialismen und Ansätze zu ihrer Überwindung. Wien: Mandelbaum Verlag. 123-144.
- Kaltmaier, Olaf (2011): Hacienda, Staat und indigene Gemeinschaft. Kolonialität und politisch-kulturelle Grenzverschiebungen von der Unabhängigkeit bis in die Gegenwart. In: Wehr, Ingrid/Burchardt, Hans-Jürgen (Hgg.): Soziale Ungleichheiten in Lateinamerika. Neue Perspektiven auf Wirtschaft, Politik und Umwelt. Baden-Baden: Nomos. 29-44.
- Klein, Naomi (2020): Die Entscheidung. Kapitalismus vs. Klima. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch.
- Krams, Mathias/Preiser, Anna (2021): Intro: Die imperiale Lebensweise ‚at work‘ in Lateinamerika. Zur Wirkungsweise eines ausbeuterischen Verhältnisses. In: Journal für Entwicklungspolitik XXXVII, 4/2021, Wien: Mattersburger Kreis. 4-26.
- Kuckartz, Udo/Rädiker, Stefan (2024): Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Umsetzung mit Software und künstlicher Intelligenz. 6., überarbeitete und erweiterte Auflage. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Kuppe, René (2019): Indigene Völker und die Diskurse über Menschenrechte und Selbstbestimmung. In: Hladschik, Patricia/Steinert, Fiona (Hgg.): Menschenrechten Gestalt und Wirksamkeit verleihen. Wien/Graz: NWV. 103-112.
- Massuh, Gabriela/Fornillo, Bruno/Moreno, Camila/Brand, Ulrich (2021): Dialogue: The Imperial Mode of Living wins until its own death – On green capitalism and the struggles of social movements at its margins In: Journal für Entwicklungspolitik XXXVII, 4/2021. Wien: Mattersburger Kreis. 27-43.
- Polletta, Francesca/Chen, Pang Ching Bobby (2017): Narrative and social movements. In: Alexander, Jeffrey C./Jacobs, Ronald N./Smith, Philip (Hg.): The Oxford Handbook of Cultural Sociology. Oxford Handbooks. Online edition. Oxford Academic. 487-506.
<https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780195377767.013.18>

Prutsch, Ursula (2019a): Populism in Brasil. Getúlio Vargas and Jair Bolsonaro. In: Paul, Heike/ Prutsch, Ursula/Gebhart, Jürgen (Hgg.): The Comeback of Populism: Transatlantic Perspectives. Heidelberg: Universitätsverlag Winter. 275-291.

Prutsch, Ursula (2019b): Populismus in den USA und Lateinamerika. Hamburg: VSA Verlag.

Quijano, Aníbal (2014): Colonialidad del poder, eurocentrismo y América Latina
In: Cuestiones y horizontes : de la dependencia histórico-estructural a la colonialidad/descolonialidad del poder. Buenos Aires: CLACSO.777-832.

Ribeiro, Djamila (2020): Considerations of Amefricanity. In: Sandham, Ann (Hg.): Women`s Voices. The Women Writers´ Handbook. London: Aurora Metro Publications. 134-142.

Santos, Fabio Luis Barbosa dos (2020): O Brasil de Bolsonaro. Cadernos do CEAS: Revista Crítica de Humanidades. Volume 45, 250/2020. Salvador/Recife. 448-470.

Schaller, Stella/Carius, Alexander: Convenient Truths (2019): Mapping climate agendas of right-wing populist parties in Europe. Berlin: adelphi.

Souza, Jessé (2020): Gefahr für Brasilien. Die neue Rechte im Kontext des Rassismus, der USA und des organisierten Verbrechens. In: Eser, Patrick/Witthaus, Jan-Henrik (Hgg.): Rechtswende in Lateinamerika. Politische Pendelbewegungen, sozio-ökonomische Umbrüche und kulturelle Imaginarien in Geschichte und Gegenwart. Wien: Mandelbaum Verlag. 287-294.

Stefani, Silvia (2021): Building Mistrust. `Minha Casa Minha Vida´ and its Political Effects in Rio de Janeiro. In: Bulletin of Latin American Research. Liverpool: University of Liverpool. 1-15.

Svampa, Maristella (2020): Epochenwechsel in Lateinamerika. Progressive Regierungen, Extraktivismus und soziale Bewegungen. Münster: Unrast Verlag.

Wissen, Markus (2011): Umwelt- und Ressourcenpolitik. In: Ataç, Ilker/Kraler, Albert/Ziai, Aram (Hgg.): Politik und Peripherie. Eine politikwissenschaftliche Einführung. Wien: Mandelbaum Verlag. 301-315.

Zhour, Andréa (2022): Anti-Ökologismus in Brasilien. Von schleichender zu offener Gewalt. In: Dietz, Kristina/Peter, Stefan/Schnepel, Christina (Hgg.): Corona in Lateinamerika. Baden-Baden: Nomos. 189-203.

Quellen

Agência Câmara de Notícias: Projeto do governo viabiliza exploração de minérios em terras indígenas. 6.2.2020.

<https://www.camara.leg.br/noticias/634893-projeto-do-governo-viabiliza-exploracao-de-minerios-em-terras-indigenas/>

[Zugriff: 8.1.2024]

Brazilian Civil Society (2021): A Letter from Brazilian Civil Society to the Government of The United States of America. 6.4.2021.

https://www.oc.eco.br/wp-content/uploads/2021/04/A-LETTER-FROM-BRAZILIAN-CIVIL-SOCIETY-TO-THE-GOVERNMENT-OF-THE-UNITED-STATES-OF-AMERICA_E.pdf

[Zugriff: 10.1.2023]

Confederação Nacional dos Trabalhadores na Saúde (CNTS) (2019):

<https://cnts.org.br/noticias/participacao-de-mulheres-no-governo-bolsonaro-e-uma-das-menores-do-mundo/> 13.3.2019.

[Zugriff: 22.10.2022]

Frente Parlamentar da Agropecuária (2021): A Denúncia da Convenção nº 169 da OIT. 5.11.2021.

<https://fpagropecuaria.org.br/2021/08/12/a-denuncia-da-convencao-no-169-da-oit/>

[Zugriff: 8.1.2024]

International Labour Organization (2007): C169 - Indigenous and Tribal Peoples Convention, 1989. Jakarta: International Labour Office.

https://www.ilo.org/sites/default/files/wcmsp5/groups/public/%40asia/%40ro-bangkok/%40ilo-jakarta/documents/publication/wcms_124013.pdf

[Zugriff: 20.5.2023]

Poder360 (2022): Artistas divulgam vídeo com leitura da carta pela democracia. 10.8.2022.

<https://www.poder360.com.br/eleicoes/artistas-divulgam-video-com-leitura-da-carta-pela-democracia/>

[Zugriff: 10.8.2022]

Senado Federal (2016): Constituição da República Federativa do Brasil (1988): texto constitucional promulgado em 5 de outubro de 1988, com as alterações determinadas pelas Emendas Constitucionais de Revisão nos 1 a 6/94, pelas Emendas Constitucionais nos 1/92 a 91/2016 e pelo Decreto Legislativo no 186/2008. (Verfassung der Föderativen Republik Brasilien (1988): Verfassungstext verkündet am 5. Oktober 1988, mit den Änderungen durch die Verfassungsänderungen: Änderungsanträge Nr. 1 bis 6/94, Verfassungsänderungen Nr.1/92 bis 91/2016 und Gesetzesdekret 186/2008.) Brasília: Senado Federal. Coordenação de Edições Técnicas.

https://www2.senado.leg.br/bdsf/bitstream/handle/id/518231/CF88_Livro_EC91_2016.pdf

[Zugriff wiederholt seit: 12/2022]

Gesetzesvorschläge und Dekrete

Câmara dos Deputados : Projeto de Lei (PL) 490/2007

<https://www.camara.leg.br/proposicoesWeb/fichadetramitacao?idProposicao=345311&fichaAmigavel=nao>

[Zugriff wiederholt seit: 8/2022]

Câmara do Deputados (2019): Discurso José Ricardo. 14.2.2019.

<https://www.camara.leg.br/internet/SitaqWeb/TextoHTML.asp?etapa=5&nuSessao=8.2019&nuQuarto=74195&nuOrador=4&nuInsercao=4&dtHorarioQuarto=09:40&sgFaseSessao=BC&Data=14/02/2019&txApelido=JOS%C3%89%20RICARDO&txFaseSessao=Breves%20Comunica%C3%A7%C3%B5es&txTipoSessao=Deliberativa%20Extraordin%C3%A1ria%20-%20CD&dtHoraQuarto=09:40&txEtapa=>

[Zugriff: 12/2024]

Câmara dos Deputados (2020a): Projeto de Lei (PL) 191/2020

<https://www.camara.leg.br/proposicoesWeb/fichadetramitacao?idProposicao=2236765&fichaAmigavel=nao>

[Zugriff wiederholt seit: 9/2022]

Câmara dos Deputados (2020b): Projeto do governo viabiliza exploração de minérios em terras indígenas. 6.2.2020: <https://www.camara.leg.br/noticias/634893-projeto-do-governo-viabiliza-exploracao-de-minerios-em-terras-indigenas/>

[Zugriff wiederholt seit: 2/2022]

Repórter Brasil: Ruralômetro: <https://ruralometro2022.reporterbrasil.org.br/politicos/jose-ricardo>

[Zugriff wiederholt seit: 4/2023]

Senado Federal (2020): Projeto de Lei (PL) 2633/2020
<https://www25.senado.leg.br/web/atividade/materias/-/materia/149358>
[Zugriff wiederholt seit: 8/2022]

Senado Federal (2021): Projeto de Lei (PL) 510/2021
<https://www25.senado.leg.br/web/atividade/materias/-/materia/146639>
[Zugriff wiederholt seit: 9/2022]

Ministério da Justiça e Segurança Pública/Fundação Nacional do Índio (2020): Instrução normativa nº 9 (IN 09). 22.4.2020.
<https://www.gov.br/funai/pt-br/arquivos/conteudo/dpt/pdf/instrucao-normativa-09.pdf>
[Zugriff wiederholt seit: 10/2022]

Reden/Interviews/TV-Debatten (in chronologischer Reihenfolge)

IstoÉ Publicações (2004): Bolsonaro attackiert die Abgeordnete Maria do Rosário vor laufender Kamera
<https://www.youtube.com/watch?v=LD8-b4wvIjc>
[Zugriff: 10.3.2024]

Rede Amtsantritt Bolsonaro, 1.1.2019.
<https://www.gov.br/mre/pt-br/centrais-de-conteudo/publicacoes/discursos-artigos-e-entrevistas/presidente-da-republica/presidente-da-republica-federativa-do-brasil-discursos/jair-messias-bolsonaro-2019-2022/discurso-do-presidente-da-republica-jair-bolsonaro-durante-cerimonia-de-recebimento-da-faixa-presidencial-brasilia-1-de-janeiro-de-2019>
[Zugriff: 16.10.2022]

Pressekonferenz Bolsonaro/Trump im Weißen Haus. 19.3.2019.
<https://trumpwhitehouse.archives.gov/briefings-statements/remarks-president-trump-president-bolsonaro-federative-republic-brazil-joint-press-conference/>
[Zugriff: 24.10.2022]

Rede Bolsonaro UN-Vollversammlung. 24.9.2019. Übersetzung simultan im Video.
<https://www.youtube.com/watch?v=z342lsw9LWA>
[Zugriff: 10.8.2022]

Canal Rural (2020): Ministro Salles sugere que a pandemia é oportunidade para aprovar leis. 25.5.2020. <https://www.youtube.com/watch?v=tzwPbqFpz2o>
https://www.youtube.com/watch?v=th6_TgyYEMY
[Zugriff: 18.11.2022]

Rede Bolsonaro UN-Vollversammlung, 20.9.2020. Übersetzung simultan im Video.
<https://www.youtube.com/watch?v=BOQjLw9N6Pc>
[Zugriff: 10.8.2022]

Rede Bolsonaro UN-Vollversammlung, 21.9.2021.
<https://www.youtube.com/watch?v=EmiKQDVtDds>
[Zugriff: 12.8.2022]

Interview Bolsonaro, Online-Sender Flow. 8.8.2022.
<https://www.youtube.com/watch?v=EToS1HBw64Q>
[Zugriff: 8.8.2022]

Tweet Eduardo Bolsonaro, 10.8.2022.

<https://web.archive.org/web/20220831135538/https://twitter.com/BolsonaroSP/status/1557124841043623941>

[Zugriff: 24.10.2022]

Estado de Direito sempre, 10.8.2022.: Verlesung des Briefes an die Brasilianer*innen in der Verteidigung des demokratischen Rechtsstaates:

<https://www.estadodedireitosempre.com/>

[Zugriff: 10.8.2022]

Rede Bolsonaro UN-Vollversammlung, 20.9.2022. Übersetzung simultan im Video.

<https://www.youtube.com/watch?v=BOQjLw9N6Pc>

[Zugriff: 20.9.2022]

TV-Debatte Lula-Bolsonaro, 16.10.2022. Grupo Bandeirantes/UOL/TV Cultura/Folha de São Paulo. (Übersetzung T.S.) <https://www.youtube.com/watch?v=iYVvk1CeIs60>

[Zugriff live: 16.10.2022]

Live-Interview mit Jair Bolsonaro. Poder 360, 24.10.2022.

<https://www.youtube.com/watch?v=MYdhIY7Di3k>

[Zugriff live: 24.10.2022]

Ansprache Lula nach Verkündigung des Wahlsiegs. 31.10.2022. Übersetzung T.S.

<https://g1.globo.com/politica/eleicoes/2022/noticia/2022/10/31/leia-e-veja-a-integra-dos-discursos-de-lula-apos-vitoria-nas-eleicoes.ghtml>

[Zugriff: 3.11.2022]

Weitere Quellen online

Agência Pública de Jornalismo Investigativo/Comissão Pastoral da Terra (CPT) (o.J.): Mapa dos conflitos. <https://mapadosconflitos.apublica.org/mapa>

[Zugriff wiederholt seit: 5/2022]

Amazonia for Life (2021): Protect 80% by 2025: Urgent Call for Global Pact to protect 80 % of the Amazon by 2025. <https://amazonia80x2025.earth/declaration/#declaration>

[Zugriff: 10.10.2022]

APIB oficial (2021): Brazil's Federal Supreme Court postpones decisive trial; indigenous peoples keep their resistance against the Marco Temporal thesis. 30.6.2021.

<https://apiboficial.org/2021/06/30/brazils-federal-supreme-court-postpones-decisive-trial-indigenous-peoples-keep-their-resistance-against-the-marco-temporal-thesis/?lang=en>

[Zugriff: 10.2.2022]

Behn, Andreas (2024a): Die autoritäre Rechte in Lateinamerika. In: Rosa Luxemburg Stiftung.

21.8.2024. <https://www.rosalux.de/news/id/52437/die-autoritaere-rechte-in-lateinamerika>

[Zugriff: 12.1.2025]

Behn, Andreas (2024b): Die kolonialen Wurzeln des Rechtsextremismus. In: Rosa Luxemburg Stiftung. 21.11.2024. <https://www.rosalux.de/news/id/52760/die-kolonialen-wurzeln-des-rechtsextremismus>

[Zugriff: 12.1.2025]

Bertelsmann Stiftung, BTI (2020): Country Report — Brazil. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung

https://bti-project.org/fileadmin/api/content/en/downloads/reports/country_report_2020_BRA.pdf
[Zugriff: 20.6.2022]

Bertelsmann Stiftung, BTI (2022): Country Report — Brazil. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
https://bti-project.org/fileadmin/api/content/en/downloads/reports/country_report_2022_BRA.pdf
[Zugriff: 8.4.2023]

Binkowski, Caroline (2022): Drei Jahre Bolsonaro: Drei Jahre Umweltzerstörung in Brasilien. In: Greepeace. 17.01.2022. <https://www.greenpeace.de/biodiversitaet/waelder/waelder-erde/drei-jahre-bolsonaro-drei-jahre-umweltzerstoerung-brasilien>
[Zugriff: 10.4.2022]

Bödefeld, Mareike (2024): Brasilien: Der lange Schatten der Militärdiktatur. In: Heinrich Böll Stiftung. 8.4.2024. <https://www.boell.de/de/2024/04/08/brasilien-der-lange-schatten-der-militaerdiktatur#:~:text=Die%20%C3%A4ngste%20Milit%C3%A4rdiktatur%20Lateinamerikas,beriets%20durch%20einen%20Milit%C3%A4rputsch%20gegr%C3%BCndet>
[Zugriff: 10.5.2024]

Branford, Sue/Torres, Maurício (2021): As climate summit unfolds, no Biden-Bolsonaro Amazon deal forthcoming. In: Mongabay. 22.4.2021.: <https://news.mongabay.com/2021/04/as-climate-summit-unfolds-no-biden-bolsonaro-amazon-deal-forthcoming/>
[Zugriff: 16.9.2022]

Brazão, Mariana/Bartilotti Picanço, Lara/Tosi, Natália (2021): Interview with Eloy Terena, Indigenous Land Rights Activist in Brazil. Wilson Center. 9.8.2021. <https://www.wilsoncenter.org/blog-post/interview-eloy-terena-indigenous-land-rights-activist-brazil>
[Zugriff: 16.10.2023]

CIMI (Conselho Indigenista Missionário) (2021): Relatório: Violência Contra os Povos Indígenas no Brasil. Dados de 2020. <https://cimi.org.br/2021/10/im-pandemie-jahr-2020-nahmen-invasionen-in-indigene-landgebiete-und-morde-an-indigenen-zu/>
[Zugriff: 20.8.2022]

Coordinadora de las Organizaciones Indígenas de la Cuenca Amaónica (COICA) Website:
<https://coicamazonia.org/>
[Zugriff wiederholt seit: 12.12.2022]

Datafolha. Instituto de Pesquisas (2022): Eleições 2022.
<https://datafolha.folha.uol.com.br/eleicoes/2022/>
[Zugriff wiederholt seit: 10.9.2022]

Europäisches Parlament (2022): Entschließung des Europäischen Parlaments vom 7. Juli 2022 zu der Situation von Verteidigern indigener Rechte und von Umweltschützern in Brasilien, einschließlich der Ermordung von Dom Phillips und Bruno Pereira. 7.07.2022.
https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0292_DE.html.
[Zugriff: 10.8.2022]

Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO)/ Indigenous Peoples of Latin America and the Caribbean (FILAC) 2021: Forest governance by indigenous and tribal peoples.
<http://www.fao.org/3/cb2953en/cb2953en.pdf>
[Zugriff: 16.11.2022]

Fundação Nacional do Índio (FUNAI) Website:
<https://www.gov.br/funai/pt-br>
[Zugriff wiederholt seit: 12.10.2022]

Gesellschaft für bedrohte Völker (2022): Pressemitteilung (26.9.2022): Wahlen in Brasilien (2.10.). 182 Indigene kandidieren. <https://www.gfbv.de/de/informieren/presse/>
[Zugriff: 28.9.2022]

Global Alliance of Territorial Communities (o.J.): <https://globalalliance.me/>
[Zugriff wiederholt seit: 12.10.2022]

Global Forest Watch (o.J.): <https://www.globalforestwatch.org/dashboards/country/BRA/>
[Zugriff wiederholt seit: 12.10.2022]

Greenpeace (2022): Dangerous man, dangerous deals. Why the EU should not strengthen relations with Bolsonaro. https://www.greenpeace.de/publikationen/Drei%20Jahre%20Bolsonaro_0.pdf
[Zugriff: 8.1.2023]

Greenpeace (2024): Der Giftvertrag EU-Mercosur. 11.12.2024.
<https://www.greenpeace.de/biodiversitaet/waelder/waelder-erde/eu-mercotur-abkommen>
[Zugriff: 28.12.2024]

Hatzikidi, Katerina (2020): Dois anos após a eleição de Bolsonaro: o Brasil em perpétua campanha eleitoral. In: opendemocracy.net. 20.11.2020
<https://www.opendemocracy.net/pt/dois-anos-eleicao-bolsonaro-brasil-perpetua-campanha-eleitoral/>
[Zugriff: 12.9.2022]

Hatzikidi, Katerina (2021): Is there a ‘third way’ for Brazil? In: opendemocracy.net. 12.05.2021.
<https://opendemocracy.net/pt/dois-anos-eleicao-bolsonaro-brasil-perpetua-campanha-eleitoral/>
[Zugriff: 12.9.2022]

Hausinger, Ingrid (2023): Indigene Rechte. Theoretisch geschützt. Praktisch ausgebeutet. In: Heinrich Böll Stiftung. 5.10.2023. <https://www.boell.de/de/2023/10/05/theoretisch-geschuetzt-praktisch-ausgebeutet>
[Zugriff: 20.1.2024]

Instituto Brasileiro der Geografia e Estatística (IBGE) Website: <https://indigenas.ibge.gov.br/>
[Zugriff wiederholt seit: 12.10.2022]

Intervoces (o.J.): Coletivo brasil de comunicação social. <https://intervoces.org.br/>
[Zugriff wiederholt seit: 18.11.2022]

Magalhães, Ana (2018): ‘Predatory agribusiness’ likely to gain more power in Brazil election: report. In: Mongabay. 28.09.2018. <https://news.mongabay.com/2018/09/predatory-agribusiness-likely-to-gain-more-power-in-brazil-election-report/>
[Zugriff: 6.10.2022]

Medeiros, Débora/Motta, Renata (2019): Ein Blick aus der Bewegungsforschung auf den Rechtsruck in Brasilien. https://protestinstitut.eu/bewegungsforschung-in-brasilien/#_edn9
[Gedruckt erschienen in: Forschungsjournal Sozial Bewegungen, Jg. 32, Heft 4.2019.]
[Zugriff: 28.12.2023]

Media Ownership Monitor Brazil (2017): <http://brazil.mom-rsf.org/>
[Zugriff: 20.5.2022]

Milz, Thomas (2020): Beim Klima legt Brasilien den Rückwärtsgang ein. In: Blickpunkt Lateinamerika. 14.12.2020. <https://www.blickpunkt-lateinamerika.de/artikel/beim-klima-legt-brasilien-den-rueckwaertsgang-ein/>
[Zugriff: 14.3.2023]

Mitchell-Walthour, Gladys: Brazil's October 2 Election Results Evoke Disappointment and Hope. In: NACLA Report on the Americas. 4.10.2022. <https://nacla.org/brazil%E2%80%99s-october-2-election-results-evoke-disappointment-and-hope>

[Zugriff: 6.10.2022]

Mongabay (2021): Brazil's Bolsonaro vowed to work with Indigenous people. Now he's investigating them. 4.5.2021. In: Mongabay. 4.5.2021. <https://news.mongabay.com/2021/05/brazils-bolsonaro-vowed-to-work-with-indigenous-people-now-hes-investigating-them/>

[Zugriff: 8.5.2023]

Muggah, Robert (2020): Bolsonaro ataca inimigos reais e imaginários na Assembleia Geral da ONU. In: <https://www.opendemocracy.net/pt/bolsonaro-ataca-inimigos-reais-imaginarios-assembleia-geral-onu/> 24.9.2020.

[Zugriff: 10.8.2023]

National Geographic (2016): Meio Ambiente Mapa Suplemento Amazonia. O impacto humano https://www.nationalgeographic.pt/meio-ambiente/mapa-suplemento-amazonia-o-impacte-humano_556

[Zugriff: 28.12.2023]

The Nature Conservancy (o.J.): Brazil's Forest Code. Using Law to Protect the Amazon. <https://www.nature.org/en-us/about-us/where-we-work/latin-america/brazil/stories-in-brazil/brazils-forest-code/#:~:text=In%201965%2C%20Brazil%20created%20and,farm%2020%20percent%20of%20it>

[Zugriff: 10.10.2022]

Opoku, Nene (2021): Von Umweltrassismus zu Klimagerechtigkeit? Koloniale Kontinuitäten in der Klimakrise. In: Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) (Hg.): Die extreme Rechte zwischen Klimawandelleugnung und Klimanationalismus. 29-32.

https://www.nf-farn.de/system/files/documents/broschuere_farn_klimavonrechts_web.pdf

[Zugriff: 18.9.2023]

Oxfam international (o.J.): Brazil: Extreme inequality in numbers. <https://www.oxfam.org/en/brazil-extreme-inequality-numbers>

[Zugriff: 22.5.2024]

Pacheco, Andrea/Meyer, Carsten (2022): Land tenure drives Brazil's deforestation rates across socio-environmental contexts. Nature Communications 13. <https://doi.org/10.1038/s41467-022-33398-3>

[Zugriff: 22.9.2023]

Reporters without borders (o.J.): <https://rsf.org/en/country/brazil>

[Zugriff wiederholt seit: 22.11.2022]

Rights and Resources Initiative/Woodwell Climate Research Center/Rainforest Foundation US (2021): Significance of Community-Held Territories in 24 Countries to Global Climate. Washington: Rights and Resources Initiative. <https://www.woodwellclimate.org/significance-of-community-held-territories-in-24-countries-to-global-climate/>

[Zugriff: 8.5.2022]

Russau, Christian (2021a): Brasilianische Agrarlobby fordert Austritt des Landes aus der ILO-169 Konvention zum Schutze der Rechte der indigenen Völker. 18.8.2021. In: Kooperation Brasilien. <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/menschenrechte-gesellschaft/brasilianische-agrarlobby-fordert-austritt-des-landes-aus-der-ilo-169-konvention-zum-schutze-der-rechte-der-indigenen-voelker>.

[Zugriff: 10.2.2022]

Russau, Christian (2021b): Bolsonaro für Legalisierung von Landraub. 6.9.202. In: Rosa-Luxemburg-Stiftung. <https://www.rosalux.de/news/id/44938/bolsonaro-fuer-legalisierung-von-landraub>. [Zugriff: 12.4.2024]

Tuncak, Baskut (2021): Visit to Brazil. Report of the Special Rapporteur on the implications for human rights of the environmentally sound management and disposal of hazardous substances and wastes. Human Rights Council. <https://digitallibrary.un.org/record/3956411?v=pdf> [Zugriff: 18.12.2024]

UOL (2022): As frases de Bolsonaro no debate: „O sistema está todo contra mim.“ 29.10.2022. <https://noticias.uol.com.br/eleicoes/2022/10/29/frases-globo-debate-bolsonaro.htm?cmpid=copiaecola> [Zugriff: 29.10.2022]

Wille, Joachim (2020): Corona als Kettensäge. 26.5.2020 In: Klimareporter.de. <https://www.klimareporter.de/international/corona-als-kettensaeger> [Zugriff: 10.2.2024]

WWF (2006): „Integrar para não entregar.“ Um pouco da história do „desenvolvimento“ na região Amazônica. 16.6.2006. <https://www.wwf.org.br/?2866/> [Zugriff: 16.12.2022]

WWF (2022): Living Amazon Report 2022. Quito: WWF. Autor*innen: Vergara, A./Arias, M./Gachet, B./Naranjo, L.G./Román, L./Surkin, J./Tamayo, V. https://wwfint.awsassets.panda.org/img/original/lar2022_eng_digital.pdf [Zugriff: 10.8.2023]

WWF (2024): Brasilien leidet unter Dürre, Waldbränden und giftigen Rauchwolken. 29.8.2024. <https://www.wwf.de/2024/august/die-dreifachkrise-brasilien-leidet-unter-duerre-waldbraenden-und-giftigen-rauchwolken> [Zugriff: 8.9.2024]

Medien

Abé, Nicola/Ribeiro, Djamila: Twitter ist in Brasilien das toxischste aller sozialen Medien. Ein Interview. In: Spiegel Ausland. Globale Gesellschaft. 5.2.2021. <https://www.spiegel.de/ausland/djamila-ribeiro-brasilianische-frauenrechtlerin-ueber-hass-auf-twitter-a-2d5a89de-f9ed-42aa-b0e9-4f506c913ed5> [Zugriff: 14.10.2022]

Abé, Nicola/Schwarzc, Lilia Moritz (2022): Deshalb haben auch arme Brasilianer Bolsonaro gewählt. Ein Interview. In: Spiegel Ausland. Globale Gesellschaft. 13.10.2022. <https://www.spiegel.de/ausland/brasilien-wahl-in-bolsonaro-steckt-unsere-koloniale-vergangenheit-a-0a4a52a3-db79-4556-9a0b-9ea751a5b38a> [Zugriff: 14.10.2022]

Anderson, Jon Lee (2019): Jair Bolsonaro's Southern Strategy." In: The New Yorker, 25.03.2019. <https://www.newyorker.com/magazine/2019/04/01/jair-bolsonaros-southern-strategy> [Zugriff: 22.9.2022]

Andreoni, Manuela/Casado, Leticia/Londono, Ernesto (2019): With Amazon Rain Forest Ablaze, Brazil Faces Global Backlash. In: New York Times: 24.8.2019.
<https://www.nytimes.com/2019/08/22/world/americas/brazil-amazon-fires-bolsonaro.html>
[Zugriff: 3.1.2024]

Baer, Drake (2019): Brazil's environment minister just said the solution to wildfires — and possible climate catastrophe — is to 'monetize' the Amazon. In: Business Insider. 23.8.2019.
<https://www.businessinsider.com/ricardo-salles-brazil-environment-minister-says-to-monetize-the-amazon-2019-8> [Zugriff: 14.8.2022]

BBC News Brasil (2020): As imagens de satélite que mostram avanço de fumaca de queimadas no Brasil. 22.9.2020. <https://www.bbc.com/portuguese/brasil-54254732>
[Zugriff: 30.9.2022]

Brühwiller, Tjerk (2021): UN Vollversammlung. Brasilien zeigt der Welt den Mittelfinger. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung online (FAZ net): 22.09.2021.
<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/un-vollversammlung-bolsonaro-haelt-rede-und-lacht-boris-johnson-aus-17549572.html>
[Zugriff: 8.10.2022]

CNN Brasil: <https://www.cnnbrasil.com.br/>
[Zugriff wiederholt seit: 8/2022]

Costa, Sérgio (2018): Populismus: Im brasilianischen Wahlkampf ist Verleumdung Programm. In: Süddeutsche Zeitung online: 19.10.2018.
<https://www.sueddeutsche.de/politik/brasilien-wahlkampf-bolsonaro-1.4173643>
[Zugriff: 30.9.2022]

derstandard.at (2022): Wahl am Sonntag. Was Satan, Pädophilie und Kannibalismus mit dem Wahlkampf in Brasilien zu tun haben. 30.10.2022.
<https://www.derstandard.at/story/2000140378712/wassatan-paedophilie-und-kannibalismus-mit-dem-wahlkampf-in-brasilien-zu>
[Zugriff: 30.10.2022]

Fernandes, Augusto (2021): Bolsonaro defende marco temporal para não „entregar o Brasil para os índios“. In: Correio Braziliense: 02.09.2021.
<https://www.correiobraziliense.com.br/politica/2021/09/4947399-bolsonaro-defende-marco-temporal-para-nao-entregar-o-brasil-aos-indios.html>
[Zugriff: 4.4.2022]

Folha de São Paulo (2018): O Governo Brasileiro: „No que depender de mim não tem mais demarcação de terra indígena“, diz Bolsonaro a TV. <https://www1.folha.uol.com.br/poder/2018/11/no-que-depender-de-mim-nao-tem-mais-demarcacao-de-terra-indigena-diz-bolsonaro-a-tv.shtml>. 5.11.2018
[Zugriff: 10.10.2022]

Fonseca, Bruno/de Freitas Paes, Caio/Oliveira, Rafael (2022): Governo Bolsonaro certificou 239 mil hectares de fazendas dentro de áreas indígenas. In: Apublica. 19.07.2022.
<https://apublica.org/2022/07/governo-bolsonaro-certificou-239-mil-hectares-de-fazendas-dentro-de-areas-indigenas/>
[Zugriff: 10.10.2022]

Franzen, Niklas: Anschlagplan in Brasilien. Lula sollte sterben. In: taz.de. 22.11.2024
<https://taz.de/Anschlagplan-in-Brasilien/!6050949/>
[Zugriff: 8.12.2024]

Giovanaz, Daniel (2021): Bolsonaro estuda abandonar tratado sobre direitos indígenas e quilombolas a partir de setembro. In: Brasil de Fato. 17.08.2021.

<https://www.brasildefato.com.br/2021/08/17/bolsonaro-estuda-abandonar-tratado-sobre-direitos-indigenas-e-quilombolas-a-partir-de-setembro>

[Zugriff: 10.08.2022]

Herden, Anne (2022): Bericht Indigener Völker. Amazonas-Regenwald am Kipppunkt. In:

Tagesspiegel. 8.9.2022. <https://www.tagesspiegel.de/bericht-indigener-volker-amazonas-regenwald-am-kipppunkt-8616148.html> [Zugriff: 10.10.2022]

Herrberg, Anne/Ebert, Matthias (2022): Warum die ARD Bolsonaro rechtsextrem nennt. ARD Rio de Janeiro. In: Tagesschau. 28.10.2022. <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/bolsonaro-rechtsextrem-103.html>

[Zugriff: 22.11.2022]

Herrberg, Anne (2024): Erdrückende Putsch-Beweise gegen Bolsonaro. In: Tagesschau.

29.11.2024. <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/brasilien-bolsonaro-156.html>

[Zugriff: 8.12.2024]

Käufer, Tobias (2021): Retter des Amazonas – oder künftiges Feindbild von Fridays for Future? In:

Die Welt. 26.3.2021. <https://www.welt.de/politik/ausland/article229168479/Lula-da-Silva-Amazonas-Retter-oder-Umweltsuender.html>

[Zugriff: 22.09.2022]

Kleindl, Reinhard (2022): Warum der Amazonas-Regenwald stirbt und was dagegen zu tun ist. In: derstandard.at. 3.10.2022.

<https://www.derstandard.de/story/2000139619115/warum-der-amazonas-regenwald-stirbt-und-was-dagegen-zu-tun>. [Zugriff: 10.10.2022]

Müller-Funk, Wolfgang (2019): Ein Begriff in aller Munde: Was ist dein Narrativ? Essay. In:

derstandard.at. 6.4.2019. <https://www.derstandard.at/story/2000100872677/ein-begriff-in-aller-munde-was-ist-dein-narrativ>

[Zugriff: 8.2.2024]

Nemer, David (2018): The Three Types of WhatsApp Users Getting Brazil's Jair Bolsonaro Elected. In: The Guardian. 25.10.2018.

<https://www.theguardian.com/world/2018/oct/25/brazil-president-jair-bolsonaro-whatsapp-fake-news>

[Zugriff: 10.8.2022]

New York Times (2022): How Bolsonaro built the Myth of stolen Elections in Brazil. 29.10.2022

<https://www.nytimes.com/interactive/2022/10/25/world/americas/brazil-bolsonaro-misinformation.html>

[Zugriff: 29.10.2022]

orf.at (2022): Brasilien: Vormarsch der Evangelikalen. 30.9.2022.

<https://religion.orf.at/stories/3215275/>

[Zugriff: 30.9.2022]

orf.at (2023) Brasilien: Bolsonaro erneut für Ämter gesperrt. 1.11.2023. <https://orf.at/stories/3338375/>

[Zugriff: 2.11.2023]

Phillips, Dom (2019): Bolsonaro declares 'the Amazon is ours' and calls deforestation data 'lies'. In:

The Guardian. 19.7.2019. <https://www.theguardian.com/world/2019/jul/19/jair-bolsonaro-brazil-amazon-rainforest-deforestation>

[Zugriff: 12.8.2022]

Phillips, Dom (2020): 'Like a bomb going off': why Brazil's largest reserve is facing destruction. In: The Guardian, 13.1.2020. <https://www.theguardian.com/environment/2020/jan/13/like-a-bomb-going-off-why-brazils-largest-reserve-is-facing-destruction-aoe> [Zugriff: 20.10.2022]

Phillips, Tom/Milhorance, Flávia (2021): Indigenous warrior women take fight to save ancestral lands to Brazilian capital. In: The Guardian, 10.9.2021. <https://www.theguardian.com/world/2021/sep/10/indigenous-warrior-women-brazil-ancestral-lands-protest> [Zugriff: 18.9.2022]

Phillips, Tom (2022a): Lula vows to take on Amazon crime if returned to power in Brazil elections. In: The Guardian, 22.8.2022. <https://www.theguardian.com/world/2022/aug/22/brazil-election-lula-da-silva-protect-amazon-president> [Zugriff: 15.9.2022]

Phillips, Tom (2022b): 'I'd eat an Indian': rivals seize on unearthed Bolsonaro cannibalism boast. In: The Guardian, 9.10.2022. <https://www.theguardian.com/world/2022/oct/09/brazil-jair-bolsonaro-cannibalism-boast> [Zugriff: 17.10.2022]

Phillips, Tom (2022c): Lula brands Bolsonaro 'tiny little dictator' in Brazil TV debate. In: The Guardian, 17.10.2022. <https://www.theguardian.com/world/2022/oct/17/lula-brands-bolsonaro-tiny-little-dictator-in-brazil-tv-debate> [Zugriff: 17.10.2022]

Phillips, Tom (2023): Ex-chief of Brazil's Indigenous agency charged over murders of Bruno Pereira and Dom Phillips. In: The Guardian, 19.05.2023. <https://www.theguardian.com/world/2023/may/19/bruno-perreira-dom-phillips-murders-brazil-marcelo-xavier> [Zugriff: 10.6.2023]

Prange de Oliveira, Astrid (2022): Faktencheck: Bolsonaro und Brasiliens Indigene. In: Deutsche Welle, 7.9.2022. <https://www.dw.com/de/faktencheck-was-tut-pr%C3%A4sident-bolsonaro-f%C3%BCr-brasiliens-indigene/a-62984264> [Zugriff: 10.10.2022]

Ribeiro, Jeferson (2018): Bolsonaro quer tipificar invasão de propriedade por MST e MTST como prática terrorista. In: O Globo, 21.5.2018. <https://oglobo.globo.com/brasil/bolsonaro-quer-tipificar-invasao-de-propriedade-por-mst-mtst-como-pratica-terrorista-22702521> [Zugriff: 20.6.2022]

Romero, Felipe/ Soares, João Victor (2022): Bolsonaro volta a falar em não cumprir decisão do STF sobre Marco Temporal. In: CNN Brasil, 27.5.2022. <https://www.cnnbrasil.com.br/politica/bolsonaro-volta-a-falar-em-nao-cumprir-decisao-do-stf-sobre-marco-temporal> [Zugriff: 10.10.2022]

Rezende, Constança/ Gabriel, João (2023): Por 9 a 2, STF derruba marco temporal das terras indígenas. In: Folha de São Paulo, 21.9.2023. <https://www1.folha.uol.com.br/cotidiano/2023/09/stf-retoma-julgamento-do-marco-temporal-placar-esta-5-a-2-contra-a-tese.shtml> [Zugriff: 16.10.2023]

Sanches, Mariana (2020): De 'cristofobia' a Amazônia: os sete pontos polêmicos do discurso de Bolsonaro na ONU. In: BBC News Brasil, 22.9.2020. <https://www.bbc.com/portuguese/brasil-54251800> [Zugriff: 18.9.2022]

Spring, Jake (2021): Brazil cuts environment spending one day after U.S. climate summit pledge. In: Reuters.com. 24.4.2021. <https://www.reuters.com/business/environment/brazil-cuts-environment-spending-one-day-after-us-climate-summit-pledge-2021-04-23/>
[Zugriff: 18.6.2023]

Stabile, Arthur/Poliana, Casemiro (2023): Garimpo aumentou 787% em terras indígenas entre 2016 e 2022, aponta Inpe. In: O Globo. 11.2.2023. <https://g1.globo.com/meio-ambiente/noticia/2023/02/11/garimpo-aumenta-787percent-em-terras-indigenas-entre-2016-e-2022-aponta-inpe-infografico.ghtml>
[Zugriff: 16.9.2024]

Verde, Isvett (2022): The Guardians of the Future. In: New York Times. 1.10.2022. <https://www.nytimes.com/2022/10/01/opinion/climate-change-indigenous-activists.html?searchResultPosition=4>
[Zugriff: 12.10.2022]

Vilela, Pedro Rafel (2023): Sônia Guajajara assume como primeira ministra indígena de Brasil. In: agência Brasil. 12.1.2023. <https://agenciabrasil.ebc.com.br/es/politica/noticia/2023-01/sonia-guajajara-dice-que-los-pueblos-indigenas-viven-una-crisis-humanitaria>
[Zugriff: 22.4.2023]

Wallisch, Gianluca (2023): Marina Silva: Lulas unbequeme Weggefährtin. In: derstandard.at. 2.1.2023. <https://www.derstandard.at/story/2000142247267/marina-silvalulas-unbequeme-weggefaehrtin>
[Zugriff: 16.1.2023]

Walter, Jan D./Veiga, Edison (2021): Brasilien: Vertreibung Indigener rechtens? In: Deutsche Welle. 2.9.2021 <https://www.dw.com/de/brasilien-vertreibung-indigener-k%C3%B6nnen-recht%C3%A4%C3%9Fig-werden/a-59056510>
[Zugriff: 22.10.2023]

Watts, Jonathan (2022): Dom Phillips obituary. In: The Guardian. 24.6.2022. <https://www.theguardian.com/world/2022/jun/24/dom-phillips-obituary>
[Zugriff: 10.8.2022]

Radio

Ö1 Journal Panorama (20.9.2022): Gesetzloses Gebiet - Amazonien unter Bolsonaro. Gestaltung Anne Herrberg.
[Zugriff: Während der Ausstrahlung und eine Woche danach als Podcast auf oe1.orf.at]

Ö1 Radiokolleg (5.-8.9.2022): Brasilien. Der Riese Lateinamerikas. Gestaltung Johann Kneihls.
[Zugriff: Während der Ausstrahlung und eine Woche danach als Podcast auf oe1.orf.at]

Vortrag

Krenak, Edson/Kuppe, René (2023): Ökozide in Lateinamerika und indigener Widerstand. Gespräch mit Edson Krenak und René Kuppe anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Ausgestorben!?“ Weltmuseum Wien, 21.2.2023.

Weiterführende Literatur

Acosta, Alberto (2015): Buen vivir: vom Recht auf ein gutes Leben. München: Oekom Verlag. Deutsche Erstausgabe.
Almeida, Silvio Luiz de (2019): Racismo estrutural. São Paulo: Sueli Carneiro; Pólen.

Backes, Uwe (2006): Politische Extreme: eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis in die Gegenwart (Bd. 31). Vandenhoeck & Ruprecht.

Jessop, Bob: Lectures on Gramsci: <https://bobjessop.wordpress.com/2014/04/21/lectures-on-gramsci/>

Observatório do clima (o.J.): <https://www.oc.eco.br/>

Opratto, Benjamin (2012): Hegemonie: politische Theorie nach Antonio Gramsci. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.

Prutsch, Ursula/Rodrigues-Moura, Enrique (2013): Brasilien. Eine Kulturgeschichte. Bielefeld: Transcript Verlag.

Rinke, Stefan/Fischer, Georg, Schulze, Frederik (Ed.) (2009): Geschichte Lateinamerikas vom 19. bis zum 21. Jahrhundert. Quellenband. Stuttgart: J.B. Metzler.

Said, Edward (1978): Orientalism. New York: Pantheon Books.

Spivak, Gayatri Chakravorty (1985): The Rani of Sirmur. An Essay in Reading the Archives. In: History and Theory 24 (1985), Heft 3, 247-272.

Svampa, Maristella (2016): Debates latinoamericanos. Bolivia Centro de Documentación e Información: Edhasa.

Wallerstein, Immanuel (1974): The Modern World-System. New York: Academic Press.

Weiß, Anja (2017): Soziologie Globaler Ungleichheiten. Berlin: Suhrkamp.

Zweig, Stefan (1997): Brasilien. Ein Land der Zukunft. Insel Taschenbuch.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 (27):

Indigene Territorien in der brasilianischen Amazonasregion. Quellen: FUNAI/ISA
www.terrasindigenas.br

Abbildung 2 (65):

Eduardo Bolsonaro/Twitter. (Quelle: Prange de Oliveira 2022)

Abbildung 3 (78):

Sandra Gamarra Heshiki, Extincion IX (La doble cara de la Amazonía) aus der Serie „Pinacoteca Migrante“ (2024). Fotos: T.S., Kunstbiennale Venedig, 2024

Anhang

Kategoriensystem

Hauptkategorien - deduktiv aus Forschungsfragen und Bezugstheorie

anti-ökologisch
Amazonas
Indigene Völker
Politik
Bolsonaro/Präsident
Gesetzgebung
Institutionen
Narrative
rechte Erzählungen
Imperialistische Lebensweise
Inwertsetzung
Natur

Kategorien – induktiv aus Quellen/in Schärfung an Hauptkategorien

Antidemokratisch => antidemokratisches Narrativ

Einflussnahme
Demokratisch(e) Institutionen
Gesetze(svorschlag)
Dekret
Brasilianisches Bundesverfassung
Rechte von Minderheiten
Antipetismus
Medien
Konstruktion von Feindbildern: Migrant*innen, Geflüchtete, Frauen, „Genderideologie“
Trump (USA)
Evangelikale Pfingstkirchen
Gott/Held/Opfer
Internationale Organisationen
Internationale Abkommen
Soziale Bewegungen
Lula

Entwicklung => Entwicklungsnarrativ

(Entwicklung vorwiegend aus der Theorie ILW)

Inwertsetzung
Natur
Indigene Völker
Indigene Territorien und *Quilombolas*
Öko-System
Kapitalismus
Kolonialismus
Sklav*innen
Imperialismus
Kolonialität der Natur

Enklaven
Rassismus
Subalterne
Othering
Gewalt
(Neo-) Extraktivismus
Rohstoffe
Agroindustrie (cash crops), Agrarlobby
Indigene Bewegungen
Widerstand
Eliten
Fossile Energie
(grüne) Energiewende
Globaler Norden
Globaler Süden